

Heft 185

Ausgabe 4 | 2011

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

spw



Neue Weltordnung – Lateinamerika

Niels Annen, Kai Burmeister, Cordula Drautz,
Michael Reschke, Thilo Scholle
10 Jahre nach 9/11: Neue Weltordnung

Yesko Quiroga, Simone Reperger
**Brasiliens wirtschaftlicher und
politischer Höhenflug**

Ridvan Ciftci
Perspektiven linker Politik in der Türkei

Interview mit Prof. Dr. Michael Krätke
**Ausschreitungen in Großbritannien:
„Es ist blinde Wut“**

Kurzum | von Felix Welti

Am 22. Juli 2011 wurden in Oslo und auf Utøya 77 Menschen gewaltsam getötet, davon 69 beim Camp der norwegischen Jusos. Viele Weitere wurden verletzt. Der Täter wollte die Sozialdemokratie so schwer wie möglich treffen, weil er Einwanderung und Integration für „Verrat am Volk“ hielt. Anders Breivik war vielleicht allein in der Tat, aber nicht mit seinen Gründen und Gedanken. Er zitierte viele, die in Europa gegen universelle Menschenrechte, gegen Einwanderung und Eingewanderte Stimmung und Politik machen.

Utøya kann in einer Linie mit den Anschlägen von Bologna und von München 1980, von Mölln 1992, Solingen 1993, Oberwart 1995 und von Oklahoma City 1996 gesehen werden. Wer auf Menschenrechte und Demokratie zielt, will viele treffen und viele schrecken. Ob der Täter schuldig ist, ändert an Absicht und Wirkung wenig. Individuelle und gesellschaftliche Pathologien sind nicht unabhängig voneinander.

Kurzum: Der Anschlag von Oslo und Utøya war eine politische Tat, schon weil sie politisch wirkt. Sie muss politisch beantwortet werden, soll nicht der beabsichtigte Schrecken die einzige Wirkung sein.

Die Sozialdemokratie wurde angegriffen als politische Kraft, die für die Integration der Gesellschaft steht und für jeden Menschen bürgerliche, politische und soziale Rechte. Wer dagegen darauf beharrt, dass vor der politischen und rechtlichen Ordnung ein bedingungsloses rassisches, religiöses oder kulturelles „Freund“ und „Feind“, „wir“ und „die“ stehen soll, kann diese Ziele nicht akzeptieren.

Breivik und die, die wie er denken, kritisieren nicht Probleme bei der Integration. Sie lehnen sie ab. Für sie sind Staaten und Völker keine Instrumente von Demokratie und Recht, ihre Veränderung ist für sie Verrat. In der Krise richten sich Angst und Hass oft gegen Fremde und



☞ Dr. Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Institut Sozialwesen des Fachbereichs Humanwissenschaften und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

Fremdes, denn es scheint für manche leichter, negativ das rassische oder kulturelle „die“ als positiv das soziale „wir“ zu bilden.

Kurzum: Die Sozialdemokratie hat nichts zu gewinnen, wenn sie den Gegnern der offenen Gesellschaft entgegenkommt. Sie muss die Verunsicherten zu gewinnen suchen, aber den Hetzern entgegentreten.

Breivik wird einen fairen Prozess bekommen, wie er auch islamistischen Terroristen oder britischen Randalierern zusteht. Es zeichnet den Rechtsstaat aus, dass seine Regeln auch für Gegner, auch für Feinde gelten. Doch zu diesen Regeln gehören auch die Schranken, die Rechte zum Schutze anderer haben. Das kann auch für die öffentliche Meinungsäußerung oder die Vereinigungs- und Parteienfreiheit gelten, wenn sie genutzt werden, um Menschenrechte und Leben anderer in Frage zu stellen.

Wer meint, mit öffentlicher Verachtung und Verhetzung von Mitmenschen müsse die „normale“ Demokratie leben, wird erleben müssen, dass auch jemand nach den erlaubten Parolen handelt. Demokratie und Öffentlichkeit brauchen Freiheit – und sie brauchen Regeln zum Schutz der Freiheit und zum Schutz der Schwachen.

Kurzum: Die offene Gesellschaft, die soziale Demokratie hat Feinde, auch im Inneren. Gegen sie bedarf es soviel Konsens und Überzeugung wie möglich – und soviel Repression wie nötig. ■

■ Meinung

Der Kampf um mehr Grundbildung bei allen – ein linkes Projekt Ernst Dieter Rossmann	4
--	---

Debatte:

Chance einer neuen staatlichen Ratingagentur vertan Mechthild Schrooten	5
Schwarze Raben sollten schwarz bleiben Hanno Beck	6

Ausschreitungen in Großbritannien: „Es ist blinde Wut“ Interview mit Prof. Dr. Michael Krätke	7
„Wir wissen, wo wir herkommen – aber wo gehen wir hin?“ Bettina Schulze	10

■ ■ Im Fokus: Neue Weltordnung – Lateinamerika

10 Jahre nach 9/11: Neue Weltordnung Niels Annen, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Michael Reschke, Thilo Scholle	12
Einleitung zum Heftschwerpunkt Götz Godowski, Michael Reschke und Thilo Scholle	18
„Poder Popular“ (Volksmacht) und partizipative Demokratie unter der Regierung von Hugo Chávez in Venezuela Benedikt Behrens	22
Das Versprechen einer Revolution. Zum Stand der Transformation in Bolivien und Ecuador Stephan Reichert	30
Brasilens wirtschaftlicher und politischer Höhenflug Yesko Quiroga, Simone Reperger	35
Auf der Suche nach anderen Wirtschaftsformen Ole Erdmann	40

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Urlaubsbilanz Tom Strohschneider	45
Stichwort Wirtschaftspolitik: Der Bankenstresstest Arne Heise	46
Die aktuelle Zahl: 2,94 Claudia Bogedan	49
Perspektiven linker Politik in der Türkei Ridvan Ciftci	50
Die Schuldenbremse als Demokratiebremse Folke große Deters	56
Buchbesprechung: Die Demokratie entfesseln, nicht die Märkte Thilo Scholle	62
Mehr Gerechtigkeit, mehr Demokratie, mehr Freiheit Sascha Vogt	64

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

In eigener Sache: Danke Stefan Stache! Willkommen Michael Reschke!	67
Meldungen: Gemeinsame Herbsttagung von spw und DL21	68
DL21: Für eine starke SPD-Linke – Das spw-Abo für DL21-Mitglieder Björn Böhning und Veit Swoboda	69
Fünf Fragen an... Ole Erdmann	70

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialisti-
sche Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schlesingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Rösler (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:
Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Götz Godowski
Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Michael Reschke
Telefon 0176 - 642 840 03
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:
Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit
sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist
dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461-X 5361
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.
Titelfoto: www.fotolia.com © suzannmeer.

Bildnachweis:
S.45 www.fotolia.com © electriceye,
S.46 www.fotolia.com © ferkelraggae

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, August 2011

Der Kampf um mehr Grundbildung bei allen – ein linkes Projekt

von Ernst Dieter Rossmann



⇒ Dr. Ernst Dieter Rossmann ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher der Parlamentarischen Linken.

Foto: privat

Muss ich das verstehen? 4 Millionen erwerbsfähige Menschen ohne Arbeit in Deutschland lösen mit Recht eine politische Debatte aus. Über 7,5 Millionen ohne die grundlegenden Fähigkeiten des Lesens und Schreibens wird jedoch geschwiegen. Wo es vor 10 Jahren nach der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie über die Kernfähigkeiten von Schulkindern im Bildungsbürgertum noch die lebhaftesten Debatten gab, ist ein Alpha-Schock nun wahrlich nicht zu verzeichnen. Die hierzu von der SPD angestrebte Debatte, wurde im Bundestag jedenfalls nur über das Protokoll geführt. Wohlgemerkt, es geht um das Problem des Analphabetismus in Deutschland, hier bei uns in einem der reichsten und am meisten entwickelten Länder der Welt, und nicht um Entwicklungs- und Schwellenländer.

Auch die linke Debatte muss hier noch lernen! Die Ergebnisse der Bildungsstudie „leo“ (Level-One-Survey) über die Größenordnung des Analphabetismus in Deutschland zeigen auf: Unter uns leben über 300 000 Menschen im erwerbsfähigen Alter, die ihren Namen nicht schreiben können, und dazu 2 Millionen Menschen, die zwar einzelne Wörter lesen und schreiben können, nicht jedoch ganze Sätze. Dazu noch 5,2 Millionen, die zwar einzelne Sätze lesen und schreiben können, nicht jedoch zu-

sammenhängende Texte. Kumuliert sind das 7,5 Millionen und damit 14,5 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung, die als primäre oder funktionale Analphabeten anzusehen sind. Oder ganz konkret: Aus den Fahrschulen wird berichtet, dass sich immer mehr die Aufgaben bei der schriftlichen Fahrprüfung vorlesen lassen! Und dabei geht es nicht um Migranten!

Auch die Details der Studie lösen einige, im Kern simple Fragen aus. Von diesen 7,5 Millionen zumindest funktionalen Analphabeten sind knapp 57 Prozent erwerbstätig. Hatten die Arbeitgeber und Gewerkschaften, die Vertrauensleute und die Betriebsräte hiervon eigentlich eine „Ahnung“? Und nehmen Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften auch für diese 5 Millionen Erwerbstätige ihren Auftrag für Personalentwicklung, Arbeitnehmerbildung und betriebliche Unterstützung an? Nimmt die Bundesagentur für Arbeit ihre Pflichtaufgabe wahr? Weiter: Von den funktionalen Analphabeten sind 20 Prozent zwischen 18 und 29 Jahre alt, außerdem haben 80 Prozent einen Schulabschluss. Was sagt das über die Qualität von Schule, die Nachhaltigkeit der Abschlüsse und die Tiefe der Grundbildung aus? Und was über die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens, die Pflege von bereits Erlerntem in der modernen Arbeitswelt und die weitere Entwicklung von grundlegenden Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie über die Degeneration unserer Kommunikationskultur?

Die Linke hat die Pflicht, die Grundbildung für alle ins Zentrum ihres Kampfes zu rücken. Aus ihrem linken Bildungshumanismus heraus sowieso. Bildung ist ein Grundrecht für jeden Menschen. Aber auch wegen unseres Grundwertes Arbeit. Oder wie sollen Menschen in Zukunft Arbeit leben können ohne Qualifikation? Auch ökonomisch: Linke Ökonomie ist eine der Arbeit für alle und der Wertschöpfung durch alle. Schließlich: Grundbildung sichert Demokratie. Wenn Menschen Wahlzettel nicht mehr lesen können, ist die Erweiterung der Wahl- und Bürgerrechte nur eine Farce. Deshalb: Linke aufgewacht. It's the fundamental education, stupid. ■

Debatte: Chance einer neuen staatlichen Ratingagentur vertan

von Mechthild Schrooten



⇨ Dr. Mechthild Schrooten ist Professorin für Volkswirtschaft an der Hochschule Bremen und Forschungsprofessorin am DIW Berlin.

Foto: privat

Es ist klar, die drei Ratingagenturen Standard&Poor's, Moody's und Fitch Rating haben eine erhebliche Marktmacht. In den 1970er Jahren wurde ihnen in den USA das alleinige Recht zur Überprüfung der Börsenzulassung von Unternehmen zugestanden. Heute teilen diese drei Agenturen etwa 90 Prozent des Marktes für internationale Bonitätseinschätzungen unter sich auf. Eine echte Konkurrenz ist nicht vorhanden. Damit ist diesem Segment des Finanzsektors Marktversagen inhärent.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein hervorragendes Rating. Anders dagegen sieht es beispielsweise neuerdings für die USA, aber auch für Japan aus. Beide Länder machen gerade die Erfahrung eines Downgradings. Ein schlechteres Rating wird mit einer höheren Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls gleichgesetzt. Der Finanzmarkt fordert in solchen Fällen bei der Kreditvergabe üblicherweise einen Risikoaufschlag: Eine vorhandene Verschuldungskrise verschärft sich selbst. Dennoch ist es bei weitem zu kurz gegriffen, die privatwirtschaftlichen Ratingagenturen für die aktuelle Krise verantwortlich zu machen. Ohne Verschuldung keine Verschuldungskrise.

Dazu kommt, dass das Marktversagen in diesem Segment des Finanzsektors seit langem bekannt und offensichtlich ist. In einer Krise umzusteuern, ist immer schwer.

Dabei gäbe es verschiedene Ansatzpunkte. So könnte das Oligopol der privaten Rating-Agenturen unter eine besondere Aufsicht gestellt werden. In diesem Rahmen müssten auch die Bewertungsmethodik und die Haftung für Fehldiagnosen thematisiert werden. Darüber hinaus wäre es auch möglich, den privaten Ratingagenturen staatliche entgegenzustellen. Staatliche Ratingagenturen sind jedoch nicht zwangsläufig besser als eine privatwirtschaftliche. Wichtig sind vielmehr die unterliegenden Evaluierungsalgorithmen, die Unabhängigkeit von den Auftraggebern und Eigentümern sowie Transparenz. Dann könnte Rating zu so etwas wie einem Finanz-TÜV werden.

In der aktuellen Situation wäre eine neugeschaffene staatliche Agentur mit erheblichen Glaubwürdigkeitsproblemen konfrontiert – gerade dann, wenn es um die Beurteilung von Staatspapieren geht. Dabei gab es in ruhigen Zeiten durchaus Chancen eine solche Agentur zu etablieren. In Deutschland und für Europa hätte eine solche Rolle von der Bundesbank übernommen werden können, die sich ja ohnehin um einen Bedeutungszuwachs im Bereich Finanzmarktaufsicht bemüht. Hier wurde eine wichtige Chance vertan, die Bedeutung Europas auf dem internationalen Parkett zu stärken.

Durch Marktversagen, mangelnde Regulierung und politischer Hilflosigkeit ist ein Vakuum entstanden. In dieses ist inzwischen ein dritter Akteur getreten: Im Sommer wurde in Brüssel Finance Watch gegründet, eine Nichtregierungsorganisation. Kurzfristig ist die keine Konkurrenz zu den drei privaten Ratingagenturen. Die Erfolgsgeschichten anderer NGOs – wie etwa Transparency International – lassen jedoch erwarten, dass dies „in the long run“ durchaus anders aussehen kann. ■

Debatte: Schwarze Raben sollten schwarz bleiben

Eine Fondslösung als Ausweg aus dem Rating-Dilemma

von Hanno Beck



Dr. Hanno Beck ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik an der Hochschule Pforzheim.

Foto: privat

Früher waren Raben weiß wie Schwäne, bis ein Rabe sich auf der Schulter Apolls niederließ und ihm verriet, dass seine Geliebte Koronis ihn betrüge. In seiner rasenden Eifersucht bestrafte Apoll den Boten – seitdem sind alle Raben schwarz. Seit der Antike hat sich an der Unsitte, den Boten für die schlechte Nachricht zu bestrafen, wenig geändert. Zuletzt waren es die Rating-Agenturen, welche die Politik für die jüngste Staatsschuldenkrise verantwortlich machte – zu Recht?

Um den Ärger um die Rating-Agenturen zu verstehen, muss man wissen, was diese tun. Rating-Agenturen sind Unternehmen, welche die Verschuldungslage eines Unternehmens oder eines Staates analysieren und ein Urteil über Solvenz und Zahlungsfähigkeit dieser Schuldner treffen. Ist der Schuldner überschuldet oder muss man mit einer Verzögerung oder einem Ausfall der Rückzahlung rechnen, vergeben die Agenturen eine schlechte Bonitätsnote, mit der Folge, dass der betreffende Schuldner höhere Zinsen zahlen muss. Rating-Agenturen sind also eine Schufa für Unternehmen und Staaten. Und nur die Boten der schlechten Nachricht. Im Gegensatz zur Schufa aber gibt es hier einen Interessenkonflikt, weil die Schuldner, denen die Agenturen eine Bonitätsnote ausstellen, für diese Note bezahlen – und je besser die Note,

umso geringer die Zinsbelastung des Schuldners. Wie kann man dieses Problem lösen?

Die Idee einer europäischen Rating-Agentur, bei der beispielsweise die Europäische Zentralbank Ratings vergeben soll, ist ein Irrweg, denn sie führt nicht zu weniger, sondern zu mehr Interessenkonflikten: Die Staaten Europas, die zu den größten Schuldern an den Kapitalmärkten gehören, gründen eine eigene Rating-Agentur, welche die Güte ihrer eigenen Schulden beurteilen soll. Bei einer solchen Lösung haben Regierungen massive Anreize, auf Gefälligkeitsnoten zu drängen – ein Problem, das im jetzigen System nicht existiert. Schlimmstenfalls lockt dann eine staatliche Agentur Anleger mit einem politisch motivierten Rating in eine Verlustfalle – ein politischer Albtraum.

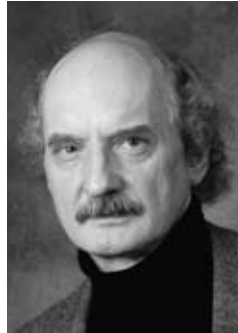
Ein besserer Weg ist eine Fondslösung: Ist ein Unternehmen oder ein Produkt zu bewerten, so wird dieser Auftrag in einen Fonds eingestellt, der von allen Unternehmen über Beiträge finanziert wird. Die Rating-Aufträge werden über den Fonds vergeben: Jedes zu bewertende Produkt wird ausgeschrieben; den Zuschlag erhält der günstigste Bieter, er vergibt dann ein Rating. Bieten darf jede Agentur, die vorher vom Fonds festgelegte fachliche Qualitätskriterien erfüllt.

Auf diesem Weg wird die Beziehung zwischen Auftraggeber und Rating-Agentur zerschnitten; Gefälligkeitsratings werden ebenso erschwert wie politischer Druck auf die Agenturen. Zugleich ermöglicht diese Lösung mehr Wettbewerb auf dem Markt für Ratings, da alle Agenturen, auch kleine oder neue Spieler, gleiche Marktchancen haben, sofern sie die vom Fonds definierten Qualitätskriterien erfüllen.

Diese Lösung erfordert allerdings politischen Mut, aber sie ist besser, als den Boten zu beschimpfen und weiße Raben zu schwärzen. ■

Ausschreitungen in Großbritannien: „Es ist blinde Wut“

Interview mit Prof. Dr. Michael Krätke



☞ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

spw: Kaum zwei Monate nach dem Hoch der Jugendrevolte in Spanien, erleben wir nun in England massive Proteste und Ausschreitungen. Was war der Auslöser?

» **M.K.:** Auslösendes Moment waren Polizeischikanen und Polizeikontrollen in den wohlbekannten Problemvierteln Londons. Dabei kam ein stadtbekannter Kleinkrimineller ums Leben. Als Freunde und Familie von der Polizei Auskunft verlangten, zunächst friedlich, ließ man sie einfach stehen. Daraufhin gab es die ersten gewaltvollen Protestaktionen, zunächst gegen die Polizei gerichtet.

spw: Wer sind die tragenden Gruppen und Milieus des Protestes? Ist eine politisch-inhaltliche Zielrichtung erkennbar? Kann im englischen Fall überhaupt von einer Bewegung gesprochen werden?

» **M.K.:** Großbritannien ist nach wie vor eine tief gespaltene Klassengesellschaft. Das Erbe des britischen Kolonialismus, zuerst gegen Irland, dann gegen den Rest der Welt (außer Kontinentaleuropa) gerichtet, hat einen ganz alltäglichen Rassismus erzeugt, dem die vielen Einwanderer aus den früheren Kolonien (fast alle mit britischem Pass) tagtäglich ausgesetzt sind. Was jetzt explodiert, ist die angestaute Frustration der Unterklasse, der jugendlichen Dauerarbeitslosen aus den Problemvierteln,

der Unqualifizierten, der Dropouts des britischen Erziehungssystem – mit fließenden Übergängen zur wachsenden postindustriellen Reservearmee der prekär Unterbeschäftigten, die auf Dauer keine Chance und keine Perspektive haben. Von einer politischen Bewegung kann man nicht sprechen, es ist blinde Wut. Der anfängliche Protest hat sich sehr schnell in reine Randalie verwandelt, getragen von marodierenden Jugendbanden, die vorher schon ganze Stadtteile terrorisierten und sich untereinander bekämpfen. Diesmal gab es Waffenstillstand, die Gelegenheit zum Plündern wurde reichlich genutzt. Brandstiftungen richteten sich wahllos gegen Supermärkte, Luxusläden, aber eben auch kleine „Tante Emma Läden“ (meist von Einwanderern betrieben) und gegen Wohnhäuser in den ärmeren Stadtvierteln. Nur sehr ausnahmsweise wurden Symbole der reichen Oberklasse wie Luxusrestaurants angegriffen. Von irgendeiner Bewegung mit Zielen, Organisation, Rückhalt in der Bevölkerung kann man nicht sprechen (nur einige Revolutionsromantiker behaupten das gegen alle Evidenzen).

spw: Der englische Premierminister David Cameron macht Werteverfall und gar einen „moralischen Kollaps“ in der englischen Gesellschaft verantwortlich. Welche Ursachen für die Proteste sehen Sie? Lassen sich tiefer liegende politische und ökonomische Legitimationskrisen identifizieren?

» **M.K.:** Ganz anders als die Massenproteste der Studenten im Winter und Frühjahr 2010 - 2011, die ganz klar politische Ziele verfolgten und eine direkte Antwort auf die extremen Sparpläne der Regierung gaben, hat dieser Aufruhr keinerlei politische Zielsetzung. Sicher zeigen die Art und der Verlauf der Krawalle und Plünderungen den moralischen Verfall einer Gesellschaft, die weit stärker als die kontinentaleuropäischen Länder von neoliberalen Ideologien durchdrungen und geprägt worden ist. Die Parole des „Bereichert Euch“ – und zwar mit allen Mitteln, erlaubten und unerlaubten – ist von oben, von den Spitzen der Gesellschaft ausgegangen. Die Unterklassen haben die Botschaft gehört, das entsprechende Verhalten wurde ihnen jahrelang vorgelebt – bis hin zur weit verbreiteten Korruption und den alltäglichen Betrugspraktiken in den heiligsten Institutionen der britischen Gesellschaft, wie im Unterhaus. Der moralische Verfall begann von oben, die Jugendlichen aus den Unterklassen, die Prekären aus den Mittelklassen, die sich ihnen anschlossen, folgen diesem Vorbild. Sie nehmen, was sie kriegen können – und folgen den Mustern der Konsumgesellschaft: Sie klauen Statussymbole (Flachbildfernseher, Elektronik, Markenklamotten); Buchläden ließen sie links liegen. Antikapitalismus, in welcher Form auch immer, lässt sich da nicht ausmachen. Es gibt nur einen dumpfen Hass auf die „Reichen“, die „Eliten“, im Prinzip (und nach dem Muster, das Historikern und Sozialwissenschaftlern wohl vertraut ist) gegen alle, denen es etwas besser geht, also auch gegen das Milieu der qualifizierten Facharbeiter, gegen kleine Geschäftsleute.

Cameron und Co. beklagen jetzt den Zerfall der Zivilgesellschaft, Thatchers Enkel müssen sich eingestehen, dass die britische Gesellschaft in dreißig Jahren Neoliberalismus schwer verwüstet worden ist. Was sie nicht wahrhaben wollen: Sie haben selbst mit ihrer drastischen Sparpolitik genau das

beschleunigt und befördert, was sie jetzt lautstark beklagen. Es ist reine Rhetorik, jetzt die „Große Gesellschaft“ zu propagieren (wie Cameron es tut), während man zugleich die verbliebenen sozialstaatlichen Institutionen, die Kindergärten, die Freizeit- und Sporteinrichtungen, die Sozialarbeit in den Problemvierteln drastisch zurückstutzt. Fälle von eklatanter Verwahrlosung, Miss-handlung, Mord und Totschlag, alltäglicher Gewalt gibt es in Großbritannien zuhauf. Die Wahlbeteiligung in den Problemvierteln, bei der städtischen Unterklasse ist so niedrig wie in den USA.

Gerade New Labour hätte allen Grund, sich an die eigene Brust zu schlagen. Der Werteverfall, die demonstrative Verachtung des altmodischen Arbeitsethos der traditionellen Arbeiterklasse (das die Mittelklassen weitgehend teilen), ist von den Blairisten betrieben worden, die den Unternehmer und insbesondere die Finanzjongleure der City of London zum neuen Leitbild der idealen Marktgemeinschaft erhoben haben. Was ihnen jetzt als blindwütige Reaktion der ewigen Verlierer um die Ohren fliegt, ist ihr eigenes Ideal der „freien Konkurrenz“, des gesellschaftlichen Krieges jeder gegen jeden.

spw: Welche Konsequenzen sollte die englische Politik aus den Ereignissen ziehen?

» **M.K.:** Im Moment wird in gut englischer Tradition mit extrem harter Repression reagiert. Das geht bis zur Sippenhaft, wenn die Familien verurteilter „Aufrührer“ aus ihren Sozialwohnungen geworfen werden sollen. Den Gefängnisstrafen soll der Entzug von Sozialleistungen folgen. Es gab tagelang Schnellgerichtsverfahren, bei denen auch Minderjährige (11- und 12-jährige) abgeurteilt und in den Knast geschickt wurden. Das ist im flexiblen britischen Rechtssystem, in dem das geschriebene Ge-

setz gegenüber der Gerichtsentscheidung eine viel geringere Rolle spielt als etwa in Deutschland, möglich.

In England ist die Jugendarbeitslosigkeit zwar nicht so hoch wie in Spanien, aber immer noch schlimm genug, um ein Millionenheer von Perspektivlosen zu erzeugen, die auf Dauer am Rande der Gesellschaft leben. Dazu kommt das angelsächsische Phänomen des Konsums auf Pump (die Haushalte sind im Durchschnitt zu über 140 % eines Jahreseinkommens verschuldet), das zur britischen Immobilien- und Kreditkrise geführt hat. Die einzig adäquate Reaktion, von links gesehen, auf diese Explosion (der bei nächster Gelegenheit weitere folgen können) wären Beschäftigungs- und Industriepolitik, Berufsausbildung (gegenüber der zum Teil exzellenten Universitätsausbildung in Großbritannien jahrzehntelang schwer vernachlässigt) sowie Strukturpolitik. Und selbstverständlich eine Reform und Stärkung des Sozialstaats, der sozialen Dienstleistungen, die gerade in den städtischen Problemgebieten bitter nötig sind. Wenn Labour wollte, könnte sich die Partei für die Unterstützung und Förderung der in Großbritannien traditionell starken und vielfältigen Selbsthilfebewegungen an vielen Orten – bis hin zu den nach wie vor lebendigen Genossenschaften – stark machen.

spw: Während im spanischen Protest stärker Solidarisierungs- und gegen post-demokratische Orientierungen erkennbar sind, scheinen in England eher entsolidarisierende Tendenzen vorzuherrschen. Könnten die englische Proteste trotz allem Politisierungs- und Mobilisierungspotenziale sowie Anknüpfungspunkte für progressive Politiken bieten?

» **M.K.:** Politisieren lässt sich da wenig und progressive, linke Politik findet bei denen, die da ein paar Nächte lang Randal gemacht haben, keinerlei Interesse. Wie

zu erwarten war, glauben einige auf der radikalen Linken, in den Reihen der trotzkistischen Socialist Worker's Party, in den Straßenkrawallen die Anfänge einer neuen Protestbewegung zu sehen. Sie sehen in gut leninistischer Tradition eine Bewegung, der nur der Kopf fehlt, sprich die „marxistisch-leninistische Partei“, um sie zum regelrechten Aufstand zu führen. Aber von diesen völlig entwurzelten Jugendlichen ist nichts zu erwarten. Viele von denen ließen sich sicher ohne weiteres kaufen, d.h. für alle möglichen rechts- wie linksradikalen Bewegungen missbrauchen. Verbindungen und Kooperationen zwischen der breiten studentischen Protestbewegung und Bewegungen der Prekarierten lassen sich knüpfen bzw. verstärken, auch die Mehrzahl der jungen Akademiker hat nur prekäre Jobs zu erwarten. Für die Jugendbanden und Gelegenheitsplünderer dagegen sind die Studenten und die (meistens überqualifizierten) Prekären der Feind, der Teil der bürgerlichen Gesellschaft, den sie hassen. Eine demokratische Reformbewegung wie in Spanien gibt es unter den rebellischen Studenten Großbritanniens, nicht bei den räuberischen Straßenkämpfern. ■

☞ Das Interview führte Michael Reschke.

„Wir wissen, wo wir herkommen – aber wo gehen wir hin?“

Das IUSY- Festival in Österreich am Attersee (25. – 31. Juli 2011)

von Bettina Schulze



☞ Bettina Schulze ist stellv. Bundesvorsitzende der Jusos und war Mitglied der IUSY-Bundesdelegationsleitung der Jusos.

Foto: privat

Ende Juli auf dem IUSY Camp: Ein sturmartiger Platzregen fällt vom Himmel. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer retten sich fluchtartig in die Workshop-Zelte. Kurz darauf erscheint ein Regenbogen und schon kommt die Sonne hervor und verbreitet Badelaune. Fast scheint es so, als hätte sich das Wetter beim diesjährigen IUSY-Festival der Gesamtstimmung des Camps angepasst. Diese war bei dem sehr gut organisierten und in jeglicher Hinsicht gelungenen Festival ebenso wechselhaft wie das Wetter.

Trauer und Spaß

Die große Trauer über das Massaker an unseren Genossinnen und Genossen unserer norwegischen Partnerorganisation AUF in Oslo lag insbesondere zu Anbeginn aber auch immer wieder zwischendurch in der Luft. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer trauerten über die unfassbaren Geschehnisse und den Verlust ihrer Genossinnen und Genossen. In einer eigens organisierten Trauerveranstaltung konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihren Gefühlen Ausdruck verleihen. Darüber hinaus gab es ein dafür eingerichtetes Kondolenzbuch sowie ein Zelt, in dem

man bei der Bewältigung psychologische Hilfe suchen konnte. Die furchtbaren Geschehnisse in Norwegen zeigen: unseren Kampf gegen Faschismus, Rassismus und rechtem Populismus müssen wir konsequent weiterführen!

Dennoch: es war wie immer auch ein IUSY Festival mit tollen Partys, viel Spaß sowie einem extrem abwechslungsreichen Freizeitangebot und Workshopprogramm.

Politische Highlights

Das Programm des IUSY Festivals bot eine Vielfalt an Themen. Von der globalen Wirtschaftspolitik, über das Thema Demokratie und Gleichstellung bis hin zu regional ausgerichteten Workshops. Aus dem politischen Programm mag jeder seine Lieblingsschwerpunkte haben. Mich hat auf dem IUSY Festival insbesondere Walden Bello (philippinischer Professor und Globalisierungskritiker) beeindruckt. In einem Workshop zu den Lehren aus dem militärischen Eingreifen in Afghanistan und Libyen stellte Bello seine Thesen zum Thema militärische Interventionen dar. Zusammengefasst kann man sagen, dass Bello militärische Interventionen nur für durchführbar hält, wenn Sie unter keinen Umständen interessengeleitet sind und der Tatbestand des Völkermords bzw. eines Genozids eindeutig erfüllt ist. Bello stärkte in seinem Statement vor allem die Idee der Souveränität der Nationalstaaten. Man mag mit Bellos (faktisch pazifistischer) Grundhaltung nicht mitgehen und seine Meinung wurde in dem Workshop auch sehr kritisch diskutiert, jedoch war insbesondere seine glasklare und stringente Argumentation sehr überzeugend. Moderiert wurde der

besagte Workshop von IUSY-Vizepräsidentin Cordula Drautz.

Mein zweites Highlight war ein Workshop zur Zukunft der Linken in Israel und Palästina. Das ein gemeinsamer Workshop mit unseren israelischen und palästinensischen Partnerorganisationen so erfolgreich gelingt und wie fast selbstverständlich junge Menschen aus Palästina und Israel dort miteinander diskutieren, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein sichtbarer und eindrucksvoller Erfolg der kontinuierlichen Arbeit des von Jusos gegründeten Willy-Brandt-Zentrums in Ost-Jerusalem. Ein ganz konkreter Beitrag der Jusos und ihrer Partnerorganisationen für die Friedenspolitik, der innerhalb der IUSY und auch innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit beispielhaft sein dürfte.

Feministische und antisexistische Kultur

Auf dem Camp wurde dieses Jahr besonders große Aufmerksamkeit dem Thema Antisexismus gewidmet. IUSY Festivals sind grundsätzlich sehr stark sexualisiert. Das ist bei der Masse der jungen Menschen, die auf das IUSY Festival kommen und gemeinsam Spaß haben wollen, nicht verwunderlich. Diese Stimmung kombiniert mit Alkoholkonsum kann aber auch schnell ins Gegenteil umschlagen und es kann zu sexuellen Handlungen kommen, die nicht auf beiderseitigem Verständnis beruhen. Wie immer galt deswegen beim IUSY ein striktes „no means no“ Gebot, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darauf hinweisen soll, dass persönliche Schwellen im Bereich der Sexualität unter keinen Umständen übertreten werden dürfen.

Die SJÖ nahm das Thema Sexismus auf diesem IUSY Camp besonders ernst. Das gesamte Camp war mit „no means no“ Plakaten ausgestattet. Es wurde ein Frauenraum eingerichtet, in dem sich Frauen bei Problemen oder einfach nur zum Austausch treffen konnten. Von der SJÖ wurde zudem ein Frauenplenum

organisiert. In den Besprechungen der Delegationsleitungen wurde immer wieder das Thema Sexismus thematisiert. Insgesamt eine sehr vorbildliche Art und Weise mit dem Thema Sexismus auf einem solchen Festival umzugehen.

Internationale Solidarität als linkes Projekt?

Das IUSY Festival trug den Titel: „We know where we come from, we know where we are going“.¹ Die Frage wohin die IUSY und insbesondere die SI in Zukunft gehen wird, ist zentral. Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise böte eine gute Grundlage für ein gemeinsames Agieren sozialistischer und sozialdemokratischer Jugendorganisationen und Parteien über die Nationalstaaten hinweg.

Die SI steht – aus vielen Gründen zu Recht – sehr in der Kritik. Diese Kritik sollte jedoch nicht zu einer Passivität der deutschen Sozialdemokratie innerhalb der SI führen. Im Gegenteil sie sollte innerhalb der SI eine Reform anstoßen, die eine schlagfertige, linke, internationale Organisation hervorbringt, die dem unveränderten globalen Vormarsch des Neoliberalismus die Stirn bieten kann. Eine solche progressive Initiative kann ich innerhalb der Partei – zumindest an prominenter Stelle – derzeit nicht ausmachen. Sigmar Gabriel, der auf dem IUSY Camp zu Gast war, sagte auf die Frage eines Teilnehmers, wie er denn die Zukunft der SI einschätze, dass er nicht bereit sei, sich „mit Mördern und Verbrechern an einen Tisch zu setzen“ und die SPD, wenn sich nichts ändere, aus dem „Laden“ aussteige. Diese Aussagen machen jungen Menschen nicht gerade Mut. Sie überzeugen mich jedoch davon, dass die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit ein Projekt ist, was die Parteilinke in der SPD aufgreifen sollte. Internationale Solidarität ist keine leere Floskel, sondern ein Wert, für den die Sozialdemokratie eintreten muss. ■

¹ Die politischen Beschlüsse des Camps sind hier zu finden: <http://www.iusy.org/en/politics/resolutions-a-declarations>

10 Jahre nach 9/11: Neue Weltordnung

von Niels Annen, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Michael Reschke und Thilo Scholle

Der Begriff der „neuen Weltordnung“ wurde in den letzten 20 Jahren in den öffentlichen Debatten des Öfteren verwandt: Galt er zunächst im Bezug auf das vermeintliche „Ende der Geschichte“ mit einer einzigen verbliebenen Weltmacht nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, wurde er in den letzten zehn Jahren vor allem als Beschreibung der Veränderungen in den Internationalen Beziehungen nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 benutzt.

spw nimmt diesen Jahrestag zum Anlass, um einen genaueren Blick auf die globalen Dynamiken und ökonomischen wie politischen Verschiebungen vorzunehmen, um damit die Ausgangsbedingungen und Perspektiven internationaler Politik auszuloten. Damit wollen wir bewusst die Engführung einer solchen Debatte auf die Fragen von Krieg und internationalen Terrorismus vermeiden. Auch ein nur kursorischer Blick auf die aktuellen Herausforderungen macht deutlich, welche Spannbreite an Entwicklungen in den Blick zu nehmen ist: Diese reicht von der Gestaltung des Welthandels über die globale Umweltzerstörung und die Klimaveränderung, die Bewältigung der Ernährungskrise und den Ausgleich unterschiedlicher ökonomischer Interessen bis hin zu einer globalen Menschenrechts- und Strafrechtspolitik.

Mit der Diskussion über „Islamismus“ und „islamistischen Terrorismus“ ist zudem eine globale Debatte entstanden, die nach der Systemkonfrontation nun eine neue Trennungslinie zu werden droht. Dabei geht es nur in sehr geringem Maße um den tatsächlichen Umgang mit Terrorismus. Geführt wird diese Debatte in den westlichen Ländern meist unmittelbar mit Bezug auf die Einwohnerinnen und Einwohner, denen ein muslimischer Hintergrund zugeschrieben

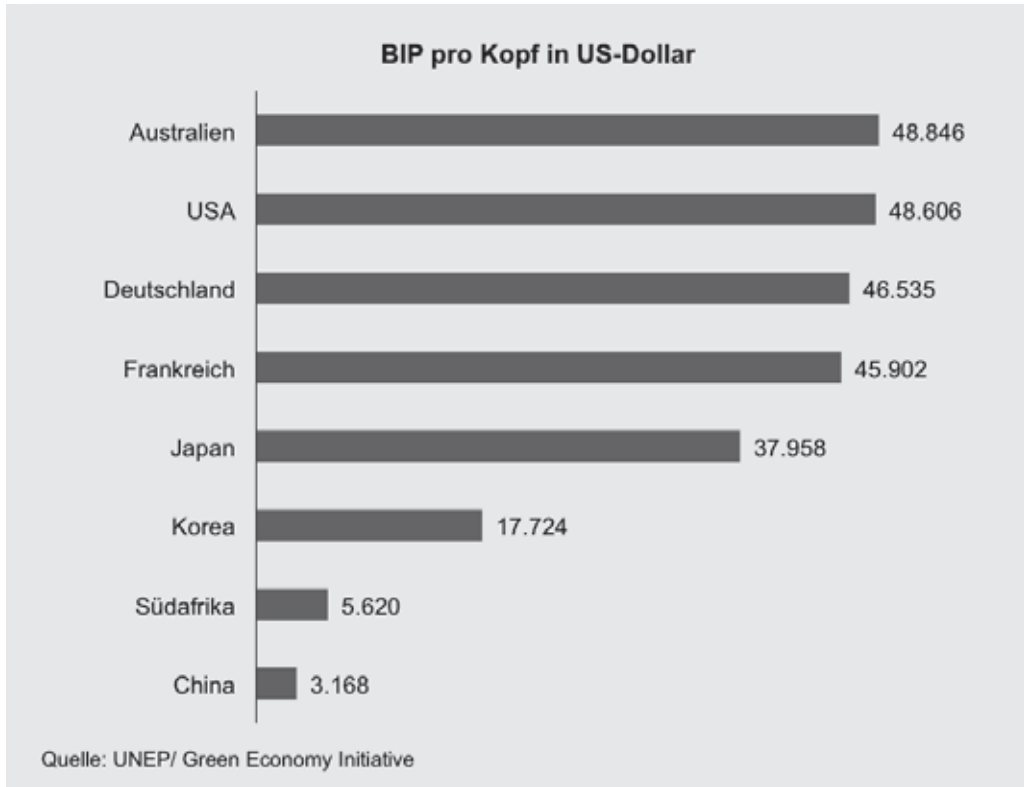
wird, und denen dann fehlende „Integration“ in die westlichen Gesellschaften vorgehalten wird. Zu den Motiven der Debatte gehört auch die Behauptung, Islam und Demokratie oder Islam und Menschenrechte seien per se unvereinbar. Im Ergebnis dient die Debatte vor allem der Ausgrenzung von Menschen und nicht einer konstruktiven Diskussion. Dass diese Debatten aber materielle Folgen haben können, hat nicht zuletzt der Terroranschlag auf die sozialdemokratische Jugend in Norwegen im Sommer 2011 auf besonders drastische Weise deutlich gemacht.

Nord-Süd-Ausgleich als bleibende Herausforderung

Das Verhältnis des Nordens zum Süden ist nach wie vor von Ungleichheit geprägt. Der Abbau wirtschaftlicher Ungleichgewichte auf globaler Ebene zählt somit unverändert zu den wichtigsten Zielen linker Politik. Zwar ist die Akteurskonstellation mit dem Erstarren der Schwellenländer größer geworden, der Abstand zwischen am meisten und am wenigsten entwickelten Ländern hat sich aber noch vergrößert. Deutlich wird der andauernde und auch zukünftig zu erwartende Aufstieg der Schwellenländer unter Berücksichtigung sich verändernder Wachstumszonen.

Heute fällt die Wirtschaftsleistung zwischen den Ländern des Nordens und des Südens stark auseinander. In der Gruppe der 33 am höchsten entwickelten Länder leben zwar nur 15% der Weltbevölkerung, diese erzeugen jedoch mehr als die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung. Die übrigen 150 Schwellen- und Entwicklungsländer sind für 46% der Wirtschaftsleistung verantwortlich und beheimaten die große Mehrheit der Erdbevölkerung.

Tabelle 1: BIP pro Kopf in US-Dollar



So fällt die Wirtschaftsleistung pro Kopf zwischen Nord und Süd weit auseinander (Tabelle 1). Während Länder wie die USA, Deutschland, Frankreich und Japan ein BIP pro Kopf zwischen 38.000 und 48.000 US-Dollar erwirtschaften, kommen Länder wie Südafrika und China auf 3.000 bis 5.600 US-Dollar pro Kopf und markieren so die weiterhin vorhandene globale Ungleichheit.

Während die Wirtschaftsleistung zum Höhepunkt der Krise in den USA, der Euro-Zone und Japan rückläufig war, sind insbesondere in Asien Zuwächse zu verzeichnen gewesen. Diese Entwicklung wird sich wahrscheinlich weiter fortsetzen. Bis 2035 wird für die OECD-Staaten mit durchschnittlich zwei Prozent

ein deutlich geringeres Wachstum als für die Nicht-OECD-Staaten mit deutlich über vier Prozent vorhergesagt. Innerhalb der sich entwickelnden Ökonomien sind es eindeutig die asiatischen Länder, in denen ein überdurchschnittliches Wachstum von über fünf Prozent erwartet wird. Es ist zu erwarten, dass rund um das Jahr 2015 die Nicht-OECD-Staaten im gleichen Maße zur weltweiten Wirtschaftsleistung beitragen werden wie die OECD-Staaten (siehe Tabelle 2).

Rolle der Weltmacht USA

Aufgrund ihres unangefochtenen militärischen Vorsprungs werden die USA für die absehbare Zukunft eine Vormachtstellung

Tabelle 2: BIP nach Ländern 2007 – 2035 in Mio. US-Dollar

BIP nach Ländern 2007-2035 in Mio. US-Dollar					
	2007	2015	2025	2035	Durchschnittliche jährliche Veränderungen in % 2007-2035
OECD	36.361	40.819	51.492	63.480	2,0
Nordamerika	15.662	18.081	24.072	31.142	2,5
Europa	14.849	16.208	19.864	23.807	1,7
Asien	5.850	6.530	7.557	8.531	1,4
Nicht OECD	26.769	40.301	63.247	90.179	4,4
Europa/ Eurasien	3.481	4.193	5.731	7.440	2,7
Asien	14.323	24.055	40.307	59.023	5,2
Mittlerer Osten	2.261	3.071	4.473	6.328	3,7
Afrika	2.638	3.639	5.221	7.094	3,6
Zentral- und Südamerika	4.066	5.343	7.516	10.294	3,4
Gesamte Welt	63.130	81.120	114.740	153.658	3,2

(Quelle: IMF World Economic Outlook)

in der Welt behalten. Die kurze Zeit der quasi unangefochtenen „Hypermacht“, darüber ist man sich in Washington im Klaren, ist aber vorbei. Die amerikanische Politik reagiert auf die neuen politischen und ökonomischen Zwänge, indem sie ihr Engagement im Irak und in Afghanistan reduziert. Gleichzeitig findet eine Debatte darüber statt, mit welchen Mitteln die USA ihre Weltmachtstellungen in Zeiten knapper werdender Ressourcen verteidigen können. Barack Obamas „reset“ Politik mit Russland und seine Rede an die arabische Welt müssen daher auch als Versuch gesehen werden, den politischen Spielraum zu erweitern und Amerikas „soft power“ zu stärken. Für die Obama-Administration gilt der Libyen-Einsatz als ein Beispiel künftiger Einsätze: Amerika stellt seine einzigartigen militärischen Ressourcen zur Verfügung, hält sich aber politisch eher im Hintergrund und nimmt seine Verbündeten in die Pflicht. Das ungebrochene militärische Engagement in Asien zeigt aber auch, dass

diese neue Zurückhaltung nicht überall zur Geltung kommen wird.

Das ist vor allem dem zunehmend spannungsgeladenen Verhältnis mit China geschuldet und nicht wenige in Washington plädieren inzwischen für eine aktive „containment“ Politik.

Wie an neuen Formaten wie den G20 abzulesen ist, befinden sich die USA zudem in einer Phase der Neudefinition gegenüber den neuen großen Akteuren wie Indien und Brasilien. Präsident Obama steht dabei vor dem Problem, dass die Finanzkrise die USA nicht nur ökonomisch, sondern auch in ihrer gesellschaftlichen Struktur tief getroffen hat. Die Auseinandersetzungen um den US-Haushalt und den nur knapp abgewendeten Staatsbankrott zeigen zudem, dass sich das politische System der USA zunehmend als dysfunktional herausstellt. Insbesondere konservative Wähler identifizieren Obama

mit dem Niedergang seines Landes, was seine Handlungsfähigkeit stark einschränkt.

Dennoch hat Obama in der Außenpolitik wichtige Akzente setzen können. Mit Russland wurde ein Abrüstungsabkommen unterzeichnet, die Beziehungen zu Indien und Brasilien wurden gestärkt und für Irak und Afghanistan zeichnet sich ein Ende der Kriege ab. Mit den Abkommen über nukleare Sicherheit und dem neuen strategischen Konzept der NATO setzen die USA außerdem stärker auf multilaterale Instrumente. Auch wenn wichtige Vorhaben wie die Schließung des Lagers Guantanamo auf Kuba gescheitert sind, hat die Obama-Administration rhetorisch in der Anti-Terror-Politik abgerüstet, Bush' Angstpolitik beendet und Folter verboten. Eine große Enttäuschung dagegen bleibt die Handlungsunfähigkeit in der Klimapolitik.

Auftauchen Chinas

Chinas wirtschaftlicher Aufstieg stärkt die Rolle Beijings auf dem Feld der internationalen Politik. Das enorme Wachstum erhöht den Bedarf an Rohstoffen, die China durch eine proaktive Diplomatie zu sichern sucht. China beendet damit, graduell - ob gewollter- oder gezwungenermaßen - die Politik der Zurückhaltung von Deng Xiaoping.

Insbesondere in Afrika aber auch in Lateinamerika ist China inzwischen häufig präsenter als Europa und ein gefragter Partner bei wirtschaftlicher sowie entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Die chinesische Präsenz führt aber auch zu Spannungen mit der lokalen Bevölkerung, die sich von der massiven Präsenz chinesischer Arbeiter in ihrer Existenz bedroht fühlen. Im Gegensatz zu westlichen Staaten konditioniert China zudem seine Hilfe nicht und gefährdet dadurch Fortschritte bei den Menschenrechten. Und auch im Bezug auf die USA selbst stellen die Chinesen als größter ausländischer Gläubi-

ger amerikanischer Staatsanleihen mittlerweile einen bedeutenden Machtfaktor dar und sein anhaltendes Wirtschaftswachstum erweist sich in der Krise als Stabilitätsfaktor.

Zugleich wächst durch das Macht bewusste Auftreten Chinas das Misstrauen bei den Nachbarn – eine Situation, die Deng stets vermeiden wollte.

Interessant zu beobachten wird auch sein, welche Rolle Japan in Zukunft einnehmen kann und wird. Nach einem kurzen Intermezzo unter Ex-Premier Hatoyama ist Tokio inzwischen wieder eng an die Seite der USA gerückt. Die japanische Wirtschaft hat nach den Schäden durch den Atom-Gau von Fukushima erstaunlich schnell wieder mit der Erholung begonnen. Zugleich scheint jedoch die bereits lang anhaltende strukturelle Stagnation der japanischen Ökonomie weiter bestehen zu bleiben.

Auch insgesamt beginnen sich mit den verschiedenen Zusammenschlüssen der Schwellenländer neue Akteurs- und Einflusskonstellationen beispielsweise im Rahmen der Welthandelsorganisation zu entwickeln. Zu nennen sind hier Indien, Brasilien und Südafrika als neue Akteure, die insbesondere im Rahmen der WTO ernstzunehmende Machtfaktoren geworden sind.

Lage der Europäischen Union

In einem Zustand der Stagnation befindet sich demgegenüber die Europäische Union. Die Krise um Griechenland und die Mittelmeerstaaten hat einmal mehr die schwerwiegenden Konstruktionsfehler der Union deutlich gemacht: das Fehlen einer koordinierten Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die völlig unzureichende makroökonomische Steuerung in der Union. Es ist fast kaum zu glauben, wie führende europäische Regierungen, gerade die der Bundesrepublik, mit ihrem Dogmatismus gerade das Projekt

an den Rande des Scheiterns brachten, das – zu Lasten anderer europäischer Staaten – den Wohlstand der Bundesrepublik bislang maßgeblich mit gefördert hat.

Noch immer ist es zudem nicht gelungen, eine genauere Abstimmung der einzelnen Mitgliedsstaaten in ihrer Außenpolitik zu organisieren, was sich nicht nur im Falle des Libyen-Konfliktes, sondern unter anderem auch bei der Frage nach der Gestaltung der Zukunft des Kosovos zeigte.

Kurz und knapp bleibt auch nach dem Vertrag von Lissabon unklar, wohin die Reise mit dem Projekt Europäische Union eigentlich gehen sollte. Faktisch an vielen Stellen bereits ein staatsähnliches Gebilde, fehlt nach wie vor eine präzise Analyse der Aufgabenverteilungen im europäischen Mehrebenensystem sowie genauso die Diskussion über die Ausgestaltung demokratischer Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen.

Auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie findet eine solche Debatte – anders als beispielsweise in Frankreich – so gut wie nicht statt. Es gilt daher dringend, eine grundlegende europapolitische Debatte aufzunehmen, die neben den Fragen der wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenzen auch die Frage der grundsätzlichen Ausgestaltung der europäischen Union in den Blick nimmt.

Revolutionen in Nordafrika

Als weiterer Hort globaler Dynamisierung müssen die arabischen Umbrüche berücksichtigt werden. Die Revolutionen in Nordafrika und im Nahen Osten haben die gerade in Europa gerne verbreitete These von der angeblichen Inkompatibilität von Islam und Demokratie eindrucksvoll widerlegt. Das gebotene Bild ist dabei allerdings nicht eindeutig: Neben der verhältnismäßig schnellen Vertreibung der alten Eliten wie im Falle Tunesiens stehen lang anhaltende gewalt-

same Auseinandersetzungen wie in Libyen oder in Syrien.

Wie ambivalent die Bundesregierung mit der Situation umgeht zeigt sich unter anderem an den Plänen zum Verkauf von Panzern an Saudi-Arabien.

Unklar ist auch, wie nachhaltig diese Veränderungen sein werden. Getragen wurden sie offensichtlich vielfach von der jungen Generation. Welche politischen Ziele in erster Linie im Mittelpunkt stehen und sich durchsetzen werden, bleibt abzuwarten.

Interessant wird es auch sein zu beobachten, wie sich diese Entwicklungen auf die Möglichkeiten für einen Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern sowie zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten auswirken wird.

Lateinamerika

Gerade aus linker Perspektive oft in den Blick genommen wird momentan Lateinamerika. Mehr als 50 Jahre nach der kubanischen Revolution und fast 40 Jahre nach dem Beginn der Welle des Neoliberalismus haben sich in der Mehrheit der Staaten Süd- und Mittelamerikas links-orientierte Regierungen gebildet. Die Spannbreite ist auch hier groß: Von eher sozialdemokratisch-sozialstaatlich orientierten Modellen wie in Uruguay oder unter der im Jahr 2010 abgewählten Regierungskoalition in Chile über links-populistische Herrscher wie das Ehepaar Kirchner in Argentinien geht das Spektrum bis hin zu links-nationalen Populisten wie Hugo Chavez in Venezuela (siehe auch weitere Beiträge im Heftschwerpunkt).

Verfasstheit des Staatensystems – Rolle der UNO

Über die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen wird seit langem gestritten. In

der Öffentlichkeit konzentriert sich die Debatte dabei oft auf die Ausgestaltung des Sicherheitsrates. Wichtig erscheint aber, auch hier grundsätzlich über die Aufgaben und Rollenverteilung im internationalen System, beispielsweise auch im Bezug auf IWF, Weltbank, WTO sowie die verschiedenen mit Wirtschafts- und Entwicklungspolitik betrauten Unterorganisationen der UNO zu diskutieren. Es ist offensichtlich, dass die UNO ohne erweiterte Kompetenzen gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik weiterhin nicht der zentrale Ort für die Aushandlung der Weltordnung sein werden.

Das System der G8 kann hier keine alternative Abhilfe schaffen. Zum einen steht ihr Fortbestand einer Demokratisierung der Weltwirtschaftspolitik entgegen und zum anderen ist durch den Aufstieg und die zunehmende Selbstorganisation der Schwellenländer beispielsweise in der G20 auch fraglich, ob die in der G8 vereinten Staaten überhaupt noch die alleinige Entscheidungsmacht auf diesem Handlungsfeld beanspruchen können oder dürfen.

Entstehung von Staatlichkeit auf internationaler Ebene?

Analytisch lässt sich zudem festhalten, dass das Weltsystem längst nicht mehr nur aus einer Verbindung von Nationalstaaten mit jeweils uneingeschränkter Souveränität besteht. Die Europäische Union, aber auch die Welthandelsorganisation und andere Zusammenschlüsse besitzen längst Kompetenzen, die weit in ursprünglich nur den klassischen Nationalstaaten vorbehaltene Felder eingreifen, beispielsweise im Bereich der Streitbeilegung.

Zu beobachten ist aber auch, dass demokratische Entscheidungsmöglichkeiten und Prozesse längst nicht uneingeschränkt auf den diversen internationalen Ebenen mitgewachsen sind. In der Regel dominiert

dort ein unmittelbares Aufeinandertreffen verschiedener Interessenvertreter, die kaum Rückkopplung zu politischen Prozessen und Diskursen in den jeweiligen Ländern haben.

Gerade für die politische Linke spannend ist also, wie sich die Prozesse – jenseits eines utopischen Weltstaats – demokratischer, transparenter und nachvollziehbarer gestalten lassen.

Neue internationale Solidarität

Mit dem vorliegenden Heft wollen wir eine kleine Reihe beginnen, die sich Themen der internationalen Entwicklung widmen soll. Den Anfang machen wir mit Südamerika. Asien und Nordafrika sollen 2012 folgen.

Entscheidend wird dabei neben einer Analyse der Lage in der jeweiligen Weltregion die Frage sein, welche Beiträge die regionalen Diskurse und Handlungen für eine solidarische und demokratische Gestaltung der Weltordnung leisten können und welche Anknüpfungspunkte sie für linke Diskurse bieten. ■

☞ Niels Annen arbeitet für das Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin und ist Mitherausgeber der spw.

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und wohnt in Stuttgart.

☞ Cordula Drautz ist Redaktionsmitglied der spw und IUSY-Vizepräsidentin.

☞ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.

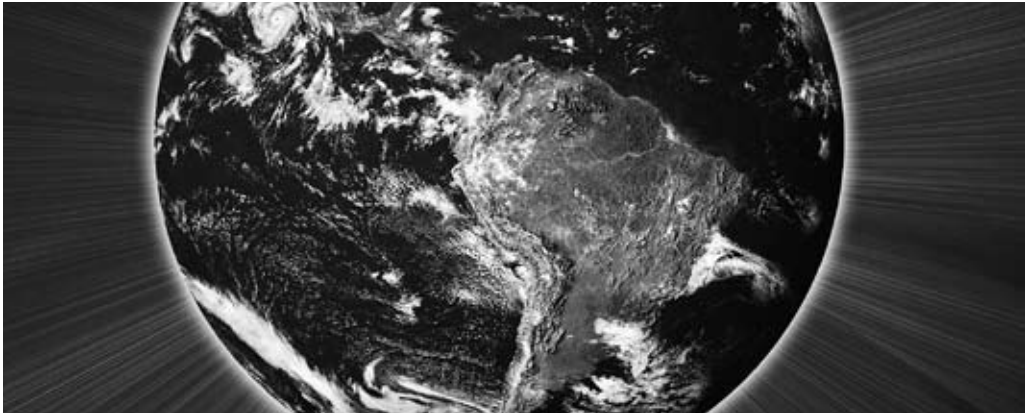
☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion und im Juso-Bundesvorstand.

Lateinamerika

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Götz Godowoski, Michael Reschke und Thilo Scholle

Foto: www.fotolia.com, © suzanneer



Lateinamerika, im 20. Jahrhundert Versuchslabor für die neoliberalen Strategien des Westens, hat auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts Strategien entwickelt, die im Rahmen einer sozialistischen Politik auch für Europa diskussionswürdig sind. Die Polarisierung der Gesellschaft, die von der Finanzwirtschaft bedrängten Staaten und eine Politik, die ihr Heil in der Entpolitisierung sucht, machen es notwendig, sich auch im internationalen Rahmen umzuschauen, wie ein Gesellschaft wieder zusammenfinden und Demokratie als umfassendes Strukturprinzip für alle gesellschaftlichen Bereiche dienen kann. Entsprechend macht es sich der Heftschwerpunkt Lateinamerika in der Reihe Neue Weltordnung zur Aufgabe, progressive soziale und ökonomische sowie demokratiefördernde Entwicklungen aufzuzeigen.

Der lange Weg zur politischen Eigenständigkeit

In den 1970er Jahren war Lateinamerika noch der Hinterhof eines unerklärten schmutzigen Krieges des Westens gegen linke, vorwie-

gend sozialdemokratische Regierungen. Die Hegemonie der USA und deren unterstützten autoritären Regimes waren darauf aus, den Einfluss der Sowjetunion nicht über Kuba hinaus gehen zu lassen. Gleichzeitig waren vor allem die westlichen Industrienationen auf die Rohstofflieferungen Lateinamerikas angewiesen. Die Luxusgüter des Westens (darunter auch Kaffee und Schokolade) wurden durch Durchsetzung neoliberaler Strategien und diktatorischer Regierungsformen für den Westen erst demokratisiert, d. h. bezahlbar.

Bis in die 1990er Jahre hinein galt Lateinamerika romantisch verklärt als Speerspitze der Modernität. Zum Beispiel Brasilien mit seiner dem Grundriss nach an einem Flugzeug orientierten Hauptstadt Brasilia, oder Argentinien, dessen immense Weideflächen hoch technologisiert agrarindustriell bewirtschaftet wurden und kleine, kooperativ betriebene Bauernhöfe verdrang, oder Chile – das mutmaßlich weitestgehende Experimentierfeld für die neoklassischen Wirtschaftswissenschaftler der Chicago Boys und ihrer Gefolgschaft - in dem nach dem gewaltsamen Umsturz der demo-

kratisch legitimierten sozialdemokratischen Altlende-Regierung anhand von Privatisierungen, Deregulierung und Zerschlagung von Gewerkschaften soziale, wirtschaftliche und politische Grundrechte massiv beschnitten und ein Primat des Marktes etabliert wurden.

Dies alles kann zunächst als die Weiterführung des kolonialen Erbes der iberischen Monarchien in einer veränderten Akteurskonstellation angesehen werden: von Kontinuität bestimmt war die Entsagung politischer Selbstbestimmung und die Abhängigkeit von außen. Eine nationale Identität mit bürgerlichen Gesellschaften konnte so nicht entstehen. Die lateinamerikanischen Staaten glichen eher politischen Verwaltungseinheiten, die durch ein die europäischstämmigen Bevölkerungsgruppen privilegierendes „pigmentokratisches System“ gestützt wurden und den westlichen Wirtschaftsinteressen untergeordnet waren.

„Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als gegen-hegemoniales Projekt

Durch die neoliberalen Strategien wurden in den 1990er Jahren ganze Staaten durch den von Weltbank und IWF praktizierten „Washingtoner Consensus“ in den Bankrott getrieben. Traurige Berühmtheit erfuhr hierbei vor allem Argentinien. Lateinamerika geriet so immer mehr an die Peripherie der Weltwirtschaft, was auf der anderen Seite bedeutete, dass sich in den Ländern fernab des Blockgegensatzes und des beendeten Kalten Krieges Möglichkeitsräume ergaben, verschiedene sozialistischen Strategien zu ergründen, die ohne Belastungen durch Mauerbau und Schießbefehl eine solidarische und demokratische Gesellschaft zum Ziel hatten.

Den Anfang machte 1998 Venezuela mit Hugo Chavez. Auf ihn folgte eine ganze Welle erfolgreicher Linksparteien bzw. -bündnisse in den verschiedenen Staaten Lateinamerikas. Erneut wurde Lateinamerika zu einem Versuchslabor, allerdings nunmehr für fortschrittliche,

partizipatorische und solidarische Politiken. Aus den Abhängigkeitserfahrungen mit den Staaten des Nordens heraus war es unvermeidlich geworden, ideelle Alternativen zu Marktradikalismus und Autoritarismus zu finden und auszubauen. Begrifflich wurden und werden die andauernden programmatischen Suchbewegungen als „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gefasst. Dieser hat nicht nur zum Kern sich von neoliberaler Hegemonie abzugrenzen, sondern ebenso, Lernprozesse unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem realexistierenden Sozialismus zu integrieren.

Die jeweilige politische Manifestierung gestaltet sich in den Staaten sehr unterschiedlich: Eher europäisch-sozialdemokratisch ausgerichtete Regierungen wie bis 2010 in Chile und aktuell in Uruguay stehen links-nationalistische Regierungen wie in Bolivien und Venezuela gegenüber. Gerade in diesen Ländern ist offen, in wie weit sich neben charismatischen Führungspersonen wie Morales oder Chavez auch ein Umfeld an politischer Organisation bilden wird, das eigene politische Projekte entwickeln und vorantreiben kann.

Interessant ist daher auch ein Blick auf die Debatten in den politischen Parteien. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit der Zeitschrift „Nueva Sociedad“ ein interessantes Diskussionsorgan für den innerlateinamerikanischen linken Diskurs geschaffen. Zugleich ist zu beobachten, dass beispielsweise die Parteistrukturen in Bolivien im Umfeld der nicht der SI angehörenden MAS noch sehr rudimentär und stark auf öffentliche Aktionen und weniger auf programmatische Entwicklungen ausgerichtet sind.

Demgegenüber stagniert die Entwicklung in Chile. 20 Jahre nach dem Übergang vom Pinochet-Regime ist die „Concertation“ der Mitte-Links-Kräfte abgewählt worden. Eine progressive Reform des Wohlfahrtsstaates und eine Umkehr der bisherigen neoliberalen Dogmatik sind nicht gelungen. Gerade hier könnten sich aber interessante Punkte auch der Zusammen-

arbeit zwischen chilenischen und europäischen SozialdemokratInnen ergeben, die in den letzten Jahren mit ähnlichen Phänomenen von Privatisierungen und Vermarktlichungen der Sozialen Sicherung konfrontiert waren.

Eine Sonderstellung nimmt allein auf Grund der ökonomischen Größe und der Diversifiziertheit der ökonomischen Strukturen Brasilien ein. Doch auch hier stellt sich die Frage, in wie weit das bisherige neoliberale Wirtschaftsverständnis durch ein stärker solidarisch orientiertes System ersetzt worden ist. Zwar ist die Zahl armer und hungernder Menschen enorm gesunken, nur geschah dies eher über staatliche Alimentation als über die Integration dieser Menschen in anständige Arbeit. Brasilien ist zudem ein gutes Beispiel für ein weiteres Problem, mit dem sich viele linke Regierungen in Lateinamerika schwertun: Den Umgang mit der Umwelt. Zu nennen sind hier vor allem die Staudammprojekte im Amazonas-Gebiet sowie die dort nach wie vor immer weiter voranschreitenden Rodungen des Regenwaldes und die Fortsetzung des zivilen Atomprogramms.

Einzuschätzen ist zudem auch, in welchem Verhältnis „sozialistische“ Ideologieelemente zu nationalistischen Entwicklungsvorstellungen der einzelnen Regierungen stehen. Hier entsteht oft der Eindruck, dass es manchen der führenden Persönlichkeiten vordergründig bloß um die nachholende ökonomische Entwicklung des jeweiligen Landes gehe, und weniger um die Entwicklung und Umsetzung einer alternativen Wirtschaftstheorie und gesellschaftlichen Etablierung eines stärker solidarischen und partizipatorischen Wirtschaftsmodells.

Auch die Aufarbeitung der Diktaturen der letzten Jahrzehnte schreitet nur langsam voran, da die Schweige- und Stillhalteübereinkommen zwischen den ehemaligen Putschisten und den neuen zivilen Regierungen oft noch intakt sind. Positiv zu erwähnen ist hier vor allem das Beispiel Argentinien, wo es nicht nur

zu Verurteilungen führender Personen der Militärdiktatur gekommen ist, sondern auch der Prozess der Aufarbeitung der Mitverantwortung beispielsweise deutscher Konzerne für die Terrorakte der Militärs begonnen hat.

Kurz: Beim Blick auf Lateinamerika fallen eine Fülle interessanter Entwicklungen im Bereich der Ökonomie, der Gesellschaftspolitik und der Demokratisierung auf. Bei aller Fragmentierung und Ungleichzeitigkeit vieler Entwicklungen stellen sie sich im Vergleich zu den neoliberalen Regimen der letzten 30 Jahre trotzdem bereits als ein enormer Fortschritt dar.

Vorsicht ist jedoch bei allzu einhelligen Urteilen geboten. Von der skizzierten, links-gerichteten Entwicklung sind nicht alle Länder Lateinamerikas erfasst: Kolumbien ist nach wie vor zerrissen von einem ungelösten Bürgerkrieg und vom Terrorismus der Milizen der Drogenbarone. In Ländern wie El Salvador hat eine Aufarbeitung der Militärdiktaturen gerade erst begonnen. In Nicaragua gelang zwar den Sandinisten unter ihrem historischen Führer Daniel Ortega die Rückkehr an die Macht, zugleich ist hier ein großes Maß an politischer Korruption und programmatischer Entleerung der führenden sandinistischen Kader festzustellen.

Mit der Regierung Zelayas in Honduras wurde zudem zum ersten Mal seit Jahren in Lateinamerika auch eine links orientierte Regierung mit Hilfe eines von den USA geduldeten Putsches der alten Eliten wieder von der Macht verdrängt. Neben dem Dauerthema Kolumbien könnte auch dieser Putsch andeuten, dass die USA Lateinamerika wieder mehr Aufmerksamkeit bieten wollen.

Perspektiven der Einzelbeiträge

Der Heftschwerpunkt umfasst vergleichende und Einzelbetrachtungen zu ausgewählten, links-regierten Ländern Lateinamerikas. Dabei fragen sie nach Entwicklungsdynamiken in ökonomischer, sozialer und demokratischer

Hinsicht und nach möglichen europäischen Anknüpfungspunkten.

Dem Pionierland Venezuela mit seinem Staatspräsidenten Hugo Chávez, der den Reigen der Linksregierungen 1998 einleitete und maßgeblich von der Legitimationskrise des damaligen Zweiparteiensystems profitierte, widmet sich *Benedikt Behrens*. Hohe Bedeutung komme der Verfassung von 1999 zu, die von der „bolivarischen Bewegung“ forciert wurde und umfassende wirtschaftliche, soziale und politische Grundrechte umfasst, und die als Grundsatzprogramm des Chavismus betrachtet werden kann. Allen Erfolgen stehe aber ein zentrales Problem Venezuelas entgegen: die ungelöste, existenzielle Abhängigkeit vom Erdöl.

Stephan Reichert beschäftigt sich vergleichend mit dem Stand der Transformationsprozesse in Bolivien und Ecuador. Parallelen fänden sich in politischer Strategie und Stil der Staatspräsidenten Morales (Bolivien) und Correa (Ecuador). Das partizipatorische und emanzipatorische Versprechen beider Bewegungen strebten sie an, in eine umfassende Transformation des politischen Systems mit neuen Verfassungen münden zu lassen. Zu beobachten sei allerdings, dass in beiden Ländern die Transformationen am Scheideweg stünden und zunehmend zum Mittel der politischen Polarisierung gegriffen werden würde.

Dem größten Land Lateinamerikas, Brasilien, widmen sich *Yesko Quiroga* und *Simone Reperger* und fragen angesichts des scheinbaren wirtschaftlichen und politischen Höhenflugs des Landes in den letzten Jahren nach dem Erbe des Staatspräsidenten Lulas und der Zukunft unter seiner Nachfolgerin Rousseff. Deutlich wird, dass es in Brasilien unter Lula gelang, nicht nur im Kontext der G20 und der BRICS-Staaten eine gewichtige Rolle einzunehmen, sondern dass auch innenpolitisch Erfolge hinsichtlich von Armutsbekämpfung, Alphabetisierung und partizipatorischer Demokratie mit einem aktiven Staat und innovativen Programmen

erreicht wurden. Bei allem begründeten Zukunftsoptimismus sei Brasilien allerdings auch zunehmend mit einem verschärften Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie konfrontiert.

Zunehmend präsent in politischen und wissenschaftlichen Zusammenhängen auch in Europa sind die Diskurse um Formen solidarischer Ökonomie. *Ole Erdmann* geht der Idee, ihren politischen Voraussetzungen und Varianten in Lateinamerika nach. Diese Wirtschaftsweise, die Kooperation anstatt Konkurrenz als dominierendes Prinzip aufweist, sei allerdings nicht zwingend ein systemtransformatorisches Projekt, vielmehr ließen sich Sektoren solidarischer Ökonomie mit privatwirtschaftlichem und öffentlichem Sektor vereinbaren. Neben ökonomischer Selbsthilfe abseits des klassischen Arbeitsmarktes böte jene Wirtschaftsweise außerdem – insbesondere für Frauen – Potenziale des Empowerments.

Nach Jahrzehnten neoliberaler Regime und Autoritarismus entschlossen sich am Scheideweg zwischen Kontinuität und Aufbruch zahlreiche Staaten Lateinamerikas für neue Wege. Bei aller Vielfalt orientieren sie sich doch verbindend an einer alternativen Gesellschaft, die sich nicht durch Ungleichheit, Entpolitisierung und Entsolidarisierung geprägt sein soll. Ersten Erfolgen stehen offene Zukunftsfragen gegenüber. Im Rahmen der Diskussion, ob und wenn ja wie sich eine neue Weltordnung etabliert und wohin Gesellschaften steuern sollen, bieten die Transformationsprozesse Lateinamerikas Ausgangs- und Anknüpfungspunkte, die auch für die europäische Linke von Belang sind. Nicht zuletzt deshalb, da sich eine sozialistische Strategie immer auch an ihrem internationalistischen Gehalt messen lassen muss. Der Blick auf die europäische Dimension deutscher Politik darf nicht den Blick auf alternative Entwicklungen auf anderen Kontinenten verstellen. ■

☞ Götz Godowski ist Lehrer und stellv. Vorsitzender von proms-Nord.

☞ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion und im Juso-Bundesvorstand.

„Poder Popular“ (Volksmacht) und partizipative Demokratie unter der Regierung von Hugo Chávez in Venezuela

von Benedikt Behrens

Der ehemalige Militär Hugo Chávez war der erste linke Politiker, der nach der Zeitenwende von 1989 eine nationale Wahl in Lateinamerika gewann. Dies ereignete sich 1998, zu einem Zeitpunkt als fast alle Staaten Lateinamerikas ergeben die neoliberalen Rezepte des *Washington Consensus* von 1990 und die Vorgaben von IWF und Weltbank befolgten. Chávez gelang es in Venezuela, den Bann der Krise der lateinamerikanischen Linken zu brechen. Danach folgte im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts eine regelrechte Welle von Wahlerfolgen und Regierungsübernahmen durch zumeist neue linke Bündnisse mit politisch-ideologischen Ausrichtungen von reformorientiert im „sozialdemokratischen“ Sinne bis hin zu einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.¹ Um zu verstehen warum gerade Venezuela die Rolle des Impulsgebers übernahm, muss man einen Blick in die jüngere Geschichte des Landes werfen.

Die Entwicklung eines Zweiparteiensystems seit 1958

Vor 1958 konnte man in Venezuela von einer funktionierenden bürgerlichen Demokratie nicht sprechen, da sich zivile und militärische *Caudillos* (starke Männer) in ihrer Herrschaft ablösten und die Herausbildung eines demokratischen Parteiensystems vereitelten.² 1958 stürzte eine soziale und politische Bewegung, die von einem breiten Spektrum von den bürgerlichen Parteien bis

zu den Kommunisten (PCV) sowie Teilen des Militärs angeführt wurde, den Militärdiktator Marcos Pérez Jiménez. Nach Einsetzung einer Übergangsregierung unter dem Vorsitz eines Militärs wurden Ende 1958 demokratische Präsidentschaftswahlen abgehalten, die Rómulo Betancourt, der Vorsitzende der Acción Democrática, eine sich als sozialdemokratisch verstehende Partei und spätere Mitgliedsorganisation der SI, gewann. Einige Wochen vor den Wahlen hatte die AD mit den bürgerlichen Parteien - die christdemokratisch orientierte COPEI und die linksliberale URD -, aber unter Ausschluss der Kommunisten, den „Pakt von Puntofijo“ unterzeichnet, der die Basis für die zukünftige Machtaufteilung in einem (formal)demokratischen System bilden sollte. Während der folgenden drei Jahrzehnte entstand ein Zweiparteiensystem (die URD verlor schnell an Bedeutung), in dem sich AD und COPEI regelmäßig an der Macht ablösten, wobei sie Mechanismen schufen, mit denen das Aufkommen einer politischen Alternative verhindert wurde. Bei aller Fragwürdigkeit der dabei teilweise angewandten undemokratischen Machenschaften, gelang es, ein stabiles Regierungssystem zu etablieren, das sich von den mehrheitlich instabilen und autoritären, oft durch Militärs regierten Regime in Lateinamerika abhob.

Ein wichtiger Faktor für diese Stabilität war zweifellos der Erdölreichtum Venezuelas. Mithilfe der als unerschöpflich angesehenen Einnahmequelle gelang es der politischen Elite, ein weitverzweigtes klientelistisches System aufzubauen, das alle jene Bevölkerungsgruppen materiell begünstigte,

¹ Für einen Überblick vgl. Dieter Boris, *Linkstendenzen in Lateinamerika* (Supplement von *Sozialismus*), Hamburg 2007 und Helge Buttke, *Utopische Realpolitik. Die neue Linke in Lateinamerika*, Bonn 2010.

² Zur Geschichte des Landes seit der Unabhängigkeit vgl. Michael Zeuske, *Von Bolívar zu Chávez. Die Geschichte Venezuelas*, Zürich 2008.

die in irgendeiner Weise direkt oder indirekt mit dem Erdölsektor verbunden waren. Das galt auch für die Gewerkschaften, deren Führungspositionen sich AD und COPEI untereinander aufteilten und dabei das Aufkommen von linken Organisationen, die sich dem klientelistischen Mechanismen widersetzen, verhinderten. Gleichzeitig überzog ein dichtes Spinnennetz der Korruption Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere den riesigen verstaatlichten Erdölsektor.

Krise des Zweiparteiensystems und Aufstieg des Chavismus

Das von sprudelnden Erdöleinnahmen in Gang gehaltene System geriet jedoch seit Beginn der 1980er Jahre in die Krise als auf dem Weltmarkt ein rapider Preisverfall einsetzte und die Außenverschuldung des Landes explodierte. Von 1978 bis 1989 sank das BIP pro Kopf um 29 Prozent und die Armutsrate stieg auf über 50 Prozent, was zu einem massiven Legitimationsverlust des politischen und ökonomischen Systems führte. Sichtbarster Ausdruck der sozialen Unzufriedenheit war 1989 der sog. *Caracazo* als es in der Hauptstadt Caracas zu mehrtägigen Demonstrationen und schweren Plünderungen seitens der Bewohner verelendeter Stadtteile kam, welche durch einen äußerst brutalen Einsatz der Sicherheitskräfte mit Hunderten von Toten niedergeschlagen wurden.

Der *Caracazo* wurde allgemein als Wendepunkt betrachtet: Die Zeit der exklusiven Machtaufteilung unter den beiden dominierenden Parteien war damit vorbei. 1993 kam es zur Wahl einer Regierung, die zum erstenmal seit Jahrzehnten nicht mehr von AD oder COPEI geleitet wurde und eine vorsichtige Abkehr von der neoliberalen Politik versprach. Die radikale Linke war in der Ära des „Paktes von Punto Fijo“ politisch isoliert. Aufgrund ihres faktischen Ausschlusses aus dem politischen System griffen einige ihrer

Gruppen seit den 1960er Jahren zu Taktiken des Guerillakampfs, die jedoch in der Aufschwungphase des herrschenden Systems zum Scheitern verurteilt waren.

Zu Beginn der 1980er Jahre bildete sich innerhalb des Militärs eine linksnationalistische Gruppe, die als klandestine Zelle organisiert war und sich vornahm, das herrschende politische System zu stürzen. Sie nannte sich *Ejército Bolivariano Revolucionario* (Bolivarisches Revolutionäres Heer), zu dessen Gründern der junge, aus einfachen ländlichen Verhältnissen stammende Offizier Hugo Chávez³ zählte. Die revolutionären Militärs optierten jedoch nicht für rein putschistische Aktionen, sondern für die Organisation eines zivil-militärischen Aufstands, der die aktive Mitwirkung von sozialen Bewegungen einschloss. Bei einem Aufstandsversuch im Februar 1992, den Chávez mit anführte, war die Geheimorganisation der Militärs die führende Kraft. Der Aufstand scheiterte sowohl operativ militärisch als auch politisch, da es nicht gelang, ausreichend aktive Unterstützung in der Bevölkerung zu mobilisieren. Chávez und andere an der Verschwörung beteiligte Offiziere wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Nach dem Antritt der Regierung unter Rafael Caldera wurden die Teilnehmer der militärischen Aufstände des Jahres 1992 begnadigt, einige von ihnen erhielten sogar Posten in der Administration. Hugo Chávez lehnte letzteres strikt ab und beteiligte sich am Aufbau einer neuen zivilen Organisation, die sich statt *Ejército* nun *Movimiento* (MBR-200) nannte und den Weg der militärischen Machteroberung ausschloss. Nach einem längeren Prozess des organisatorischen Aufbaus und der programmatischen Debatten entschloss man sich schließlich 1997, an den für Ende 1998 vorgesehenen Präsidenten-

³ Zum Lebensweg von Chávez vgl. Zeuske, *Bolí var*, S. 449–66 und Christoph Twickel, *Hugo Chávez. Eine Biographie*, Hamburg 2007.

schafts- und Parlamentswahlen teilzunehmen. Unter dem neuen Namen *Movimiento Quinta República* – MVR (Bewegung Fünfte Republik) ging die Organisation mit anderen linken Parteien das Wahlbündnis *Polo Patriótico* (Patriotischer Pol) mit Chávez als Präsidentschaftskandidat ein. Die Wahlen brachten ihm mit 56 Prozent der Wählerstimmen einen großen persönlichen Erfolg, allerdings verfehlte sein Bündnis im Parlament deutlich die Mehrheit.

Die „bolivarische Bewegung“ hatte schon lange vor den Wahlen angekündigt, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Chávez erließ am Tage seiner Amtsübernahme ein Dekret, mit dem er ein Referendum anberaumte, bei dem das Volk über die Wahl einer neuen Verfassungsgebenden Versammlung entscheiden sollte. In dem Referendum sprachen sich im April 1999 - bei einer Beteiligung von knapp 38 Prozent - über 80 Prozent der Teilnehmenden für Chávez' Vorschlag aus. Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung im Juli 1999 (Wahlbeteiligung 46 Prozent) erreichten die mit Chávez verbundenen Kräfte mit 120 von 131 Sitzen einen überwältigenden Sieg. Die Erörterung des Verfassungsinhalts war dann aber nicht allein Sache der gewählten Abgeordneten, sondern verlief in einem sehr breiten Prozess, an dem eine Vielzahl von Vertretern sozialer Organisationen und Einzelpersonen teilnahmen, die direkt in die Debatten der Versammlung einbezogen wurden. Von 644 ihr von außen unterbreiteten Vorschlägen fand etwa die Hälfte Eingang in den Verfassungstext. So hatte schon das Verfahren der Verfassungsgebung Einfluss auf deren Inhalt, der Elemente der direkten Partizipation der Bevölkerung einen prominenten Platz einräumt.⁴ Die neue „bolivarische“ Verfassung wurde im Dezember 1999 in einer Volksabstimmung mit der breiten Mehrheit von 71 Prozent der Abstimmenden

(Wahlbeteiligung 46 Prozent) angenommen. Bei weiteren Wahlen im nachfolgenden Jahrzehnt erzielte Chávez, wenn er persönlich zur Wahl stand, Ergebnisse um die 60 Prozent bei ansteigender Wahlbeteiligung von bis zu über 70 Prozent. Die Opposition konnte bisher lediglich bei der Ablehnung der Verfassungsreform im Jahr 2007 einen knappen Sieg und bei den Parlamentswahlen von 2010, als sie fast soviel Stimmen bekam wie das Regierungslager, einen relativen Erfolg verbuchen.

„Partizipative Demokratie“ oder autoritärer „Populismus“ in Venezuela?

Die Verfassung von 1999 lässt sich mit einigem Recht als das politische Grundsatzprogramm des Chavismus betrachten. Auch wenn sie nicht das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung enthält, so dürfte sie hinsichtlich der den Bürgern gewährten Partizipationsrechte und sozialen Garantien zu den progressivsten Verfassungen der Welt zählen. In ihrer Präambel ist niedergelegt, dass das venezolanische Volk sich die Verfassung gegeben habe „... um eine demokratische, partizipative, ihr Schicksal selbst bestimmende, multiethnische und multi-kulturelle Gesellschaft in einem föderalen und dezentralisierten, gerechten Staat zu schaffen, der die Grundwerte der Freiheit, der Unabhängigkeit, des Friedens, der Solidarität, des Gemeinwohls, der territorialen Integrität, des gedeihlichen Zusammenlebens und die Herrschaft des Rechts ... sichert“. Weiterhin garantiert die Präambel das Recht auf „Leben, Arbeit, Kultur, Bildung, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit ohne Ansehen der Person“.⁵ Diese Postulate werden in den einzelnen Artikeln der Verfassung konkretisiert. So benennt Art. 71 als demokratische Rechte des Volkes in Erfüllung seiner „protagonistischen Rolle“ – neben den Präsident-

4 Siehe hierzu Dario Azzellini, *Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela*, Hamburg 2010, S. 72-78.

5 Zitiert nach der offiziellen Übersetzung der *Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela*, hrsg. v. Netzwerk Venezuela und der Botschaft der Bolivarianischen Republik Venezuela in der BRD, Essen 2005.

schafts- und Parlamentswahlen – „Volksabstimmung, Volksbefragung, Widerruf von Mandaten, gesetzgebende, verfassungsändernde und verfassungsgebende Initiativen, öffentliche Gemeinderatssitzungen und die Versammlung der Bürger und Bürgerinnen, die verbindliche Entscheidungen treffen.“ Auf wirtschaftlichem Gebiet nennt derselbe Artikel die Beteiligungsformen der „Selbstverwaltung, Mitbestimmung, Genossenschaften, Gemeinschaftsunternehmen und andere Formen gemeinsamer Organisation, die sich von Werten der Zusammenarbeit und der Solidarität leiten lassen.“ Neben der Möglichkeit von Volksabstimmungen zum Erlass und zur Aufhebung von Gesetzen enthält die Verfassung die Möglichkeit, gewählte Amtsträger in „Verwaltung und Rechtsprechung“⁶ wieder abzurufen. Dies kann geschehen auf Initiative von mindestens 20 Prozent der im Wahlbezirk Stimmberechtigten und zwar frühestens nach Ablauf der Hälfte der Wahlperiode, wobei die Abwahl erfolgt ist wenn mindestens wieder so viele Stimmen gegen den Amtsträger zusammenkommen wie er bei seiner Wahl ursprünglich erhalten hat. Dass diese Bestimmung kein toter Buchstabe ist, zeigte 2004 die Initiative der Opposition zur Abwahl von Chávez, ein Unterfangen, das allerdings klar scheiterte und im Gegenzug eine enorme Stärkung seiner Position bewirkte.

Artikel 184 konkretisiert das bereits in der Präambel vorgegebene Ziel der Schaffung eines dezentralisierten Staats und der Gewährung von Mitwirkungsrechten der Bevölkerung auf kommunaler und regionaler Ebene. Schauplätze dieser Bürgerbeteiligung sollen lokal die *comunidades*, also die Gemeinschaften kleinerer Orte und Stadtviertel sein. Sie sollen nicht nur konsultativ beteiligt werden, sondern bei einer großen Anzahl von Aufgaben der lokalen Daseinsvorsorge

direkte Mitwirkungs-, Vorschlags- und Kontrollrechte haben. Darüber hinaus ist vorgesehen, Arbeitnehmer und die *comunidades* „an der Leitung öffentlicher Unternehmen durch Mechanismen der Selbstverwaltung und Mitbestimmung“ zu beteiligen. Schließlich sieht Abs. 6 desselben Artikels die Schaffung „neuer Subjekte der Dezentralisierung“ vor, „mit dem Ziel, das Prinzip der Mitverantwortung beim öffentlichen Verwaltungshandeln der Gemeindeleitung und der bundesstaatlichen Regierung zu gewährleisten“. Ferner garantiert die Verfassung soziale Rechte wie den kostenlosen Zugang zu allen Bildungsstufen und zum Gesundheitswesen sowie die Verpflichtung des Staates, öffentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung bereitzustellen (so wird z.B. Wasser als „öffentliches Gut“ deklariert und öffentliche Rundfunkanstalten, Bibliotheken sowie „universeller Zugang“ zum Internet garantiert). Der Art. 302 enthält einen Staatsvorbehalt beim Erdöl und „anderen Industriezweigen, Wirtschaftstätigkeiten sowie Dienstleistungen und Gütern von öffentlichem Interesse und strategischer Bedeutung“.

Nun könnte man sich vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen in Lateinamerika auf dem Standpunkt zurückziehen, „Papier ist geduldig“, insbesondere dasjenige, worauf Verfassungen geschrieben sind. Allerdings kann bei Chávez und seinen Anhängern konzediert werden, dass es ihnen mit der Verwirklichung der Verfassungspostulate durchaus ernst ist. Die abschätzige Beurteilung Chávez' als einen der üblichen Populisten Lateinamerikas, die sich getragen von einer momentanen Volksstimmung zu Despoten aufschwingen, krankt daher offenkundig an einer allzu stereotypen Wahrnehmung. Einer der ersten sozialpolitischen Maßnahmen der Chávez-Regierung nach ihrer Konsolidierung ab 2003 war die Einrichtung der *misiones*. Diese verwalten Gelder aus den Erdölerlösen, die ihnen teilweise an der vom alten Regime übernommenen Büro-

⁶ Diese Formulierung lässt – zumindest in der übersetzten Version – offen, ob damit auch Parlamentsabgeordnete gemeint sind.

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Sprechsaal für Mitte-Links
Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur

Ausgabe 7+8/2011
Ach, Europa

www.ng-fh.de



VIVIEN A. SCHMIDT
Die EU – eine erloschene Vision?

KLAUS HARPPRECHT
Das Gefühl für Europa

ULRIKE LIEBERT
Stagnation, Atemholen oder Aufbruch?

Ausgabe 9/2011
Finanzkapitalismus und Eurokrise

Bestellen Sie ein kostenloses Probeheft!

T 030/26935-7152 • ng-fh@fes.de • www.ng-fh.de
T 02 28/184877-0 • www.dietz-verlag.de

kratie vorbei zur Verfügung gestellt werden, um in Zusammenarbeit mit sozialen Initiativen Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen an der Basis zu finanzieren. Dabei wird in der Regel großes Gewicht auf die aktive Partizipation der Basisorganisationen in den *barrios* gelegt, die bei der Bedarfsermittlung, dem Einsatz der Mittel und der Überwachung der Projektdurchführung mitwirken. Die bedeutendsten der etwa drei Dutzend *misiones* erstrecken sich auf die Alphabetisierung (bis 2005 1,5 Millionen Alphabetisierte) und Bildungsförderung bis zum Hochschulstudium, das Gesundheitswesen (*barrio adentro*) mit Hilfe von 15.000 kubanischen Ärzten und unter Beteiligung von seitens der lokalen Bevölkerung gebildeter Gesundheitskomitees (Ende 2006: 9.000) sowie die Versorgung mit billigen Lebensmitteln und Waren des Grundbedarfs (*misión mercal*) durch den Aufbau eines staatlichen Vertriebsnetzes (etwa 14.000 Läden).⁷

Von den genannten „Missionen“ ist wohl *barrio adentro* die erfolgreichste, lobte doch 2006 die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausdrücklich das „venezolanische Modell“ und bescheinigte ihm, dass es im selben Jahr bereits 73 Prozent der Bevölkerung Zugang zu kostenlosen Gesundheitsdiensten verschafft hätte. Mit der Einrichtung einer *contraloría social* wurde den Basisorganisationen die Möglichkeit gewährt, eine Rechnungsprüfung in der Verwaltung der jeweiligen *misiones* durchzuführen, was sich besonders beim besonders korruptionsanfälligen staatlichen Vertriebsnetz *mercal* als notwendig erwies. Die Unterschiede in der Sozialpolitik zwischen der Chávez-Administration und ihren direkten Vorgängern sind auch zahlenmäßig klar belegt. So machten 2007 die Sozialausgaben 47 Prozent des Staatshaushalts aus, für Bildung stiegen die

⁷ Vgl. eine Übersichtsdarstellung der verschiedenen „Missionen“ bei Azzelini, *Partizipation*, S. 186–205; s. auch M. Lange/J. Ulrich, „Soziales Wachstum. Neue Perspektiven in der Wirtschaftspolitik“; in: Andrej Holm (Hg.), *Revolution als Prozess. Selbstorganisation und Partizipation in Venezuela*, Hamburg 207, S. 155f.

Staatsausgaben seit 1999 von 3 auf 9 Prozent des BIP, in den Gesundheitssektor investierte der Staat 2007 4,2 Prozent des BIP. Die Folge davon war, dass in Venezuela nach dem letzten Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen seit 1999 von 49 Prozent auf 28 Prozent zurückging und dass das Land inzwischen den niedrigsten Gini-Koeffizienten der ungleichen Einkommensverteilung in Lateinamerika (ohne Kuba) aufweist.⁸

Eine beeindruckende Innovation hinsichtlich der Bürgerbeteiligung sind die *Consejos Comunales* (Kommunale Räte). Zunächst 2005 spontan entstanden wurden sie 2006 per Gesetz offiziell eingeführt. Ein *Consejo* (CC) wird von etwa 200-400 Familien in einem städtischen Wohnviertel und mindestens 20 auf dem Land gebildet, 2009 soll es im ganzen Land ca. 30.000 CC gegeben haben. Laut Gesetz sind sie „Instanzen der Partizipation, Vernetzung und Integration der verschiedenen kommunitären Organisationen, gesellschaftlicher Gruppen und Bürger, die es dem organisierten Volk erlauben, direkt Einfluss auf die Verwaltung der öffentlichen Politiken und der Projekte auszuüben, die darauf ausgerichtet sind, die Bedürfnisse und Bestrebungen der *comunidades* im Aufbau einer Gesellschaft mit Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit zu befriedigen“.⁹ Die CC entstehen auf Beschluss einer Versammlung der über 15-jährigen Einwohner einer *comunidad* – das Mindestquorum für die Gründung liegt bei 20 Prozent der Einwohnerschaft. Schon in der Gründungsphase wird in der Regel Unterstützung seitens der „Präsidialkommissionen der Volksmacht“ gewährt, die zum Chávez direkt unterstellten Verwaltungsapparat gehören. Die CC erhalten unter Umgehung der etablierten Kom-

munalverwaltung, auf direktem Wege staatliche Finanzmittel, um Projekte der sozialen Infrastruktur selbstständig durchzuführen und Genossenschaften im Stadtteil aufzubauen, wobei sie technische Unterstützung von staatlichen Stellen in Anspruch nehmen können. Das einzige Beschlussorgan der CC ist die Bürgerversammlung, die nicht nur über den Einsatz der erhaltenen Mittel entscheidet, sondern auch vorweg eine Prioritätenliste der am dringendsten durchzuführenden Projekte erstellt und die korrekte Verwendung der eingesetzten Mittel prüft. 2007 erhielten die CC staatliche Finanzmittel in Höhe von insgesamt 2,8 Milliarden US-Dollar.

Gesetzlich gibt es die Möglichkeit für direkt benachbarte CC, sich in *Mancomunidades* zusammenzuschließen, um stadtteilübergreifende Projekte durchzuführen. Die gescheiterte Verfassungsreform von 2007 sah sogar den Zusammenschluss von CC zu *Comunas Socialistas* vor, die auch bestehende Gemeindegrenzen überschreiten können, sowie von *Ciudades Comunes*, die ein Zusammenschluss sämtlicher CC einer politischen Gemeinde darstellen. Dennoch kam es nach dem Verfassungsreferendum, unterstützt von einer eigens zu diesem Zweck gegründeten *misión*, vor allem in ländlichen Gebieten zur Gründung von 220 *Comunas* und 10 *Ciudades Comunes*. Fernziel dieser räteähnlichen Selbstverwaltungsstrukturen ist der Aufbau eines *Estado Comunal*, dessen utopische Konturen bisher jedoch nur sehr schemenhaft zu erkennen sind.

Wirtschaftliche Mitbestimmung und Aufbau einer „solidarischen Ökonomie“

Seit 1999 ist es zu einem Boom bei der Gründung von Kooperativen gekommen. Von wenigen Hundert stieg ihre Zahl auf nominell 262.000. Obwohl davon nur ca. 70.000 als wirkliche Genossenschaften funktionieren, vertreten sie mit etwa zwei Millionen

8 Zu den Daten vgl. Azzellini, *Partizipation*, S. 194f.; Ana Maria Sanjuan, „Venezuela – die symbolische und die wahre Revolution“, in: *Le Monde diplomatique*, Sept. 2007 und Raúl Zelik, „Zwölf Jahre Chavismus in Venezuela“, in: *Le Monde diplomatique* Mai 2011.

9 Übersetzung nach Azzellini, *Partizipation*, S. 273.

Mitgliedern 13 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung. Vom Staat werden die Kooperativen mit günstigen Krediten und Steuererleichterungen gefördert. Seit 2005 unterstützt die Regierung den Aufbau von sog. Unternehmen sozialer Produktion (EPS), die ihren Beschäftigten eine weitgehende Mitbestimmung gewähren und verpflichtet sind, 10-15 Prozent ihres Gewinns in soziale Projekte und Infrastruktureinrichtungen zu investieren. Bei den EPS kann es sich um Staatsbetriebe, Kooperativen sowie um gemischte oder reine Privatbetriebe handeln. Diesen Betrieben werden Vorteile wie etwa bevorzugte staatliche Auftragsverteilung gewährt. Darüber hinaus plant die Regierung den Aufbau von 200 „sozialistischen Fabriken“ mit dem Ziel, eine auf den Binnenmarkt ausgerichtete Industrie zu schaffen. Die Verwaltung dieser Betriebe soll schrittweise in die Hände der Beschäftigten und der lokalen CC übergehen. Bisher geht der Ausbau dieses Sektors jedoch eher schleppend voran, bis Mitte 2010 arbeiteten rund 80 dieser Fabriken.¹⁰

In staatlichen Betrieben und Firmen, die staatliche Förderung erhalten, fördert die Regierung die Einführung einer Mitverwaltung (*cogestión*) durch die Beschäftigten. Die Betriebe verpflichten sich dabei, diese an der Leitung und am Gewinn zu beteiligen und keine Entlassungen vorzunehmen. Der fehlenden Gesetzesgrundlage ist es allerdings wohl geschuldet, dass es in vielen Staatsbetrieben, allen voran beim Erdölgiganten PDVSA, keine Mitverwaltung der Beschäftigten gibt.¹¹

Seit 2006 ist es auch zur Bildung von Fabrikräten gekommen, die eine betriebliche Selbst- bzw. Mitverwaltung durch die Beschäftigten unter Beteiligung der lokalen *comunidades* darstellen. Diese Form der

Selbstverwaltung ist bisher fast nur in von den privaten Eigentümern aufgegebenen, von den Beschäftigten besetzten oder von der Regierung enteigneten Unternehmen realisiert worden. Das bedeutendste Experiment der Arbeiterselbstverwaltung fand seit 2005 in der staatlichen Aluminiumhütte Alcasa mit 3.000 Beschäftigten statt. Hier reformierte der Soziologe Carlos Lanz als Direktor seit 2005 die bisherige Leitungsstruktur, indem er in den sechsköpfigen Unternehmensvorstand zwei von den Arbeitern gewählte Repräsentanten neben den vom Staat bestimmten Managern aufnahm; die Abteilungsleiter ließ er fortan von Abteilungsversammlungen wählen. 2006 hatte er vor, sein Mitverwaltungs-konzept zu radikalisieren, indem er vorschlug, den Vorstand aus vier von der Fabrikversammlung gewählten Vertretern und einen von der örtlichen Bevölkerung entsandten Repräsentanten neben den beiden verbliebenen staatlichen Managern zu bilden. Dieses Experiment endete jedoch 2007 infolge der Ersetzung von Lanz durch einen wesentlich moderateren Direktor und auch der nachlassenden Unterstützung seitens des Großteils der Beschäftigten. 2009 kam es zu einem neuen, von Chávez persönlich unterstützten Versuch, im staatlichen Konglomerat von 17 Metallbetrieben (CVG) eine Arbeiterkontrolle einzuführen. Beschäftigtenvertreter arbeiteten zusammen mit einer Kommission des zuständigen Ministeriums den „Sozialistischen Plan Guayana 2019“ aus, den Chávez genehmigte und der vorsieht, Fabrikräte einzurichten, die neben der Durchführung des Investitionsplans, die Unternehmensleitung aus den Reihen der Beschäftigten bilden sollen. Als der strukturelle Umbau ins Stocken geriet, setzte Chávez im Mai 2010 die von den Beschäftigten nominierten Vertreter als Direktoren der 17 Betriebe (inklusive der Aluminiumhütte Alcasa) ein.¹²

¹⁰ Vgl. hierzu Azzellini, *Partizipation*, S. 228f.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 233ff.

¹² Vgl. ebenda, S. 240-44.

Schlussbetrachtung

Unabhängig davon ob man Hugo Chávez einen populistischen Stil in der Inszenierung seiner Politik attestiert, wofür sicherlich vieles spricht, zeigen die oben beschriebenen Programme, dass es der von ihm geleiteten Regierung ernst damit ist, die Lebensverhältnisse der Bevölkerung zu verbessern und diese an der Umgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Chávez' Methode, sich direkt an die Bevölkerung zu wenden, ohne den Institutionen allzu große Beachtung zu schenken, mag aus westlich-liberaler Sicht wie Populismus erscheinen, ist jedoch vor dem historischen Hintergrund Venezuelas zu beurteilen. Das institutionalisierte Zweiparteiensystem hatte in der Bevölkerung jegliche Legitimation verloren, so dass eine charismatische Figur „von unten“, die mit den unerträglichen Missständen des alten Regimes aufräumt, geradezu herbeigesehnt wurde. Chávez nahm diese Rolle an, nicht nur aus taktischem Kalkül heraus, sondern weil er sich allen Anschein nach dazu berufen fühlt, die „unterdrückten Massen“ zu befreien. Innerhalb der Tradition der Heldenverehrung Simón Bolívars, des „Befreiers“, fühlt Chávez sich in der Nachfolge des Freiheitskämpfers, wenn er in seinen Staatsreden ständig auf dessen Erbe verweist. Hinzu kommt, dass die mythische Figur des „Volksbefreiers“ in ganz Lateinamerika seit den Unabhängigkeitskämpfen weit verbreitet ist – nicht zufällig wird dem Präsidentenamt in fast allen Staatsverfassungen seit jeher ein überragender Rang eingeräumt.

Sicher ist dieser um eine Person zentrierte Politikstil mit erheblichen Gefahren verbunden. Was geschieht, wenn der charismatische Führer plötzlich ausfällt, wie es jüngst durch Chávez' Krebserkrankung zu drohen schien – fällt dann der „bolivarische Prozess“ der gesellschaftlichen Umgestaltung wie ein Kartenhaus zusammen? Inzwischen wird auch innerhalb der „bolivarischen Bewegung“

Kritik an einer sich neu etablierenden Bürokratie in den Sozialprogrammen und an den Kommunalen Räten geübt, die, wie einige meinen, zu einer „Spielwiese“ chavistischer Aktivisten zu verkommen drohen während der große Rest der Bevölkerung außen vor bliebe. Andere konstatieren das Aufkommen einer „Bolibourgeoisie“, die versucht, durch politische Anpassung materielle Vorteile für sich herauszuschlagen.¹³ Ein schwerwiegendes strukturelles Problem Venezuelas auf ökonomischem Gebiet ist die weiterhin einseitige Ausrichtung auf den Export von Erdöl, das immer noch wertmäßig allein 90 Prozent der Ausfuhren ausmacht. Die dadurch bestehende Verwundbarkeit der Wirtschaft wurde 2009 schlagartig sichtbar, als der Weltmarktpreis für Rohöl innerhalb eines halben Jahres um 70 Prozent sank und das Land vorübergehend in eine Rezession mit einer Wachstumsrate von -3,3 Prozent abglitt. Ein länger anhaltender Rückgang der Staatseinnahmen infolge einer von Weltmarktfaktoren verursachten tiefen Wirtschaftskrise könnte das Ende des „bolivarischen Projekts“ einleiten, wenn es nicht gelingt, der Wirtschaft Venezuelas künftig eine breitere und damit sicherere Basis zu verschaffen. ■

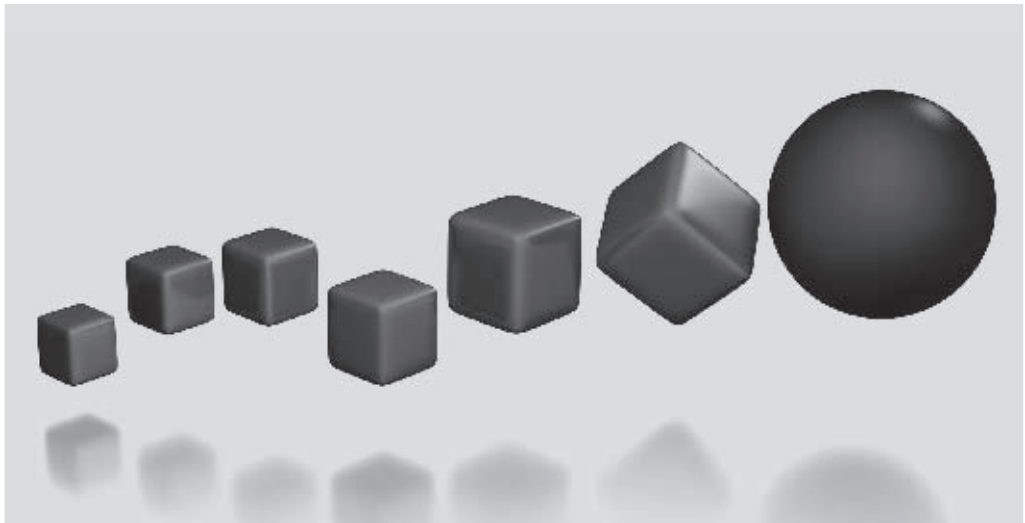
☞ Dr. Benedikt Behrens ist Historiker und lehrte zuletzt in Berlin (FU), Hannover und Hamburg.

13 Zu dieser Kritik vgl. Zelik, „Zwölf Jahre“ und Helge Butkerei, „Hugo Chávez und Bolibourgeoisie“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, S. 20-23. Azzellini, *Partizipation*, ist eine der bisher wenigen Studien, die eine empirische Untersuchung der Praxis der „Kommunalen Räte“ enthält. Auf der Basis von Interviews mit Akteuren aus sieben CC kommt der Autor zu einer differenzierten Einschätzung. Er konstatiert eine generelle Zunahme der Partizipation in ärmeren Stadtvierteln, in sozial gemischten *barrios* ist sie allerdings weitgehend auf die Sympathisanten der Regierung beschränkt. Allgemein hält er die Partizipation, trotz zeitweise hoher Intensität, für noch „nicht konsolidiert und meistens nach wie vor von der Initiative Einzelner abhängig“ (S. 341-49).

Das Versprechen einer Revolution. Zum Stand der Transformation in Bolivien und Ecuador

von Stephan Reichert

Foto: www.fotolia.com, © Dmitry Knorre



Im Jahr 2006 in Bolivien und ein Jahr später in Ecuador kamen, nach mehreren Jahren der politischen Instabilität, zwei Präsidenten an die Macht, mit dem Versprechen, das politische System revolutionieren zu wollen. Das Diktat des Neoliberalismus sollte abgelegt werden und die Bevölkerung sollte aktiv an der Gestaltung von Politik teilhaben. Diese neuen Regierungen haben sich den Sozialismus des XXI. Jahrhunderts auf die Fahnen geschrieben, jene politische Ideologie, der sich zuvor bereits Hugo Chávez in Venezuela verschrieben hat.

In diesem Artikel soll der Transformationsprozess genauer untersucht werden, der von Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ecuador angestoßen wurde. Eine zentrale Rolle bei der Transformation, oder Revolution, wie beide politischen Führer gerne betonen, spielen die politischen Bewegungen, die den Aufstieg an die Macht erst möglich gemacht haben. In Bolivien handelt es sich dabei um die aus der Bauernbewegung hervorgegan-

gen Movimiento al Socialismo – Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos¹ (MAS-IPSP, oder kurz MAS) und in Ecuador die Alianza País, hervorgegangen aus einer städtischen Mittelschicht.

Die Bevölkerung legte große Hoffnungen in die Präsidenten und in die versprochene Transformation. Sowohl Evo Morales wie auch Rafael Correa wurden, nachdem neue Verfassungen in Kraft traten, in ihren Ämtern mit breiter Zustimmung bestätigt. Seit 2010 wächst allerdings die Enttäuschung darüber, dass Reformen des politischen Systems häufig nur auf dem Papier stehen und eine kritische Auseinandersetzung mit den Regierungen kaum möglich ist. Die Präsidenten aber müssen sich daran messen lassen, ob sie das politische System grundlegend verändert haben.

¹ Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker.

Entstehung der politischen Bewegungen MAS und Alianza País

Die Entstehungsgeschichten der MAS in Bolivien und der Alianza País in Ecuador haben teilweise gemeinsame Ursachen. Sowohl in Bolivien als auch in Ecuador traten beide Bewegungen in einer Zeit auf, in der das liberale demokratische System eine schwere Krise durchmachte. Nachdem Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre die Militärdiktaturen abgesetzt und repräsentative Demokratien etabliert wurden, waren die Hoffnungen groß, dass die neue Demokratie Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung bringen würde. Seit den 90er Jahren erhielt das neoliberale Wirtschaftsmodell unter den Vorgaben des Washington Consensus Einzug in die Länder Lateinamerikas. Doch weder Demokratie noch neoliberales Wirtschaftsmodell hielten was sie versprochen. Zwar stabilisierten sich die makroökonomischen Daten und politisch kam es zu demokratischen Regierungswechseln. Doch spätestens seit der Jahrtausendwende wurde immer klarer, dass dieses Wirtschaftssystem vor allem bestimmten Gruppen Vorteile brachte, die breite Mehrheit der Bevölkerung profitierte davon nicht. Und auch die Regierungen repräsentierten häufig nur die Interessen einer kleinen Elite. Die Stimmung in den Ländern verschlechterte sich zunehmend und entlud sich auf den Straßen. In Ecuador wurde 1997 Präsident Bucaram gestürzt, und es begann eine zehn Jahre andauernde politische Krise, geprägt durch soziale Proteste, während der keiner der gewählten Präsidenten sein Mandat regulär vollenden konnte. Erst die Wahl von Rafael Correa 2007 brachte wieder Stabilität in das politische System. Ähnlich verhielt es sich in Bolivien. Die sozialen Proteste im Jahr 2000, die als Wasserkrieg bekannt wurden, waren der Auftakt für immer wiederkehrende Unruhen, die in den Stürzen der Präsidenten Sánchez de Lozada (2003) und Carlos Mesa (2005) gipfelten.

Aus dieser konfliktären Situation heraus entstanden die Alianza País in Ecuador und die MAS in Bolivien. Diese existierte zwar bereits seit 1995, nun aber war sie zu einer ernstzunehmenden politischen Bewegung herangewachsen. Im Wesentlichen haben mindestens drei Faktoren dazu geführt, dass aus der Bauern- und Gewerkschaftsbewegung MAS eine nationale politische Kraft wurde. Erstmals in der Geschichte des Landes spielte die Stadt-Land-Konfliktlinie eine Rolle für die nationale Politik. Politik konnte nicht mehr ohne die Einbeziehung der Interessen der ländlichen, in der Regel ärmeren Bevölkerung gemacht werden. Dazu war das neoliberale Wirtschaftsmodell in eine Krise geraten, und gerade im sozialen Bereich wurden die Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik immer deutlicher. Freilich waren die Leidtragenden dieser Politik ebenfalls die Ärmsten der Bevölkerung. Schließlich, auch als Konsequenz aus den beiden zuvor genannten Punkten, litten die traditionellen Parteien unter einem schweren Vertrauensverlust. In solch einer Konstellation wuchs der Zuspruch für die MAS, welche ihre Ursprünge in der campesino-Bewegung auf dem Land hatte, nun auch in der Stadt. Zentrale Figur beim Sprung vom Land in die Städte war Evo Morales. Die notwendige Umstrukturierung von einem „politischen Instrument“ der ländlichen sozialen Bewegungen, am bekanntesten die der Cobauern, zu einer politischen Bewegung im ganzen Land und die nötigen Kompromisse auf beiden Seiten sind der Integrationskraft und des Charisma des heutigen Präsidenten geschuldet.

Auch in Ecuador entwickelte die Alianza País ihre Kraft in einer Zeit politischer Instabilität, und auch wie im Falle von Bolivien sind die zentralen Faktoren die Schwächen des neoliberalen Wirtschaftssystems und der völlige Vertrauensverlust der traditionellen Parteien. Die Versprechen des Washington Consensus und des Internationalen Währungsfonds (IWF) hatten sich bei der Mehrzahl der Bevölkerung nicht positiv bemerkbar gemacht. Auch die

www.marxistische-blaetter.de
**Einzelheft:**

128 Seiten, 9,50 €

Jahresabo: 48,00 €

Ermäßigt: 32,00 €

Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu

PRODUKTIVKRÄFTE – WACHSTUMSGRENZEN

Wachstum und Wachstumskritik **Robert Steigerwald** | Von der Revolutionierung der Produktivkräfte zur Entwicklung der Gemeingüter **Peter Fleissner und Andreas Exner** | Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie (Auszug) **Friedrich Engels** | Wo die Wachstumskritiker landen **Lucas Zeise** | Wachstumskritik oder sozialistische Politik **Ralf Krämer** | Die Umweltfrage durch Armut und Askese lösen? **Herbert Schui** „Enterprise 2.0“ oder die Gier nach dem Gold in den Köpfen **Thomas Hagenhofer** | Was die Handmühle hergibt **Tobias Kriele**

Weitere Themen: EU-Krise, Atomausstieg, BRD-Rüstungsexporte, Israel kritik und Antisemitismus, Überfall auf die Sowjetunion, DDR-Literatur, Selbstständige und Gewerkschaften, DKP und Einheitsgewerkschaft heute

Bestellung bei Neue Impulse Versand

Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen

Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

NEUE IMPULSE VERLAG

politische Klasse wurde als eine Elite wahrgenommen, die lediglich auf eigene Interessen setzt und die das Land ausverkauft. Nicht nur die politischen Parteien waren auf breiter Front in Misskredit geraten, auch traditionelle soziale Bewegungen, wie die Vereinigung der Indigenen CONAIE, hatten aufgrund ihres Paktierens mit Präsident Gutiérrez in Teilen der Bevölkerung das Vertrauen verspielt. Aus dieser Stimmung heraus entstand eine Bewegung, die sich explizit als Antibewegung definierte, die Alianza País. Schlachtruf war „que se vayan todos“ (sollen sie doch alle verschwinden), und tatsächlich war Alianza País in seinen Ursprüngen nicht mit alten Parteisoldaten oder gar Klassenkämpfern besetzt, sondern von einer Gruppe meist recht junger Akademiker, die sich gegen jegliche Form der traditionellen politischen Organisation aussprachen. Rafael Correa, der Wirtschaftswissenschaftler, der nur während einer ganz kurzen Phase ein politisches Amt bekleidete, gehörte zu dieser Gruppe.

Institutionalisierung der Bewegungen und Rückhalt in der Gesellschaft

Die Entwicklung beider Bewegungen zeigt einen zentralen Unterschied in dem Selbstverständnis und in der Anhängerschaft. Alianza País, als neugegründete Antibewegung, wird in ihrem Kern getragen durch progressiv denkende Personen, die sich enttäuscht von einer traditionellen Form der politischen Organisation abgewendet oder nie einer solchen angehört haben. Dies sind Aktivisten aus der alten traditionellen Linken, Intellektuelle und Aktivisten einer neuen, nicht etablierten Linken und von jungen Bürgerbewegungen, sowie Personen ohne politischen Hintergrund, die aber Rafael Correa sehr nahe standen. Es ist die städtische progressive Mittelschicht, die die neue Bewegung unterstützt. Die Themen allerdings, die Alianza País besetzt, sind jene, die von der traditionellen Linken bereits seit Jahren formuliert werden. Und so ist es auch nicht erstaunlich, dass sich mit dem Bedeu-

tungszuwachs der Bewegung auch traditionelle linke Parteien und soziale Bewegungen der Alianza anschlossen. Dabei fungiert Alianza País nie als „Sprachrohr“ oder „Frente“ der sozialen Bewegungen; bis heute lehnt eine Mehrzahl der Aktivisten in der Alianza País es ab, sich als Partei oder als fest strukturierte Bewegung zu definieren. Die Allianz mit einigen traditionellen Parteien und die Unterstützung durch die sozialen Bewegungen waren freilich zentral bei der Einberufung und Umsetzung der verfassungsgebenden Versammlung. Aber just die Schnittstelle zwischen Alianza País und den sozialen Bewegungen erscheint heute als eine Sollbruchstelle. Seit dem Abschluss der verfassungsgebenden Versammlung und spätestens seit dem Referendum im Mai 2011 ist dieser Bruch immer deutlicher zu Tage getreten. Wichtige Unterstützer aus den Tagen der verfassungsgebenden Versammlung sind nun zu erbitterten Gegnern des Führungsstils von Rafael Correa geworden. Die politische Strategie der Regierung als Antwort auf diesen Konflikt scheint zu sein, die Polarisierung vorantreiben zu wollen. Somit ist zum jetzigen Zeitpunkt Alianza País an der enormen Herausforderung gescheitert, die Interessen der verschiedensten Gruppierungen zu aggregieren. Zwar werden auch immer wieder Forderungen laut, Alianza País nicht als reine Verlängerung der Regierung oder Wahlkampfmaschine zu betrachten, sondern sie in einen Parteiapparat zu transformieren, mit der Kapazität der Interessenaggregation und -artikulation. Ob dies gelingen wird, ist vorläufig offen, denn noch wehrt sich einer Mehrheit gegen die Reform der Bewegung, und Rafael Correas Diskurs lässt nicht vermuten, dass er dazu eine Notwendigkeit sieht.

Die Verankerung der MAS in Bolivien ist anders geartet. Nicht als Antibewegung wurde sie gegründet, sondern als politischer Arm der Bauernbewegung. Traditionell ist der Organisationsgrad in Bolivien sehr hoch und gilt als wichtiges Kontrollinstrument von Regierungen. Somit konnte die MAS auf weit-

reichende und im politischen Kampf sehr erfahrene Organisationsformen zurückgreifen. Die Basis bilden jedoch die *campesinos*, die Bauern, die in Bolivien nicht gleichzusetzen sind mit den *indígenas*, den Indigenen. Diese Differenzierung ist bei der Betrachtung der aktuellen Konfliktlinien innerhalb und zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen rund um die MAS wichtig. War Evo Morales noch zu Beginn seiner Führung in der MAS das moderierende und integrierende Element, so scheint es derzeit eine Verschiebung zugunsten der *campesinos* und zum Nachteil der *indígenas* zu geben. Ebenso wie in Ecuador steht die MAS vor der enormen Aufgabe, Interessen der Gesellschaft zu aggregieren und zu artikulieren. Dazu hatte die MAS recht früh begonnen, Artikulations- und Aggregationsmechanismen zu institutionalisieren. Dies drückte sich zunächst im politischen Diskurs aus. Evo Morales war mit dem Versprechen angetreten, eine Regierung der sozialen Bewegungen zu bilden. Stets betont er, nur dem Volke zu gehorchen. Die Regierung sieht sich als Sprachrohr der sozialen Bewegungen, öffentliche Ämter werden von Führern aus den diversen Organisationen besetzt. Dies ist jedoch nicht spannungsfrei, denn häufig vertreten diese die Interessen ihrer Unterstützer, nicht aber die Interessen weiter Teile der Gesellschaft. Um Interessen besser zu aggregieren und in die Politik der MAS einfließen zu lassen und zur Kontrolle der Regierung durch die sozialen Bewegungen, wurde der „Mecanismo Nacional de Participación y Control Social (Nationaler Mechanismus zur Teilhabe und sozialen Kontrolle)“ geschaffen. Da aber die Regierung definiert, wer als soziale Bewegung anerkannt ist und eingeladen wird, und da die Regierung die zu verhandelnde Agenda setzt, dient dieser Mechanismus nur bedingt der „sozialen Kontrolle“ und noch weniger der „Teilhabe“.

Gestaltungs- und Innovationsfähigkeit

Zentrales Element und politischer Baustein beider Bewegungen war die Schaffung ei-

ner neuen Verfassung. Diese sollte Dreh- und Angelpunkt einer neuen, demokratischeren Politik sowie der Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftsmodell sein. Entsprechend groß waren die Erwartungen an die Gestaltungsfähigkeit der politischen Akteure. Und tatsächlich, die neuen Verfassungen spiegeln die zentrale Forderung von MAS und Alianza País nach mehr Partizipation und Protagonismus in der Gestaltung der Politik wider. So gibt es nun die Möglichkeit, mittels Referendum alle gewählten Staatsvertreter, inklusive den Präsidenten, abzuwählen. Ebenso können wichtige politische Entscheidungen mittels Referendum beim Volk abgefragt werden, und Bürger können Gesetzesinitiativen in den legislativen Prozess einleiten. Bürger können nicht nur Gesetzesinitiativen einbringen, sie können den kompletten Prozess der Entwicklung, von der Planung über Budgetierung, Management, Kontrolle bis zur Evaluierung begleiten. Dazu dient in der Theorie, in Bolivien der bereits beschriebene Mecanismo Nacional de Participación y Control Social. Auch Ecuador hat mit der Verfassung ein Instrument geschaffen, welches die Teilhabe einzelner Bürger am demokratischen Prozess ermöglichen soll. Der Consejo de Participación Ciudadana y Control Social (Rat für Bürgerbeteiligung und soziale Kontrolle) besteht aus sich freiwillig engagierenden Bürgern und sozialen Organisationen und hat die komplexe Aufgabe, als öffentliche Kontrollinstanz für Transparenz zu sorgen und darüber zu wachen, dass staatliche Institutionen sich an die Gesetze halten. Darüber hinaus hat der Rat die Fakultät, Personen für die Besetzung von öffentlichen Ämtern vorzuschlagen. Parteien hingegen dürfen in diesem Rat nicht vertreten sein. Somit ist der Rat auch der Versuch Parteistrukturen zu zerschlagen. Alberto Acosta, einst Präsident der verfassungsgebenden Versammlung und heute einer der schärfsten Kritiker des Regierungsstils Rafael Correas, sieht in diesem Rat zwar einen legitimen und guten Ansatz um Bürgerbeteiligung zu organisieren, in der Praxis aber, und wegen der immer stärker werden

Polarisierung und Zuspitzung auf den Präsidenten, bleibt er ohne Wirkung.

Ausblick

Den politischen Wandel, den Evo Morales und Rafael Correa seit ihren Wahlen zum Präsidenten und der Einberufung von verfassungsgebenden Versammlungen jeweils angestoßen haben, war als grundlegende Transformation des demokratischen Systems konzipiert. Unbestritten ist, dass die Veränderungen im politischen Prozess weitreichend und progressiv waren. Doch häufig sind den Versprechen und der Rhetorik keine Taten gefolgt. Der Euphorie über die Veränderungen ist Ernüchterung gefolgt. Beide Präsidenten scheinen die Polarisierung als politische Strategie entdeckt zu haben. Zur Machtsicherung und zur Bekämpfung all jener, die sie als politische Feinde und als Feinde der Revolution identifizieren, sind sie bereit, auf äußerst fragwürdige Maßnahmen zurückzugreifen. Dabei sind ehemalige Weggefährten und Unterstützer der Bewegung trotz allem nach wie vor von der Wichtigkeit und Notwendigkeit der neuen Verfassungen überzeugt. Die Präsidenten aber scheinen mit ihrem Versprechen für mehr Partizipation durch mehr Demokratie zu scheitern. Sollte es den politischen Bewegungen MAS und Alianza País nicht gelingen, auf demokratischem Wege die diversen Interessen in der Bevölkerung zu aggregieren und in reale Politik umzuwandeln, so wird wohl der angestoßene Transformationsprozess schon bald wieder ins Stocken geraten. ■

☞ Stephan Reichert ist Politikwissenschaftler und im Referat Lateinamerika und Karibik der Friedrich-Ebert-Stiftung zuständig für die Länder Bolivien, Ecuador, Peru und Venezuela.

Brasiliens wirtschaftlicher und politischer Höhenflug

von Yesko Quiroga und Simone Reperger



Foto: www.fotolia.com, © cz

„Keine Angst vor einem besseren Leben“ lautete einst der erste Wahlkampfslogan von Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva und seiner Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*) in Brasilien. Dieses Versprechen hatte der Staatschef am Ende seiner Amtszeit erfüllt. Die aufstrebende Wirtschaftsmacht ist in Zeiten der weltweiten Finanzkrise zum gefeierten *Cover-Girl* internationaler Nachrichtenmagazine geworden, erzielte große Erfolge in der Armutsbekämpfung und positionierte sich auf globaler Ebene als ernstzunehmendes, gestaltungswilliges Schwellenland.

Mit der Amtsübergabe von Lula an seine Wunschnachfolgerin Dilma Rousseff Anfang 2011 begann nun ein weiteres Kapitel in der Geschichte der brasilianischen Demokratie. In welchem Zustand hinterließ Lula seiner Nachfolgerin das fünftgrößte Land der Erde? Vor welchen Herausforderungen steht Brasilien? Und welchen politischen Weg schlägt die neue Präsidentin in ihren ersten Regierungsmonaten ein?

Lulas Erbe – ein beeindruckender wirtschaftlicher und politischer Aufstieg...

Einige Monate vor Ende seiner Amtszeit im Jahr 2010 wählte das Times Magazin den damaligen brasilianischen Präsidenten Lula zur einflussreichsten Persönlichkeit der Welt! Damit wurde ein Mann ausgezeichnet, dessen Lebensweg vom Schulabbrecher aus Armut über Etappen als Metallarbeiter und Gewerkschaftsführer, politisch Verfolgtem und Parteigründer ihn 2002 nicht nur an die Spitze des größten Landes Lateinamerikas führte, sondern der in den Folgejahren auch zum Sprecher der gesamten Region und der Schwellenländer des Südens wurde.

Brasilien ist heute Gewinner der Globalisierung, weil es sich neoliberaler Strukturanpassung weit weniger als andere Länder hingeben und auf Binnenmarktförderung sowie einen starken Staat gesetzt hat. Das Land, das bis in die späten 80er Jahre wirtschaftlich abgeschottet war, ist heute zudem als Exportnation - gleichauf mit Indien - in allen Erdteilen vertreten.

Als typische *soft power* ist Brasilien in den letzten Jahren zum entscheidenden Faktor für die politische Stabilität in Südamerika geworden. Auf globaler Ebene positionierte Lula sein Brasilien als selbstbewusstes und gestaltungswilliges Schwellenland. Damit hat es in der letzten Dekade zu einer Machtverschiebung in den internationalen Beziehungen (G 20) und der Bedeutung neuer außenpolitischer Allianzen zwischen den „Ländern des Südens“ (den sogenannten BRICS – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) beigetragen. Brasilien ist heute folglich ein wichtiger Partner für Deutschland und Europa bei den meisten Themen von *Global Governance*, wie etwa der Gestaltung multilateraler Klima- und Wirtschaftspolitik.

Last but not least reihte sich in die Liste der erfolgreichen Schlagzeilen unter Lulas Regierungszeit der Zuschlag für die Durchführung der nächsten Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro ein. Damit wird dem bevölkerungsreichsten Land Lateinamerikas die Gelegenheit eröffnet, sich der Weltöffentlichkeit zu präsentieren.

Dieser Erfolg zahlte sich aus: 80% der Brasilianerinnen und Brasilianer waren mit der Bilanz ihres Präsidenten zufrieden. Lula ist damit der beliebteste Politiker aller Zeiten. Aufgrund seiner sozialpolitischen Erfolge geht es den Bürgerinnen und Bürgern heute besser denn je. In seiner Regierungszeit wurden nicht nur die absolute Armut halbiert und das Durchschnittseinkommen deutlich erhöht, sondern auch die Einkommensverteilung verbessert. Dies stellt ein Unikum in der Entwicklung des Landes der letzten 50 Jahre dar.

...und starke politische Allianzen mit den Gewerkschaften!

Eines ist klar: Mit der Amtsübergabe von Lula an seine Wunschnachfolgerin Dilma Rousseff Anfang 2011 hat ein weiteres Kapitel in der

Geschichte der brasilianischen Demokratie begonnen. Zum ersten Mal seit der Gründung der linken Arbeiterpartei PT vor 30 Jahren nahm Lula nicht als Kandidat an den Wahlen teil. Dilma Rousseff – unter Lula zunächst Energieministerin und dann Präsidialamtschefin – setzte sich im zweiten Wahlgang gegen den konservativen Oppositionspolitiker und Gouverneur des Bundesstaates São Paulo, José Serra, durch. Es zeigte sich, dass Lula Dilma nicht nur die politischen Erfolge, sondern auch die Allianzen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen vererben konnte. Die Gewerkschaften, allen voran die Central Única dos Trabalhadores (CUT) – der bedeutendste Gewerkschaftsdachverband des Landes und damit ganz Lateinamerikas – verstehen sich als Teil des politischen Projektes der Arbeiterpartei PT. Fünf der sechs anerkannten Dachverbände haben bei den Wahlen Dilma Rousseff unterstützt.

Durch eine starke Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Debatten auf nationaler Ebene und der Einführung innovativer Instrumente, wie dem partizipativen Bürgerhaushalt auf Städteebene, gelang der Arbeiterpartei PT – trotz weiterhin bestehender Defizite – in den letzten beiden Dekaden ein entscheidender Schritt zur Verwirklichung einer lebendigen Demokratie und einem starken linken Projekt. Aber erst mit Lula erhielten sie nach drei vergeblichen Kandidaturen eine politische Mehrheit aus zahlreichen Parteien und stellten die Regierung. Heute verfügt die PT selbst im Kongress nur über wenig mehr als ein Sechstel der Stimmen. Die neue Präsidentin steht nun vor der Herausforderung diese Allianzen fortzusetzen – auch wenn sie sich nicht mit dem charismatischen Gewerkschafter und Mann aus dem Volke vergleichen lässt und seinen stets selbstverständlich jovialen Umgang mit Freund und Feind nicht imitieren kann.

Die Sozialpolitik spielt eine Schlüsselrolle

So unterschiedlich die politische Praxis und die Rhetorik der Linksregierungen in La-

teinamerika sind, so gibt es doch die Übereinstimmung, dass der Sozialpolitik eine Schlüsselrolle zukommt. Dies gilt auch für Brasilien unter Lula und wohl künftig auch unter Dilma: Bereits vor dem Einsetzen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und entgegen dem neoliberalen Zeitgeist stärkte die Regierung die aktive Rolle des Staates bei der Umverteilung. Ein Beispiel dafür ist die Einführung ambitionierter Sozialtransferprogramme, welche große Erfolge bei der Armutsbekämpfung erzielten. Durch das berühmte Programm *Bolsa Familia* erhalten heute mehr als 12 Millionen brasilianische Familien – und damit jeder vierte Bürger – finanzielle staatliche Unterstützung von bis zu 100 Euro im Monat unter der Auflage, ihre Kinder in die Schule und die Familie regelmäßig zu ärztlichen Untersuchungen zu schicken. Diese Politik zeigt große Wirkung: Die sozialen Entwicklungsindikatoren verbesserten sich erheblich. Ein Beleg ist der Rückgang der Kindersterblichkeit zwischen 2003 und 2010 um mehr als ein Viertel, der Anstieg der Lebenserwartung auf 73,2 Jahre sowie der Rückgang des Analphabetismus auf 9 % der Bevölkerung. Zudem ist die Armut in Brasilien von 2003 bis 2010 mehr als halbiert worden, die extreme Armut ist sogar noch stärker zurückgegangen. Die aktive staatliche Sozialpolitik Brasiliens überzeugt mittlerweile auch Weltbank und Internationale Entwicklungsbanken. Sie empfehlen heute Entwicklungs- und Schwellenländern in allen Weltregionen dieses Transferprogramm zu kopieren: Brasilien hat einen innovativen politischen Exportschlager!

Kritisch anzumerken ist allerdings, dass in Brasilien noch immer über 16 Millionen Menschen von weniger als einem Euro pro Tag leben und die Regierung für *Bolsa Familia* lediglich 0,4 % des Bruttoinlandproduktes aufwendet und damit noch immer viel zu wenig in seine ärmsten Bürger investiert. Das Sozialtransferprogramm alleine ermöglicht folglich kaum strukturelle Veränderungen. Tra-

ditionell ungerechte Machtstrukturen – wie die hohe Konzentration von Land und Besitz in den Händen weniger – und Reformen zur Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit nimmt bislang in Brasilien auch die dritte PT-Regierung nicht in Angriff, da der politische Handlungsspielraum innerhalb einer sehr heterogenen Koalition begrenzt ist.

Soll das politische Versprechen der neuen Präsidentin, die extreme Armut in Brasilien auszurotten, erfüllt werden, muss die Regierung, die bereits eine Erhöhung der Sätze von *Bolsa Familia* verkündet hat, neue Instrumente und deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Nur so kann es gelingen, dass Brasiliens wirtschaftlicher Erfolg mit dem von Dilma Rousseff geprägten Slogan „Nur ein Land ohne Armut ist ein reiches Land“ in Einklang gebracht wird.

Eine aktive Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik als Markenzeichen linker Politik in Brasilien

Ausschlaggebend für den Erfolg Brasiliens war in den letzten Jahren in erster Linie sein rasantes Wirtschaftswachstum. *Last in, first out* – so der für das Land erfreuliche Krisenbefund, der als Beleg für die starken makroökonomischen Grunddaten sowie die erfolgreiche Fiskalpolitik gelten kann. Die Rückführung der Inflationsrate, die Tilgung der Auslandsschulden, der Aufbau von Devisenreserven sowie das effiziente und von den Turbulenzen auf den Finanzmärkten weitgehend verschonte Bankenwesen ermöglichten ein erfolgreiches Krisenmanagement der Regierung. 2010 lag das Wirtschaftswachstum mit 7,5% über allen Werten des letzten Vierteljahrhunderts. Für 2011 werden derweil 4% prognostiziert. Dabei setzt Brasiliens Politik in erster Linie auf die Stärkung des Binnenmarktes und der Kaufkraft durch eine aktive Mindestlohnpolitik, reale Lohnzuwächse in beinahe allen Branchen sowie die Schaffung von 15 Millionen Arbeitsplätzen bis heute und den Kreditzugang für eine breite Öffentlich-

keit. Diese Markenzeichen der Regierung Lula waren entscheidend, nicht nur für die gute soziale, sondern auch die stabile wirtschaftliche Entwicklung.

Das durchschnittliche Einkommen hat sich nach einer Dekade der Stagnation seit 2003 um real ein Fünftel auf heute etwa 500 Euro erhöht. Das Land hat es zudem geschafft, ein stetiges pro Kopf-Wachstum mit einer gerechteren Einkommensverteilung zu verknüpfen. Dies ist einer der zentralen Unterschiede zwischen den Regierungen Lula und ihren Vorgängern: Die soziale Ungleichheit verringerte sich. Der Gini-Index fiel seit 2002 von 0,59 auf 0,53 (IPEA 2011)¹. In Brasilien setzt damit ein sozialer Wandel ein, der einen im internationalen Vergleich raschen Prozess sozialer Mobilität ausgelöst hat. Mehr Wohlstand und weniger Ungleichheit lautet daher die Bilanz!

Ökologie versus Ökonomie – eine ungelöste Herausforderung für die neue Präsidentin

Aufgrund der genannten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungstrends ist Brasilien heute sicherlich zu Recht der gefeierte Star internationaler Nachrichtenmagazine und ein spannendes Labor für innovative post-neoliberale Politiken. Die Präsidentin Dilma Rousseff steht allerdings vor der dringlichen Herausforderung, den schnellen Fortschritt ihres Landes in Einklang mit ökologischer Nachhaltigkeit zu bringen. Es zeigt sich, dass es zunehmend zu einem Spannungsverhältnis zwischen Umweltschutz und dem derzeitigen Entwicklungsmodell kommt.

Zwar dämmte Brasilien in den letzten Jahren erfolgreich die Abholzung des Regenwaldes zur Gewinnung landwirtschaftlicher

Nutzflächen ein. Die im Rahmen eines neuen Waldgesetzes angekündigte Amnestie hat jedoch in den letzten Monaten zu einer starken Zunahme der Rodungen (+72%)² geführt. Der aktuelle Gesetzesentwurf sieht zudem eine Lockerung des Waldschutzes vor. Der bisher gesetzlich vorgeschriebene Erhalt von 80% der ursprünglichen Vegetation für Ländereien von unter 440 Hektar soll aufgehoben werden. Zudem würde die Wiederaufforstung von 29 bis 47 Millionen Hektar entfallen. Und auch der Schutz der ökologisch wichtigen Bewaldung der Flussläufe würde reduziert. Wissenschaftler befürchten daher, dass das geplante Waldgesetz die von Brasilien in der Klimakonferenz von Kopenhagen angekündigte Reduzierung der Abholzung um 80% sowie des CO₂-Ausstosses in Höhe von 39% bis 2020 zunichte machen wird.

Ein weiteres Beispiel ist der Ausbau der Wasserkraft, mit der 77% (2009) der elektrischen Energie generiert wird. Die Pläne, im Norden des Amazonas das voraussichtlich drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt zu errichten, haben kürzlich national und international Proteste erregt. Die interamerikanische Menschenrechtskommission der Organisation der amerikanischen Staaten rief Brasilien nun formell dazu auf, den Bau zu stoppen. Aus Sicht der Kommission verletzt das Bauvorhaben die in der Verfassung und der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verankerten Beteiligungsrechte der lokalen indianischen Bevölkerung. Brasilien bezeichnete den Vorwurf als unbegründet und legte Einspruch ein.

Auch im Bereich der Ethanol- und Sojaproduktion gibt es eine Debatte über die Verdrängung der Fleischproduktion in die Feuchtgebiete des Amazonas und des Pantanals. Brasilien ist trotz seinem hohen Anteil erneuerbarer Energien an der Energiematrix inzwischen unter den weltweit größten

1 1. Der wichtigste objektive Indikator für den Grad sozialer Gleichheit ist der Gini-Koeffizient. Je höher sein Wert, desto ungleicher ist die Verteilung von Einkommen und Besitz innerhalb einer Gesellschaft. Eine Länderliste mit den aktuellen Gini-Koeffizienten enthält der Human Development Report 2009. Weitere Informationen zu Brasilien unter http://agencia.ipea.gov.br/index.php?option=com_content&view=article&id=9195

2 http://www.inpe.br/noticias/namidia/img/clipo4072011_01.pdf

Emittenten von Treibhausgasen. 58% hiervon waren im Jahr 2008 auf die Abholzung von Wäldern zurückzuführen und 22% auf die Landwirtschaft!³

Diese problematischen Entwicklungen und die – trotz wichtiger Fortschritte – ungelöste Frage nach sozialer Gerechtigkeit, führen zunehmend zu einer kritischen Debatte über das derzeitige Wirtschaftsmodell in Brasilien. Gerade in der wachsenden Mittelschicht und der jungen Generation vollzieht sich in dem aufstrebenden Schwellenland ein Wertewandel. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit könnten mittelfristig zu einer politischen Forderung werden. Noch wird Dilma Rousseff aber eher aufgrund des internationalen Drucks Antworten auf das Spannungsverhältnis zwischen Ökologie und Wirtschaftswachstum finden müssen. Bislang entschied sie sich, die auch unter Lula für das Wachstumbeschleunigungsgesetz (PAC) zuständig war, stets für den ökonomischen Fortschritt.

Der internationale Höhenflug Brasiliens wird auch künftig anhalten ...

In der Außenpolitik sprechen alle Anzeichen für eine Fortsetzung von Lulas ambitionierter Agenda. Sowohl die Brasilienreise von Obama als auch das Treffen der BRICS-Staaten im ersten Halbjahr 2011 waren für die neue Präsidentin ein voller Erfolg. Der nord-amerikanische Präsident sprach alle Stichworte an, die das heutige Selbstverständnis Brasiliens als ein auf wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolgen aufbauender und im *Global Governance*-System engagierter Akteur beschreiben. Brasilien sei nicht nur als „strategischer globaler Partner“ relevant, sondern auch als ein Land, das mit den USA eine ähnliche Geschichte, gleiche Werte und die Fähigkeit sich selbst zu erfinden teile, auch wenn es hin und wieder Meinungsunterschiede gäbe. Dilma und Obama setzten

durch ihr Treffen neue Akzente. Denn lange Zeit sahen die Vereinigten Staaten in Brasilien nur ihren „Hinterhof“. Und die beiden haben die – unter Lula vernachlässigte - Kommunikation der beiden Länder auf der obersten Ebene wiederbelebt.

Auch das parallele Treffen der BRICS-Länder bewerteten die Regierung sowie die brasilianischen Medien als positiv. Im Schlusskommuniqué forderten die fünf Länder vor allem eine Reform des UN-Sicherheitsrats. Dabei unterstützten die ständigen Mitglieder China und Russland die Aspirationen der anderen drei Staaten. Dies ist insbesondere ein Erfolg für die brasilianische und indische Diplomatie und zeigt den Anspruch der fünf größten Schwellenländer auf mehr Mitsprache im internationalen System.

All diese Entwicklungen sprechen dafür, dass sich Brasiliens nationaler und internationaler Höhenflug unter Dilma Rousseff fortsetzen wird. Sowohl die ökonomischen wie auch die sozialen Entwicklungstendenzen der noch jungen Demokratie sprechen dafür. Aufgrund einer aktiven Rolle des Staates in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik ist das Land ein interessantes Labor für progressive Politik. Auch für die europäische Linke lohnt sich daher ein Blick nach Südamerika. Zudem ist Brasilien wegen des großen Gestaltungswillens in *Global Governance*-Fragen heute ein interessanter Partner für die Formulierung multilateraler Lösungsansätze. Die Brasilianerinnen und Brasilianer haben daher genügend Gründe positiv in die Zukunft zu blicken! ■

☞ Yesko Quiroga ist Politikwissenschaftler und Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brasilien, São Paulo.

☞ Simone Reperger ist Politikwissenschaftlerin und Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung für Brasilien, Uruguay, Nueva Sociedad und Regionalkoordination.

3 <http://unfccc.int>

Auf der Suche nach anderen Wirtschaftsformen

Diskussionen und Trends der solidarischen Ökonomie in Lateinamerika

von Ole Erdmann

Einleitung

Die Erfolge der Konjunkturprogramme 2009 und 2010, mit denen die Industrieländer, aber auch viele lateinamerikanische Länder ein Abrutschen in eine jahrelange weltweite Rezession abgewendet haben, verblasen derzeit. Zu deutlich treten die andauernden Strukturprobleme in den industriellen Zentren zu Tage. Zunehmend beginnen selbst konservative und liberale Beobachter das Geschehen mit immer größeren Zweifeln am bestehenden finanzgetriebenen Kapitalismus zu kommentieren¹.

Dass aus einer Kritik am derzeitigen Kapitalismusmodell eine breite Diskussion über die Alternativen wird, ist mangels akzeptabler Systemalternativen jedoch nicht zu beobachten. Dennoch haben sich schon in den vergangenen Jahren Entwicklungen in verschiedenen Weltregionen vollzogen, die praktische Beispiele alternativer Wirtschaftsformen liefern.

Im Folgenden soll dazu die lateinamerikanische Entwicklung seit den 1990er Jahren betrachtet werden. Das offensichtliche Scheitern der neoliberalen Strukturanpassungspolitiken im Nachgang des Washingtoner Konsenses hat in mehreren Ländern Lateinamerikas moderat bis radikal linke Regierungen an die Macht gebracht². Sie haben gemeinsam mit erstarkenden sozialen Bewegungen ein Umfeld geschaffen, in dem eine Praxis der solidarischen Ökonomie gefördert und weiterentwickelt wird. Wieviel Potenzial diese zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation breiter Bevölkerungsschichten und ganzer

Volkswirtschaften in Lateinamerika hat, ist kritisch zu untersuchen. Dieser Artikel kann nur erste Hinweise geben, wie die Entwicklungen und damit verbundenen Diskussionen in der Region derzeit aussehen. Er soll dazu beitragen, Anknüpfungspunkte für eine Debatte um alternative Wirtschaftsformen auch hierzulande zu geben.

Begriffsbestimmung

Der Ansatz der Solidarischen Ökonomie verfolgt das Ziel, auf sozial und ökologisch nachhaltige Art und Weise zu produzieren und zu konsumieren. Damit ist die Sicherung von Arbeitsplätzen zu guten sozialen Bedingungen, der Schutz der Umwelt und die Integration ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen gemeint³. Den Kern der solidarischen Ökonomie bilden die an den genannten gesellschaftlichen Zielen orientierten, demokratischen Eigentums- und Kontrollstrukturen der Unternehmen. Als dominierendes Austauschprinzip wird Kooperation statt Konkurrenz gesetzt⁴. Gleichzeitig wird jedoch auf der Makroebene der Preisbildungsmechanismus auf Märkten nicht grundsätzlich abgelehnt. Eine zentrale Planwirtschaft würde die bedürfnisorientierte Wirtschaftsweise ebenso einschränken, wie die Dominanz privater Kapitalbesitzer. Staatliche Bürokratie soll kein Ersatz für selbstorganisiertes, demokratisches Wirtschaften sein⁵.

Die Definition ist wissenschaftlich nicht klar abgegrenzt und erlaubt eine breite Auslegung,

1 Z.B. Frank Schirrmacher: „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“ in FAZ 14. August 2011.

2 Vgl. Fernando Calderón: Lateinamerika: „Was kommt nach dem neoliberalen Modell?“, NUEVA SOCIEDAD Sonderheft Wahlen, März 2006.

3 Vgl. Luiz Razeto Migliaro: „La Economía de Solidaridad: Concepto, Realidad y Proyecto“ in der Zeitschrift Persona y Sociedad, Volumen XIII, No 2 August 1999, Santiago de Chile.

4 Vgl. Irmtraud Schlosser: „Brasilianische und deutsche Erfahrungen mit solidarischer Ökonomie“, 2005.

5 Arne Heise: „Sozialdemokratie, Keynesianismus und Arbeiterselbstverwaltung“ in „Arbeiterselbstverwaltung“, AG SPAK Bücher München 1989, S. 84.

welche Wirtschaftsformen dazuzurechnen sind⁶. Unumstritten ist, dass ihre praktischen Ausprägungen in Unternehmen und Betrieben innerhalb des derzeitigen kapitalistischen Systems in den meisten Weltregionen vereinbar mit dem klassischen privaten Unternehmens- und dem Staatssektor sind. Ob die Solidarische Ökonomie letztlich zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise dienen soll, ist hingegen politisch umstritten⁷.

Als praktische Ausprägungen werden meist genossenschaftliche Unternehmen und Kollektivbetriebe in anderen Rechtsformen, in denen Eigentümer und Mitarbeiter weitgehend identisch sind, genannt. In Brasilien, Venezuela und Argentinien spielen zudem die so genannten „Wiedererlangten Betriebe“ eine wichtige Rolle. Hier handelt es sich um Betriebe, die durch die Eigentümer stillgelegt wurden und die dann durch die Belegschaften mittels Besetzung bzw. anderen Formen der Übernahme ihre wirtschaftliche Tätigkeit wieder aufgenommen haben⁸. Eine große Bedeutung haben auch Selbsthilfeorganisationen in begrenzten lokalen Räumen (Stadtteilen), die wirtschaftliche Güter und Dienstleistungen erzeugen.

Der Begriff Solidarische Ökonomie ist also deutlich mikroökonomisch geprägt. Ohne die Betrachtung der makroökonomischen Rahmendingungen lässt sich die Bedeutung des Phänomens aber nicht hinreichend erklären. Daher sollen diese im Folgenden kurz betrachtet werden.

Ende der neoliberalen Hegemonie

In den vergangenen Jahren ist die politische wie wirtschaftliche Aktivität im Bereich der so-

lidarischen Ökonomie in Lateinamerika gestiegen. Ausgehend vom Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre in Brasilien wurden zahlreiche Plattformen für Austausch und Vernetzung in Lateinamerika ins Leben gerufen. Schwerpunkte haben sich insbesondere in den Ländern gebildet, die seit Beginn des neuen Jahrtausends von linksgerichteten Regierungen geführt werden. Dies sind vor allem Brasilien (seit 2002), Argentinien (seit 2003), Ecuador (2006), Venezuela (seit 1998), Bolivien (2005), zuletzt auch Uruguay und Paraguay.

Diese Welle von Regierungswechseln bis 2006 und auch der Bestätigung ihrer Mehrheiten wie in Bolivien und Ecuador 2009, Venezuela 2010 oder Brasilien 2011 ist nicht zuletzt Ausdruck eines politischen Wandels, mit dem die Bevölkerungen auf die dauerhaften, sich zum Teil verschärfenden sozialen und ökologischen Problemen seit den 1990er Jahren reagierten⁹. So war die Reichumsverteilung in Lateinamerika noch 2007 ungleicher als in Afrika, die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besaßen 48 % des Vermögens. Ein jahrelanger, politisch forciert Strukturwandel und der damit einhergehende Arbeitsplatzverlust durch eine zunehmende Weltmarktöffnung und Privatisierung haben ihre Spuren hinterlassen.

Seit 2003 geht es mit der lateinamerikanischen Wirtschaft allerdings wieder bergauf. Das BIP wuchs nach der Krise 2001 bereits in 2003 wieder um 2,3 % und lag 2010 bei 6 %. In den folgenden Jahren setzte sich diese positive Entwicklung fort, was jedoch keinen bedeutenden Einfluss auf die soziale Ungleichheit hatte. Die gute Wirtschaftsentwicklung schaffte in vielen Ländern aber die Grundlage für eine aktive Sozialpolitik der linken Regierungen¹⁰. Erfolge bei der Armutsbekämpfung konnten dabei vor allem Brasilien und Uruguay erzielen. In anderen Ländern wie Bolivien, Nicaragua, Ecuador oder Venezuela konnte zwar

6 Vgl. Jacqueline Bernardi: „Solidarische Ökonomie – Selbstverwaltung und Demokratie in Brasilien und Deutschland“, Entwicklungsperspektiven Nr. 93, Kassel 2009; S. 43ff.

7 Insbesondere in Venezuela wird seitens der Regierung unter dem Schlagwort „Sozialismus des 21. Jh.“ eine grundlegender Systemwechsel propagiert; aber selbst linke Beobachter zweifeln an der Konsistenz und Nachhaltigkeit, vgl. z.B. ila 318; „Wo geht's denn hier zum Sozialismus?“.

8 Vgl. unveröffentlichte Diplomarbeit Jörg Le Blanc: „Wiedererlangte Unternehmen in Argentinien“, Mai 2006.

9 Wolf Grabendorff: „Lateinamerika- Viel Demokratie, wenig Staat und kaum sozialer Fortschritt“; FES 2007, S. 4.

10 Vgl. GIGA Focus Lateinamerika 1/2011.

PapyRossa Verlag



Wolfgang Gehrcke (Hg.):

»Alle Verhältnisse umzuwerfen...« – Eine Streitschrift zum Programm der LINKEN | 235 Seiten | 12,- Euro

Auf welchen Analysen beruht der Programm-entwurf der LINKEN? Was ist unterbelichtet? Thematisiert werden u.a. die Eigentumsfrage, globale Gerechtigkeit, Medienpolitik sowie das Verhältnis von Sozialismus und Freiheit.



Heinz-J. Bontrup:

Arbeit, Kapital und Staat – Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft | 649 Seiten | 28,- Euro

Die Alternative zu Profitexplosion und Sozialabbau: Wer wissen will, was der Begriff und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie beinhalten, ist mit diesem fundierten Standardwerk bestens bedient.

die extreme Armut reduziert, eine Veränderung der Verteilungs- und Einkommensstruktur - trotz politischer Bemühungen - bisher aber noch nicht messbar erreicht werden¹¹. In Staaten wie Bolivien und Venezuela stellen die Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgasverkauf zudem eine wenig nachhaltige Voraussetzung für eine solche Politik dar, auch wenn der Umverteilungsansatz im Vergleich zu den Vorgängerregierungen zu begrüßen ist.

Armut, ein hoher Anteil an informeller Beschäftigung und eine hohe Verteilungsungerechtigkeit erzeugen weiterhin den sozialen und ökonomischen Druck für die Suche nach Beschäftigungsoptionen jenseits des klassischen Arbeitsmarktes. Hier setzt die Solidarische Ökonomie an.

Die Unterstützung für die Prinzipien der solidarischen Ökonomie ist mittlerweile im politischen Apparat angekommen¹². So hat das brasilianische Arbeitsministerium eine Abteilung für Solidarische Ökonomie etabliert. Venezuela hat ein „Ministerium der Volksmacht für Kommunale Wirtschaft“ geschaffen. Mit der Auflage von einschlägigen Förderprogrammen in Ecuador und regierungsseitiger Unterstützung u.a. auch in Bolivien und Argentinien wird die solidarische Ökonomie gefördert. Zivilgesellschaftliche Vernetzungen und Zusammenschlüsse wie das “Encuentro Nacional por la Economía Solidaria y el Comercio Justo en Bolivia (Nationale Versammlung für die Solidarische Ökonomie und den Gerechten Handel in Bolivien)” haben in vielen Ländern der Region zur Entwicklung des Sektors beigetragen¹³.

Diese Tatsache und der politische Wandel der letzten Jahre haben ein regionales Umfeld in Betrieben, Zivilgesellschaft und Politik herausgebildet, in dem Alternativen aus der Praxis zu einer wirtschafts- und sozialpolitischen

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

¹¹ Simone Mayer: Lateinamerikas gespaltene Gesellschaften, FES 2010, S. 3.

¹² Vgl. Interview mit Paul Singer: „Eine Alternative zum Kapitalismus“ in Lateinamerika Nachrichten 398 – November 2006.

¹³ Clarita Müller-Plantenberg: „Solidarische Ökonomie“.

Strategie der lateinamerikanischen Linken verarbeitet werden können. Umfassend geschehen ist dies noch nicht. Aber der hegemoniale neoliberale Konsens in Lateinamerika, der einer solchen Strategiebildung entgegenstand, ist zerbrochen¹⁴.

Alternativen aus der Praxis

Insbesondere zum brasilianischen Fall gibt es mittlerweile einige Analysen und Studien. Hier kamen bereits in den 1980er Jahren erste Ansätze ökonomischer Selbsthilfe auf, oft mit Unterstützung der katholischen Caritas. Nach der Öffnung der brasilianischen Wirtschaft zum Weltmarkt und dem damit einsetzenden Strukturwandel der Industrie erfolgten erste Betriebsübernahmen durch die Belegschaften. Ende der 1990er Jahre griff dieses Phänomen dann auch auf Venezuela und Argentinien über. Damit kamen neue Formen der selbstverwalteten Betriebe aus der Textil- und Stahlindustrie oder dem verarbeitenden Gewerbe zu den klassischen Genossenschaften und landwirtschaftliche Kooperativen hinzu.

Gemeinsam ist diesen Ansätzen, dass sie mangels ausreichender sozialstaatlicher Absicherung als Nothilfe von Menschen geschaffen wurden, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, kurz davor waren ihn zu verlieren, oder die nie Zugang zum formalen Arbeitsmarkt hatten. Somit entstehen selbstverwaltete Betriebe und Genossenschaften, um den *Betroffenen ein unmittelbar verfügbares Einkommen* zu sichern. Dabei verfolgen die Betroffenen selbst keinen dezidierten emanzipatorischen oder gar anti-kapitalistischen Anspruch, vielmehr wird dieser oft von anderen Akteuren im Umfeld an sie heran getragen¹⁵. Das emanzipatorische Handeln wird vielmehr von der Notwendigkeit geleitet, in eigener Verantwortung zu handeln und die dafür nötigen Kompetenzen durch Fortbildung und Erfahrungsaustausch

der Betroffenen zu erwerben. Besonders Frauen profitieren in den nach wie vor stark patriarchal geprägten Gesellschaften Lateinamerikas von einem so erfolgten Empowerment¹⁶.

Genau hierin sieht Paul Singer, Leiter der Abteilung Solidarische Ökonomie im brasilianischen Arbeitsministerium, eine Stärke: das „organische Wachstum“ des Sektors aus der wirtschaftlichen und sozialen Praxis in brasilianischen Elendsvierteln und in stillgelegten (Industrie)Betrieben bedeute eine starke Verankerung in lokalen Märkten und stelle die Unterstützung der Betroffenen sicher. In Bolivien und Ecuador spielen die Jahrhunderte alten Gemeinschaftswirtschaften lokaler indigener Communities ebenfalls eine wichtige Rolle. Das Gegenbeispiel zu einem solchen organischen Wachstum zeigt sich in Venezuela, wo dank massiver staatlicher Kreditsubvention zwar ein nominaler Boom an kleinen Genossenschaftsgründungen erfolgte, dieser aber selbst nach Einsicht der staatlichen Vertreter vor allem aus Mitnahmeeffekten bestand¹⁷.

Ein wichtiger Aspekt bei der Entwicklung des Sektors einer solidarischen Ökonomie ist die gegenseitige Vernetzung und die damit einhergehende Schaffung von *Genossenschaftsverbänden* entlang von Wertschöpfungsketten. Kredit, Produktion, Handel und Endverbrauch bedürfen eines umfassenden Informationsaustausches, um sich im Rahmen der eigenen Wirtschaftsprinzipien gegenseitig stützen zu können. Das Netzwerk Solidarische Ökonomie (www.economiasolidaria.org) schafft beispielsweise eine Plattform für den Austausch über Messen, Weiterbildungsmöglichkeiten und Finanzierungswege oder es entstehen Dachverbände zur besseren Koordination und Lobbyarbeit in der Politik, wie die brasilianische ANTEAG (Associação Nacional de Trabalhadores e Empresas de Autogestão).

14 Wolf Grabendorff, a.a.O.

15 Jörg Le Blanc a.a.O.; S. 134.

16 Birgit Hoinle: „Es ist wie ein Weckruf für die Frauen“ in Lateinamerika Nachrichten Nr. 424, November 2009.

17 Raul Zelik: „Licht und Schatten in Venezuela – der Versuch einer Bilanz von 12 Jahren Regierung Chavez“ in Le monde diplomatique 9/2011.

In Brasilien wurden darüber hinaus seit Ende der 1990er Jahre systematisch Vernetzungen an den Universitäten ausgebaut, um einerseits die Erfahrungen der solidarischen Ökonomie in die universitäre Lehre einfließen zu lassen, vor allem aber, um neue Produkt- und Prozessinnovationen voran zu bringen. Das Nationale Programm der Innovationswerkstätten für Genossenschaften (PRONINC) sowie die Kooperation mit dem Universitätsnetzwerk Uniraballo mit ca 80 Universitäten unterstützen den Wissenstransfer in die Betriebe und die Ausbildung neuer Fach- und Führungskräfte¹⁸.

Nicht zu unterschätzen ist die Rolle staatlicher Politik und der Gewerkschaften in den hier nur schlaglichtartig betrachteten Fällen.

In Venezuela und Argentinien wurden durch die linken Regierungen beispielsweise dezidierte gesetzliche Regelungen eingeführt, die die Übertragung des Eigentums an Belegschaften in Form von Kooperativen juristisch regeln. Die Bereitstellung von staatlich geförderten Finanzierungsmöglichkeiten in Brasilien und Venezuela ist - trotz erheblicher Unterschiede in der Qualität - sicherlich eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Nothilfeprojekte zu dauerhaft marktfähigen Unternehmen werden. Innerhalb der Gewerkschaften als Teil der politischen Linken sind etwa in Argentinien und Brasilien seit den 1980er Jahren intensive politische Diskussionen geführt worden. Ihre anfängliche Kritik wandelte sich etwa in Brasilien angesichts zahlreicher positiver Erfahrungen und der Unterstützung durch prekär Beschäftigte und Erwerbslose zu aktiver Unterstützung¹⁹. Der grundsätzliche Interessenkonflikt zwischen den formal und abhängig Beschäftigten als Basis der Gewerkschaften und den Erwerbstätigen im informellen Sektor²⁰, die sich in der solidarischen

Ökonomie neue Perspektiven realisieren, stellt aber auch weiterhin ein Hindernis für eine breite politische Unterstützung durch die politische Linke dar.

Fazit

Für eine belastbare Aussage über die Bedeutung der solidarischen Ökonomie gibt es derzeit noch keine empirische Grundlage. Aus den Diskussionen und ersten Falluntersuchungen aus Brasilien, Argentinien, Bolivien, Ecuador und Venezuela ergeben sich jedoch Hinweise, dass die Suche nach konkreten betrieblichen Alternativen innerhalb eines nach wie vor kapitalistisch organisierten Marktes eine nachhaltige Dynamik bekommen hat. Staatliche Flankierung, Forschung und Innovationen und eine wachsende zivilgesellschaftliche Vernetzung verbinden sich mit einer betrieblichen Praxis neuen Wirtschaftens.

Die Bedeutung der solidarischen Ökonomie ist noch gering, auch in Lateinamerika. Die Linke in Europa und andere entwickelten Staaten täte jedoch gut daran, die Entwicklungen in Lateinamerika aufzugreifen und die Anknüpfungspunkte für die eigenen Wertschöpfungsketten zu suchen. Es geht um fairen Handel auf einem solidarischen Weltmarkt, dessen wirtschaftliche Mechanismen auf betrieblicher Ebene mit einer makroökonomischen Regulierung im Sinne der solidarischen Ökonomie zu verbinden sind. Beides ist für eine glaubwürdige Antwort der Linken auf die derzeitige Krise der kapitalistischen Form der Wertschöpfung notwendig. ■

¹⁸ Paul Singer: „Solidarische Ökonomie in Brasilien heute: eine vorläufige Bilanz“ in Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte, Band 25, Beharren auf Demokratie, 2001.

¹⁹ Ebd., S.21.

²⁰ Mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen in Lateinamerika arbeiten im informellen Sektor, vgl. CEPAL 2010.

☞ Ole Erdmann ist Volkswirt und arbeitet im Bereich Nachhaltiges Wirtschaften bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Bonn.



Kinderspiel Kapitalismus: Urlaubsbilanz

von Tom Strohschneider

„Zurück aus dem Sommerloch“, grüßt der Nachbar auf der Treppe. 430 Seelen, Nähe Rüdeshheim, Rheinland-Pfalz. Das Dorf heißt wirklich so und der Nachbar hat sich gut erholt. Trotz des Dauerregens, der seit Wochen plärrt.

Irgendwie passte das Wetter zu diesem Sommer. Eine Krise nach der anderen, bleischwere Nachrichten ohne Ende. Was waren das für Zeiten, als angemessene Hitze den Politikbetrieb auf jahreszeitliche Höchstform brachte: Gesetz für Sitzpinkler, Deopflucht am Arbeitsplatz, zeitliche Begrenzung von Ehen. Nichts davon in diesem Jahr. Stattdessen Euro-Rettung und Weltwirtschaft.

Warum gibt es kein Recht auf Sommerloch? Wahrscheinlich, weil es 1976 von einem Bundesbankpräsidenten erfunden wurde, und nicht von der SPD. Die Sozialdemokraten hätten einen Anspruch ins Gesetz schreiben können, und wenn der dann die Agenda 2010 überstanden hätte, wäre man anders durch diesen Sommer gekommen.

Viele wissen gar nicht, dass das Sommerloch eine ur-sozialdemokratische Angelegenheit ist. Denn ohne Sommerloch, kein Urlaub für Politiker. Wozu aber haben 1903 die Brauereiarbeiter den Stuttgarter Bierunternehmern den ersten Tarifierurlaub abgerungen, wenn der nicht ebenso heute für die Angestellten des Volkes gilt? Zum Beispiel für die Kanzlerin.

„In diesem Jahr kann sich die Bundesregierung einen Urlaub nicht leisten“, hat man dann trotzdem leider auch aus der SPD vernommen. Die jungen Abgeordneten eben. Angela Merkel hat, typisch CDU, dann gleich auf die arbeitnehmerfeindliche Linie eingelenkt und behauptet, sie sei gar nicht in Urlaub, son-

dern habe nur eine „terminfreie Woche“. Das soll mal jemand den Kollegen und Kolleginnen in Untertürkheim sagen: Leute, wir können uns euren Urlaub nicht mehr leisten, ihr habt stattdessen terminfrei.

Und nein, liebe Andrea Nahles, ein „politikfreier Sonntag“ ist wirklich kein Ersatz. Klingt höchstens besser als die Linkspartei, die ja auch nur so getan hat als ob. Erst „Die Kanzlerin hat ein Recht auf Urlaub!“ sagen und dann nachschieben, dass es ja „völlig egal“ sei, ob sie im Urlaub ist oder nicht. Vielleicht war die Frau Lötzsch auch etwas verwirrt, weil dann ja doch wieder davon die Rede war, dass sich Angela Merkel „gleich nach ihrer Rückkehr aus dem Urlaub“ mit dem Sarko treffen wolle. Also doch Kanzlerinnen-Ferien?

Besser ist es. Braucht man nur anzuschauen, was die anderen gemacht haben. Der in Paris berät, kaum sind die Ferien einmal unterbrochen, über neue Sparmaßnahmen. Und der andere plant, gerade vorzeitig zurück im Londoner Dienst, Soldaten gegen Jugendliche einzusetzen. Was lobt man sich da ein Sommerloch. Fröhlich radelt Kurt Beck, der Finanzminister entspannt auf Sylt und Guido Westerwelle kann auf der Reiter-WM in Aachen keine weltpolitischen Fehler machen. Dass Volker Beck von den Grünen in Griechenland war, hat die Krise auch nicht verschärft.

Sommerloch für alle, Urlaub für Politiker! Das wäre doch mal eine Forderung für nächstes Jahr. „Es gibt viele Vorschläge“, sagt Wolfgang Schäuble. „Entschieden wird im Herbst.“ Na dann. ■

☞ Tom Strohschneider ist Redakteur bei der Wochenzeitung Der Freitag.

Der Bankenstresstest

von Arne Heise



Gegenwärtig haben die Stresstests Konjunktur: In der Auseinandersetzung um das Mitspracherecht beim Bau großer Infrastrukturprojekte wie dem neuen Stuttgarter Bahnhof wird ein ‚Stresstest‘ von den SkeptikerInnen gefordert, um die Notwendigkeit der geplanten Milliardeninvestitionen zu rechtfertigen. Kernkraftwerke werden ‚Stresstests‘ unterzogen, um die Reaktionen in gewissen Gefahrenszenarien zu erproben und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) unterzieht die Banken in der EU seit 2010 einem ‚Stresstest‘, der Aufschluss über das Insolvenzrisiko der EU-Banken unter verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungsszenarien geben soll.

Hintergrund

Die jüngste Weltfinanzkrise hat ihr gefährliches Momentum eigentlich erst bekommen, als die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers 2008 in Insolvenz ging und damit das Vertrauen in die Stabilität des Finanzsystems soweit verloren ging, dass sich nicht einmal mehr Banken untereinander Geld liehen (Interbankengeschäft). Es zeigte sich, dass ‚Vertrauen‘ die wichtigste Grundbedingung für die Finanzmarktstabilität ist und entsprechend fehlendes Vertrauen die größte Gefahr für die Finanzmärkte und die Banken darstellt.

Der Stresstest

Vertrauen gründet in Informationen. In diesem Fall Informationen über die Risikostruktur der Banken, denn natürlich gehen Banken – wie konservativ oder spekulativ ihre Anlagepolitik im Einzelnen auch aussehen sollte – immer Risiken bei jeder Kreditvergabe bzw. Finanzanlage ein. Jede uneinbringliche Forderung schmälert den Gewinn der Bank bzw. kann so-

gar im Falle des Verlustes das Eigenkapital der Bank angreifen – also jenen Vermögensteil, mit dem die Banken für ihre Verpflichtungen (im Falle von Geschäftsbanken: gegenüber den Einlegern) haften. Diese Risiken hängen einerseits am Schuldner bzw. der Schuldnerstruktur (individuelles Risiko), die die jeweilige Bank beeinflussen kann, andererseits an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die einzelne Bank als gegeben hinnehmen muss (allgemeines Risiko). Je schlechter die allgemeine wirtschaftliche Lage, desto größer sind die allgemeinen Ausfallrisiken – und dies betrifft natürlich Banken, deren Schuldnerstruktur an sich (d.h. bedingt durch das individuelle Risiko) risikoreicher ist, stärker als Banken mit größerer Risikoaversion.

Vor diesem Hintergrund hat die EBA erstmals 2010 eine Simulation durchgeführt, mit der die Auswirkungen verschiedener konjunktureller und finanzwirtschaftlicher Entwicklungen auf 91 EU-Banken getestet wurden. Dabei befand sich die EBA in einem Dilemma. Einerseits wollte sie mit dem Stresstest ein Signal des Vertrauens und der Zuversicht an die FinanzmarktteilnehmerInnen senden: Seht her, die europäischen Banken sind sicher und stabil. Dies wäre der Fall, wenn möglichst alle getesteten Banken den Stresstest bestanden hätten. Andererseits könnte ein solches Ergebnis die Glaubhaftigkeit des Tests unterlaufen, weil Zweifel an der Schärfe der untersuchten Szenarien auftauchen könnten – dann aber wäre der Zweck der Übung verfehlt.

Die Simulationsszenarien

Im ersten Stresstest 2010 wurden die Auswirkungen mehrerer potentieller Wirtschaftsentwicklungen – die Prognose der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank (Basisszenario) und ein so genanntes, Double-

Dip'-Szenario, in dem die Wirtschaftswachstumsraten in 2 aufeinanderfolgenden Jahren negativ sind – auf die Eigenkapitalquote ('Kern-Kapital', dass lediglich das tatsächlich haftbare Eigenkapital umfasst) simuliert und darüber berichtet, welche Bank auch unter den ungünstigsten Bedingungen dann noch über eine Eigenkapitalquote von mindestens

6 Prozent verfügt. Von den 91 ausgewählten EU-Banken, die zusammen mindestens 60 Prozent des EU-Bankensektors und in den jeweiligen Mitgliedsstaaten mindestens 50 Prozent des Bankensektors ausmachten, fielen 7 Banken (5 spanische, 1 griechische und 1 deutsche Bank) durch, weil im 'Double-Dip-Szenario' durch realisierte Kreditausfälle und

Tabelle: Kern-Kapitalquoten Ende 2010 und Ende 2012 (Double-Dip-Szenario)

	Kern-Kapital- quote 2010	Kern-Kapital- quote 2012	< 3%	>3%<5%	>5%<8%	>8%
Österreich	8,2	7,6	0	1	1	1
Belgien	11,4	10,2	0	0	0	2
Zypern	7,7	5,7	0	0	2	0
Deutschland	9,4	6,8	0	0	8	4
Dänemark	9,8	11,9	0	0	0	4
Spanien	7,4	7,3	0	5	13	7
Finnland	12,2	11,6	0	0	0	1
Frankreich	8,4	7,5	0	0	3	1
Großbritannien	10,1	7,6	0	0	3	1
Griechenland	10,2	6,1	1	1	4	0
Ungarn	12,3	13,6	0	0	0	1
Irland	6,2	9,8	0	0	1	2
Italien	7,4	7,3	0	0	4	1
Luxemburg	12,0	13,3	0	0	0	1
Malta	10,5	10,4	0	0	0	1
Niederlande	10,6	9,4	0	0	1	3
Norwegen	8,3	9,0	0	0	0	1
Polen	11,8	12,0	0	0	0	1
Portugal	7,1	5,7	0	0	4	0
Schweden	9,0	9,5	0	0	0	4
Slowenien	5,7	6,0	0	0	1	1
Gesamt	8,9	7,7	1	7	45	37

erforderliche Abschreibungen deren Kern-Kapitalquote auf unter 6 Prozent fallen würde.

Im zweiten, im Juli 2011 veröffentlichten Stresstest wurden wiederum 2 Szenarien (vgl. Tabelle) – ein Basisszenario, ein verschärftes Double-Dip-Szenario – simuliert: Diesmal scheiterten 8 Banken (5 spanische, 2 griechische und 1 österreichische Bank) an der auf 5 Prozent gesenkten Kern-Kapitalquotenanforderung (wobei nun das Kern-Kapital aber noch enger gefasst wurde).

Bewertung

In Deutschland wurde das Ergebnis des Stresstests mit Erleichterung aufgenommen, scheinen doch die deutschen Banken auch im Falle einer neuerlichen Krise gut gerüstet – das gewünschte ‚Vertrauens‘-Signal scheint also versendet worden zu sein. In Spanien hingegen wird moniert, dass die Kern-Kapitalquote zu eng gefasst wird – würden beispielsweise auch Rückstellungen, die für Bewertungsrisiken staatlicher Anleihen gebildet wurden, zur Kern-Kapitalquote gerechnet, würden auch die spanischen Banken den Stresstest bestehen. Ähnlich argumentierte die Hessisch-Thüringische Landesbank (Helaba), die den Stresstest ebenfalls nicht bestanden hätte, weil die Stillen Einlagen des Landes Hessen nicht zur Kern-Kapitalquote gerechnet würden – die Helaba hat daraufhin ihren Ausstieg aus dem Stresstest erklärt.

Letztlich würde wohl auch der Bankenstresstest einen Argumentations-Stresstest nicht bestehen. Die getesteten Szenarien sind ebenso hinterfragbar wie die Definition der Kern-Kapitalquote. Vor allem aber bleiben Einflüsse von außerhalb der EU – schließlich wurde die Weltfinanzkrise von einer vergleichbar kleinen US-Investment-Bank ausgelöst – ebenso unberücksichtigt wie eine immer noch mögliche Insolvenz eines EU-Mitgliedsstaates. Der sichtbarste Erfolg, den der EBA-Bankenstresstest zu haben scheint, sind Re-

kapitalisierungsbemühungen der Banken, die durch Gewinneinbehaltungen, Kapitalaufstockungen und staatliche Beteiligungen (bzw. Stille Einlagen) ihre Eigenkapitalbasis gestärkt und damit ihr Insolvenzrisiko gesenkt haben. Damit kann aber sicher nicht ausgeschlossen werden, dass in Zukunft wieder eine vertrauenserschütternde Krise vom (auch europäischen) Bankensystem ausgeht. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke

Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de

Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

2,94 Millionen Menschen sind in Deutschland derzeit arbeitslos gemeldet. Damit sank in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit erstmals wieder unter das Niveau vor der Wiedervereinigung. Doch was steckt hinter der wundersamen Reduktion der Arbeitslosigkeit? Beruht alles nur auf faulem Zauber und einem Schönen der Statistik oder ist es dem deutschen Arbeitsmarkt im zweiten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung gelungen, die strukturellen Probleme zu überwinden?

Die Antwort lautet: Weder noch.

Die positive konjunkturelle Entwicklung seit einem guten Jahr hat zwar für kräftige Abgänge aus Arbeitslosigkeit gesorgt und auch die Zahl der offenen Stellen ist gewachsen. Jedoch dauert es immer länger, bis eine offene Stelle besetzt werden kann. Denn die verbliebenen 2.939.000 Arbeitsuchenden passen nicht zu den von den Firmen beim Arbeitsamt gemeldeten Stellen. Dies führt zu der paradoxen Situation, dass die Unternehmen über einen Mangel an Fachkräften klagen, während gleichzeitig fast 3 Millionen auf eine Anstellung hoffen. Der deutsche Arbeitsmarkt hat also ein Matching-Problem: Der Ausgleich von Arbeitsangebot und -nachfrage funktioniert nur unzureichend.

Dies gehört jedoch zu den vornehmsten Aufgaben einer sozialstaatlichen Arbeitsmarktpolitik. Was nicht passt, wird passend gemacht. Soweit die Theorie. Die Praxis sieht jedoch ganz anderes aus.

Im Juli erfolgten nur 28,9% der Abgänge aus Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt; ein gutes Drittel der Abgänge (36,3% im Juli 2011) erfolgte dagegen in Nichter-

werbstätigkeit, d.h. sie stehen dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung. Es gibt zudem einen erheblichen Anteil verdeckter Arbeitsloser, die als Teilnehmer/innen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in der Statistik nicht mehr als arbeitslos erfasst werden, obgleich sie natürlich längst nicht in einem regulären Beschäftigungsverhältnis angekommen sind. Im Juli befanden sich 1,19 Millionen Personen in einer von Bund oder Bundesagentur für Arbeit geförderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme. Jedoch nur jeweils 0,3% der Abgänge aus Arbeitslosigkeit erfolgten im Juli 2011 in eine abschlussbezogene Ausbildung wie Schule, Studium oder eine betriebliche und überbetriebliche Ausbildung.

Arbeitslose ohne Berufsabschluss haben es überdies deutlich schwerer, ihre Arbeitslosigkeit zu beenden als andere. Während Akademiker/innen im Schnitt im ersten Halbjahr 2011 nur 177 Tage arbeitslos waren und Arbeitslose mit abgeschlossener Ausbildung durchschnittlich nach 208 Tagen wieder in Arbeit kamen, brauchten Arbeitslose ohne Ausbildung mit 264 Tagen deutlich länger.

Die Bundesregierung begeht daher einen schweren Fehler, wenn sie jetzt die Mittel für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kürzt. Die Kürzung der Arbeitsförderung im Hartz IV-System um 25 % benachteiligt zu dem diejenigen, die es am dringendsten bräuchten. Mehr als die Hälfte dieser Arbeitslosen im Hartz IV-System haben keine Berufsausbildung. Wird hier nicht gegengesteuert, verschärfen sich die Matching-Probleme des deutschen Arbeitsmarktes: Fachkräftemangel auf der einen Seite und Verhärtung der Arbeitslosigkeit auf der anderen. Wer jetzt nicht investiert, produziert die Arbeitsmarktp Probleme der Zukunft. ■

☞ Dr. Claudia Bogedan leitet die Abteilung Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung.

Perspektiven linker Politik in der Türkei

von Ridvan Ciftci

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Besonders für die heterogene türkische Linke ist dieser Ausspruch aktueller und dringlicher denn je. Fast jeder zweite Wahlberechtigte gab seine Stimme der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) des amtierenden Premierministers Recep Tayyip Erdoğan und ebnete so den Weg für eine dritte Amtsperiode. Die Republikanische Volkspartei (CHP), der trotz personeller und inhaltlicher Erneuerung die Erschließung neuer Wählerschichten misslang, bleibt vorerst mit leichten Zugewinnen stärkste Oppositionspartei und auch das Erstarken der prokurdischen Partei des Friedens und der Demokratie (BDP) wird wohl kaum den parlamentarischen Druck auf die AKP-Regierung in ihrer Haltung zur Kurden- und Minderheitenproblematik erhöhen können, ohne den Protest der kurdischen Straßen im Rücken zu haben.

Wie weiter mit der Linken in der Türkei? Wie weiter in einem Land, in dem sich die hegemoniale kemalistische Formation seit 2002 mit dem Amtsantritt Erdoğan's verstärkt gewandelt hat? Der jüngste Rücktritt der Armeeführung im Zuge des Streits um die Beförderung inhaftierter Generäle verdeutlichte die Schwächung des kemalistisch-militaristischen Blocks und stellte zugleich eine wichtige Zäsur in der 88-jährigen Geschichte der türkischen Republik dar. Denn seit Anbeginn galt der Satz: Primat der Generalität statt der Politik. Wie weit das Militär bereits in der Defensive ist, zeigten die verschiedenen Verhaftungswellen von Militärangehörigen und pensionierten Offizieren, denen Beteiligung an Vorbereitungen zum Staatsstreich vorgeworfen wird. Erdoğan's „stoische Ruhe in lauten Zeiten“ veranschaulicht die neu gewonnene Sicherheit und Autonomie des politischen Establishments und repräsentiert zugleich

die Gelassenheit der neuen hegemonialen anatolisch-bürgerlichen Formation. Wie haben linke Parteien auf diese jüngsten Veränderungen zu reagieren, um nicht ganz in Bedeutungslosigkeit zu verfallen? Um eine plausible Antwort auf diese Frage zu finden, ist eine Rekonstruktion der bisherigen türkischen Geschichte ab der Staatsgründung 1923 notwendig.

Etablierung des kemalistischen Herrschaftsblocks

Mit dem Eintritt des bereits stark geschwächten und durch Territorialverluste gekennzeichneten Osmanischen Reichs im November 1914 an der Seite des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarn, begann gleichlaufend das Ende des über sechs Jahrhunderte bestehenden Großreichs. Durch die Vertreibung der griechischen und armenischen Bevölkerung aus Anatolien wurde im Gegenzug die Aussiedlung der türkischen Minderheit aus Griechenland erzwungen. Dieser Bevölkerungsaustausch verursachte erstmals die Schaffung einer muslimischen Bourgeoisie, da die türkischen Aussiedler die Gehöfte und Handwerksbetriebe der Griechen und Armenier in Besitz nahmen und somit direkt in die alten Klassenverhältnisse integriert wurden.¹ Gemeinsam mit den muslimischen Grundeigentümern wurden sie zu den wichtigsten Vertretern eines türkischen Nationalismus, dessen Erfolg sich neben der Staatsgründung 1923 vor allem auf die Einbeziehung der traditionell islamischen und kurdischen Kräfte im Rahmen des „Befreiungskrieges“ gegen die Besatzer Anatoliens stützte. Dieses Zweckbündnis zwischen muslimischer Bourgeoisie, den

¹ Vgl. Gehring, Axel, Soziogenese eines neuen anatolischen Bürgertums und der Aufstieg der AKP, S. 21.

traditionell-islamischen Kreisen und den Kurden wurde nach dem Befreiungskrieg durch ein neues Bündnis von Großgrundbesitzern, der türkischen Armee, einer neuen Kleinbourgeoisie, Handwerkern, Kaufleuten und der neu etablierten Bürokratschicht, die sich zumeist aus den genannten Fraktionen rekrutierte, ersetzt.² Ein gemeinsames Interesse des neuen Bündnisses bestand in der staatlichen Garantierung von Eigentum sowie der Schaffung stabiler ökonomischer Verhältnisse. Trotz einer liberalen Grundhaltung des neuen Herrschaftsblocks waren sich die einzelnen Fraktionen über die mangelnde Kapitalkonzentration und den somit fehlenden Investitionsmöglichkeiten der türkischen Bourgeoisie bewusst. Dieses Problem wurde durch ein Konsens zugunsten der Etablierung eines autoritären Etatismus, dem neben der Sicherung der politischen Forderung des kemalistischen Herrschaftsblocks noch die Aufgabe von Investitionen zu kam, gelöst.³

Die politischen Reformen nach 1923 – gestützt durch die Macht des Militärs und der Modernisierungsagenda des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk – formten den Staat zu einem autoritären Erzieher und vollzogen einen radikalen Bruch mit der osmanisch-islamischen Vergangenheit. Die Abschaffung des Sultanats (1922), des Kalifats (1924), die Schließung der Derwischorden (1925), die Übernahme europäischer Gesetze (1926) und die Einführung des lateinischen Alphabets sowie die Bereinigung der Sprache von arabischen und persischen Wörtern durch türkische Begriffe (1928) zeugen von diesem radikalen Bruch. Besonders die zuletzt genannte Reform verdeutlicht das Interesse des kemalistischen Herrschaftsblocks zur „Errichtung einer ‚kulturellgesellschaftlichen‘ Einheit [...] durch die eine Vielzahl auseinander strebender Willen mit

*heterogenen Zielen für ein und dasselbe Ziel zusammengeschweißt werden, auf der Basis einer (gleichen) gemeinsamen Weltanschauung [...], deren intellektuelle Basis so verwurzelt, assimiliert gelebt ist, dass sie zur Leidenschaft werden kann“.*⁴ Anstelle des Islams soll der türkische Nationalismus treten, um so die kulturelle Homogenisierung der heterogenen anatolischen Gesellschaft voranzutreiben und die restlichen traditionell-islamischen Eliten, deren Schriftsprache arabisch war, zu entmachten. Über Nacht waren die restlichen Eliten zu Analphabeten degradiert und diejenigen, die nicht Lesen oder Schreiben konnten, durften dies in den staatlichen Volkshäusern lernen. Der kemalistische Herrschaftsblock besaß hierdurch ein Monopol über das Bildungswesen und konnte ohne jegliche Konkurrenz mit der Indoktrinierung der Bevölkerung anfangen. Die Bildungsinhalte räumten einen großen Platz für die vorislamische Geschichte der Türken ein und waren in ihrem Grundtenor sehr nationalistisch. Diese Reform symbolisiert die staatlich betriebene Assimilationspolitik von ethnischen Minderheiten (vor allem der Kurden) und wird bis heute als eines der Hauptursachen des Bürgerkrieges in Ost- und Südostanatolien betrachtet.

Die kemalistischen Reformen sind im Anschluss an Antonio Gramsci als *passive Revolutionen* einzustufen, deren Ziel die Weiterentwicklung der bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft durch Revolutionierung aller Verhältnisse und die innere Stabilisierung durch staatsdirigistische Eingriffe ist.⁵ Die herrschaftsförmige Integration der subalternen Interessen und das gleichzeitige Fernhalten dieser subalternen Gruppen von der Macht des hegemonialen Blocks macht das passive Element dieser Revolution aus.⁶

4 Gramsci, Antonio, Gefängnishefte, H. 10, II § 44, S. 1335, zit. nach Gehring, S. 27.

5 Vgl. Kebir, Sabine, Gramsci's Zivilgesellschaft, 1991, S. 26; Candeias, Mario, Transformation des Kapitalismus und revolutionäre Realpolitik, in: arrancal, 2010, Nr. 41, S. 4-8.

6 Vgl. Candeias, Mario, Transformation des Kapitalismus und revolutionäre Realpolitik, in: arrancal, 2010, Nr. 41, S. 4-8.

2 Ebd., S. 23.

3 Ebd., S. 28.

Jedoch stieß der nationalistische und radikalsäkulare Kurs in Teilen der Bevölkerung nicht auf Zustimmung, so dass alleine in der Regierungszeit Atatürks (1923-1938) ca. 20 ethnisch bzw. religiös motivierte Aufstände entfachten. Gegen oppositionelle Kräfte ging der kemalistische Staat als integraler Staat (Verdichtung von Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft) stets mit Zwang vor.⁷

Desintegration

Das kemalistische Projekt erlebte seinen ersten Rückschlag mit dem Wechsel zum Mehrparteiensystem ab 1945, dass aufgrund des Drucks der Westmächte und der Niederlage der faschistischen Systeme in Europa eingeführt wurde.⁸ Die bisherige Alleinregierung der kemalistischen CHP, die von Atatürk als Staatspartei gegründet wurde, hatte nun mit der von Großagrariern unterstützte wirtschaftsliberalen Demokratische Partei (DP) einen Konkurrenten. Der kemalistische Block verlor an diese Partei die Fraktion der Großagrariern und begriff, dass die radikalen Reformen der Anfangsjahre mit den veränderten Bedingungen der 50er nicht mehr möglich waren. Der Verlust hing mit den Plänen der CHP nach einer Bodenreform zusammen, wogegen die Großagrariern lautstark protestierten und die enge Verflechtung der CHP mit der Bürokratie und der Staatswirtschaft als Hindernis für die Entwicklung der türkischen Ökonomie betrachteten, da ständige Interessengegensätze der Parlamentarier nötige ökonomische Reformen blockierten. Die DP gewann die 1950er Wahl mit 55,2 Prozent der Stimmen und konnte ihr Projekt des liberalen Agrarkapitalismus umsetzen. Die Regierungszeit der DP endete 1960 mit dem ersten Militärputsch der türkischen Geschichte. Der Versuch der Militärs, die alte hegemoniale

Formation anhand eines Wechsels hin zur importsubstituierenden Industrialisierung wieder herzustellen, misslang durch das Aufkommen der Großindustriellen, die ein auf ihre Interessen abgestimmtes Regime drängten.⁹ Die zunehmende Landflucht ließ in den Städten neue Fraktionen innerhalb des Bürgertums aufkommen, die in ihrer politischen Richtung mehr zu konservativen und islamischen Parteien tendierten. Die Integrationsfähigkeit des kemalistischen Blocks nahm durch diese Entwicklungen zunehmend ab und führte zu einer Politik der konzentrierten Machtsicherung in den repressiven Staatsapparaten.

Aufstieg des neuen anatolischen Blocks

Der Aufstieg der Großindustrie und deren Präferenzierung eines Außenhandelsregime wegen mangelnder Absatzmöglichkeiten im Inland mobilisierte die klein- und mittelständigen Unternehmen in Richtung islamisch-konservativen Parteien, die sich ebenso gegen die Öffnung der Märkte einsetzten und gemeinsam mit den Unternehmen den Versuch der Bildung einer Formation wagten. Diese Gruppe bildete sich zumeist aus anatolischen Bauern, die im Zuge der Landflucht in den Städten zu einem beträchtlichen wirtschaftlichen Wohlstand gelangten und ihre kleinen Betriebe so weiter ausbauen konnten. Geeint hat sie vor allem der bäuerlich-muslimische Hintergrund im Gegensatz zu den urbanen kemalistischen Eliten, die sich als Avantgarde und Revolutionäre der Republik stilisierten. Der Staatsstreich im September 1980, der zugleich die neoliberale Wende der Türkei einläutete, die Rolle der Armee als Gralhüter des Kemalismus weiter stärkte und die radikalsäkulare Staatsdoktrin paradoxerweise zur Symbiose mit der „türkisch-islamischen Synthese“ zwang, bestärkte den anatolisch-bürgerlichen Block anhand der Integration ihrer Ideologie in

⁷ Vgl. Gehring, S. 29.

⁸ Vgl. Caglar, Gazi, Die Türkei zwischen Orient und Okzident, S. 183 f.

⁹ Vgl. Gehring, S. 100.

den Staatsapparaten und durch finanzielle Förderung der mittelständischen Betriebe. Mit der Gründung der Wohlfahrtspartei (RP) 1983 – als Nachfolgerin der islamistischen MNP – besaß der neue Block nach dem 1980er Putsch wieder eine politische Vertretung. Ihren ersten großen Erfolg feierte sie in den Kommunalwahlen im März 1994, wo sie in insgesamt 29 großen türkischen Städten den Bürgermeister stellte und so die Stadtverwaltung als lokale Hegemonieapparate nutzte.¹⁰ Die Parlamentswahlen 1995 gewann die RP mit 21,4 Prozent der Stimmen und stellte mit Necmettin Erbakan den Premierminister. Der Versuch der RP über die Staatsapparate dem anatolischen Block die Hegemonie zu verschaffen, scheiterte an den Kräfteverhältnissen in den Apparaten und an der Macht der Militärs. Diese intervenierte am 28. Februar 1997 und führte zur Absetzung der RP geführten Regierung. Ein Verbotsverfahren der RP wurde wegen antilaizistischer Tendenzen eingeleitet und die Partei 1998 durch das Urteil des Verfassungsgerichts aufgelöst. Trotz dieser Intervention des noch intakten kemalistischen Blocks war der RP in Teilen die Umstrukturierung repressiver und ideologischer Staatsapparate gelungen. Die unteren Ebenen waren bereits mit Personen besetzt, die dem Gedankengut der islamisch-konservativen Ideologie nahestanden. Die Nachfolgepartei der RP, die Tugendpartei (FP), spaltete sich Ende der neunziger Jahre in einen reformistisch-liberalen Flügel unter der Führung Abdullah Güls, der später mit dem früheren Istanbuler Bürgermeister Erdoğan die AKP gründete, und einem radikalen Flügel, der sich in der Partei der Glückseligkeit (SP) organisierte.

Im Zuge der Wirtschaftskrise 2001 wurde die damalige Koalition bestehend aus der Partei der Demokratischen Linken (DSP), der liberalen Mutterlandspartei (ANAP) und der rechtsradikalen Partei der nationalistischen

¹⁰ Ebd. S.69.

VERLAG WESTFALISCHES DAMPFBOOT

**Ein Buch
wie eine Taschenlampe,
die in die Schattenseite
der unsozialen Marktwirtschaft
hineinleuchtet. (taz)**



2010 - 169 S. - 14,90 €
ISBN: 978-3-89691-864-2

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Aktion (MHP) bei den Parlamentswahlen 2002 abgewählt. Die AKP errang kurz nach ihrer Gründung 2001 34 Prozent der Stimmen und konnte dank der hohen türkischen Sperrklausel von 10 Prozent die absolute Mehrheit im Parlament für sich gewinnen. Dieser erste Erfolg der AKP verfestigte sich bei den Kommunalwahlen 2004 und mündete, trotz offener Putschandrohung der Militärs im April 2007, in einem weiteren Sieg der im selben Jahr stattfindenden Parlamentswahlen mit 46,5 Prozent der Stimmen. Die Besetzung des Amtes des Staatspräsidenten mit Abdullah Gül markiert einen weiteren Wendepunkt in der Etablierung des anatolischen Blocks in den Staatsapparaten und verdeutlicht zugleich die bereits erfolgreich errichtete Hegemonie der neuen Formation in der Zivilgesellschaft, ohne sie ein solcher Marsch durch die Institutionen nicht möglich gewesen wäre.

Auch die repressiven Staatsapparate sind zunehmend unter der Kontrolle des anatolischen Blocks. Als Beispiel sind hier die Polizei und die Judikative – ausgenommen des Verfassungsgerichtes, welches derzeit noch mehrheitlich mit kemalistischen Richtern besetzt ist – genannt, ohne sie die strafrechtliche Verfolgung von Generälen, die unter Staatsstreichverdacht inhaftiert wurden, nicht möglich gewesen wäre. Der jüngste Rücktritt der oberen Militärführung symbolisiert die Kapitulation des brüchigen kemalistischen Blocks und ermöglicht nun die Chance einer Reintegration und Zivilisierung des mit Sonderrechten bestatteten Militärs in die politische Sphäre.

Perspektiven linker Politik

Die Parlamentswahl 2011 – 49,9 Prozent: AKP; 25,9 Prozent: CHP; 12,9 Prozent: MHP; 6,6 Prozent: Linksblock – verdeutlichte die Zustimmung der Bevölkerung für die Politik der AKP-Regierung. Innerhalb dieser Konstellation ist ein gegenhegemoniales

Projekt der gesellschaftlichen Linken sehr wünschenswert, jedoch dank der türkischen Verhältnisse ein schweres unterfangen. Die neoliberale Politik der AKP und der ständige Sozialabbau haben nicht zu einem Stimmenverlust, sondern – paradoxerweise – zu einer Stärkung der Partei geführt. Die Errichtung eines religiös motivierten und paternalistischen Almosensystems ließ die Zustimmung der ärmeren Schichten anwachsen.¹¹ Das Linksbündnis, bestehend aus der prokurdischen BDP und sozialistischen Parteien, konnte seinen Stimmen- und Sitzanteil im Parlament erhöhen. Die rückwirkende Abkennung von fünf kurdischen Abgeordneten, die wegen Verurteilung oder Untersuchungshaft ihr Mandat nicht wahrnehmen können, führte zu einer Boykottierung der parlamentarischen Arbeit durch das Linksbündnis. Diese Reaktion und das Wiederaufflammen des Bürgerkrieges in den kurdischen Gebieten katapultiert die gesamte emanzipatorische Bewegung in bereits vergangene Zeiten einer staatlich betriebenen Verfolgungspolitik. Auch die AKP verschärft ihren Ton und vertritt verstärkt die Meinung, dass das Kurdenproblem mit militärischen Mitteln – ähnlich wie der Zerschlagung der Tamil-Eelam-Bewegung durch die sri lankanische Armee – zu lösen sei.

Die Linke in der Türkei muss auf eine starke Bündnispolitik setzen und die historisch bedingte Zersplitterung endlich aufheben. Der Versuch der BDP eine Dachpartei für alle linken Kräfte zu organisieren, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Mangel an einer Alternativität zur neoliberalen Politik der AKP-Regierung, trotz eines beträchtlichen Anteils von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben (ca. 18 Prozent), liegt an der Nichtexistenz einer sozialdemokratischen Partei. Die CHP mag sozialdemokratische Thesen vertreten, aber fühlt sich

¹¹ Vgl. Cakir, Murat, Von der AKP-Hegemonie zur AKP-Diktatur?, in: Sozialismus, 2011, Heft Nr. 7-8, S.

immer noch einer autoritären, nationalistischen und undemokratischen Ideologie verbunden, die jegliche Bündnisse mit linken Kräften ausschließt. Nur eine entkernalisierte CHP kann mit ihrer Verankerung in vielen zivilgesellschaftlichen Bereichen eine Art „Leuchtturmfunktion“ für das gegenhegemoniale Projekt einnehmen. Auch die BDP muss sich mehr von der Partei der kurdischen Minderheit zu einer linken, sozialdemokratischen Partei der gesamten Türkei entwickeln und dies auch in der türkischen Bevölkerung repräsentieren.

Das neue hegemoniale Projekt, mit dem die Massen mobilisiert, wichtige Akteure und Fraktionen aus dem gegnerischen Block losgelöst und Intellektuelle einbezogen werden, muss sich thematisch breiter aufstellen und darf sich nicht wie bisher auf die Repräsentation einer bestimmten Ethnie oder der Verteidigung einer autoritären Ideologie aus dem vergangenen Jahrhundert beschränken. Die Konstruktion eines neuen linken Blocks als Synthese sozioökonomischer Basis, politischer und ziviler Gesellschaft, erfordert aktiven und direkten Konsensus.¹² Denn ein *„kollektives Bewusstsein, d. h. ein lebender Organismus bildet sich nur, nachdem sich die Vielfalt über die Reibung der Einzelnen geeinigt hat.“*¹³

Der Erfolg eines gegenhegemonialen Projekts wird zwangsläufig an der Kompromissfähigkeit der Linken entschieden werden. In der Vergangenheit scheiterte sie vor allem an diesem Punkt, da ideologisch verhärteten Positionen selbst das Eingehen von Bündnissen gegen faschistische Gewalt verhinderte. Nur die Überwindung des Gruppenegoismus der Linken und die Entstehung „organischer Intellektuelle“ als Träger des neuen hegemonialen Projekts, ermöglichen eine wirksame Kritik der inneren Widersprüche

des anatolisch-bürgerlichen Blocks und bieten zudem die Repräsentation einer sozialen und demokratischen Alternative zum AKP-Regime. Die Zivilgesellschaft, als Ort der Entstehung der Hegemonie und der Erzeugung des aktiven Konsenses der Beherrschten, ist das zentrale Auseinandersetzungsgebiet der Linken. Hier muss sie die Demokratisierung der Gesellschaft, den Abbau der autoritären politischen Kultur, die Bekämpfung der wachsenden Armut trotz gleichzeitiger Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums, die Anerkennung der ethnischen und religiösen Vielfalt des Landes sowie die Schaffung eines solidarischen Bildungssystems einfordern. Denn ein erfolgreiches gegenhegemoniales Projekt fällt keinem in den Schoss, sondern muss organisiert werden. ■

¹² Vgl. Kebir, S. 85 ff.

¹³ Vgl. Gramsci, Antonio, Quaderni dal carcere, Turin 1975, S. 1769-1771, zit. nach Kebir S. 88.

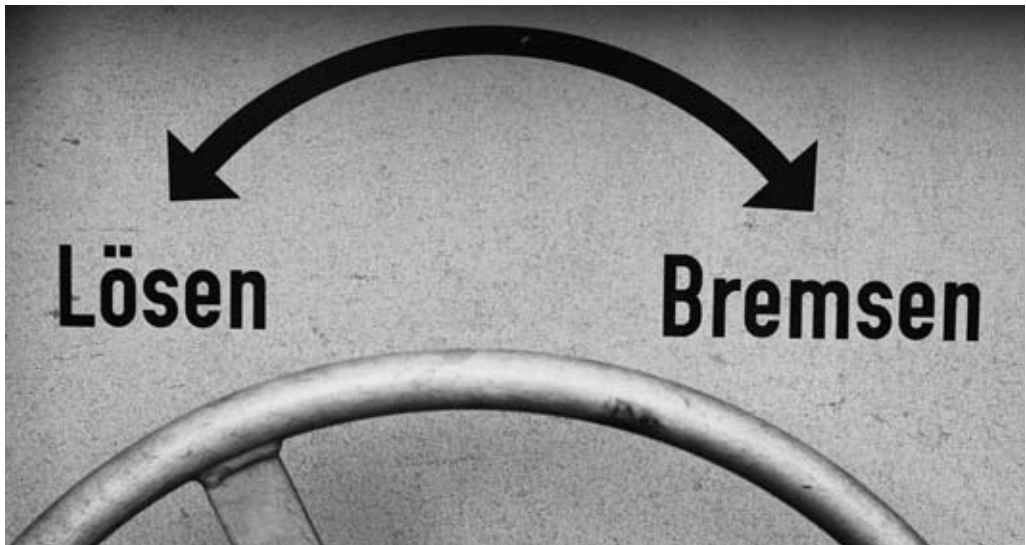
☞ Ridvan Ciftci ist stellv. Vorsitzender der Jusos Bielefeld und studiert Jura.

Die Schuldenbremse als Demokratiebremse

Warum das Budget-Recht in die Hände des Parlamentes gehört

von Folke große Deters

Foto: www.photocase.de © claudiarndt



Die große Koalition der Schuldenbremsen hat ein wichtiges Etappenziel erreicht. Erstmals in der bundesdeutschen Geschichte wurde am 15. März 2011 vom nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof der Vollzug eines Haushaltes (wenn auch nur eines Nachtragshaushaltes) gerichtlich gestoppt. Dies geschah auf Basis einer Regelung in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung, die im Wesentlichen der alten Regelung des Grundgesetzes vor Einführung der Schuldenbremse entspricht. Aber es kann als sicher gelten, dass die Richter sich nicht getraut hätten, dem Gesetzgeber mit ihrer Verfassungsauslegung derart in die Parade zu fahren, wenn sie nicht so viel moralische und publizistische Schützenhilfe der Schuldenbremsen erhalten hätten.

Dieser Vorgang ist Anlass genug, die Konzeption einer Schuldenbremse kritisch unter die Lupe zu nehmen. Das soll hier ausnahms-

weise einmal nicht aus volkswirtschaftlicher, sondern aus demokratietheoretischer Sicht versucht werden. Die Ausgangsfrage lautet: Wie lässt es sich überhaupt rechtfertigen, dem Parlament die Entscheidung über Staatsschulden zumindest teilweise zu entziehen? Aus demokratischer Sicht ist das schwer zu begründen. Immerhin bedeutet es, dass eine aktuelle Parlamentsmehrheit nicht tun kann, was sie will. Sie wird von einer Mehrheit aus der Vergangenheit (verfassungsgebend oder verfassungsändernd) gebunden und kann sich dieser Bindung nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat entledigen.

Hat das Parlament eindeutig versagt?

Bei der Schuldenbremse wird diese Frage häufig mit dem Verweis auf die politische Praxis beantwortet. Die steigenden Schuldenstände seien doch Beleg genug dafür,

dass die Parlamente sich als unfähig erwiesen hätten, den Marsch in den Schuldenstaat zu stoppen.

Aber sind Schulden wirklich immer schlecht und ungerecht? Schon aus einzelwirtschaftlicher Sicht ist das keineswegs eindeutig. Ein Unternehmer, der anders als die Konkurrenz keine neuen Maschinen kauft, weil er sich nicht verschulden will, geht Pleite. Ein Staat, der seine Infrastruktur verrotten lässt und nicht in die Ausbildung seiner Bürgerinnen und Bürger investiert, vergibt Wachstumschancen und mindert seine zukünftigen Einnahmen.

Hinzu kommen die Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Die Keynesianer weisen darauf, dass die Wirtschaft nur florieren könne, wenn ausreichend Nachfrage vorhanden sei. Dafür könne der Staat nicht alleine sorgen, aber wenn Unternehmen und der private Sektor ausfielen, müsse er verstärkt einspringen. Blicke der Staat untätig, lahme die Konjunktur und der Staat stehe am Ende trotz Sparens mit höheren Schulden da. Auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gibt es auf die Frage nach „guten“ und „schlechten“ Schulden also keine eindeutige Antwort. Warum soll also ein Gericht besser geeignet sein, über die Höhe unserer Staatsschuld zu wachen als das Parlament, dessen Kurs von den Bürgerinnen und Bürgern nach Ablauf einer Legislaturperiode bewertet und korrigiert werden kann?

Verfassungsgericht als Hüter der Nachhaltigkeit?

Hier wird nun die besondere Qualität der Entscheidung ins Spiel gebracht: Schulden würden zwar heute aufgenommen, aber die negativen Auswirkungen zeigten sich erst in der Zukunft und müssten von unseren Kindern ausgebadet werden. Noch schlimmer, Parlamente und Regierungen seien aus strukturellen Gründen geneigt, Schulden

aufzunehmen, weil sie damit im Moment Geschenke an das Wahlvolk verteilen könnten, ohne das gleiche Wahlvolk gleichzeitig mit Steuererhöhungen vergraulen zu müssen.

Nun ist es keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal der Haushalts-Aufstellung, dass diese Auswirkungen auf die Zukunft hat. Das gilt im Gegenteil für alle politischen Entscheidungen. Es fällt aus linker Perspektive auch nicht schwer, eine Vielzahl von Politikfeldern zu benennen, in denen systematisch falsche Entscheidungen auf strukturelle Gründe zurückgeführt werden können. So könnte man sagen, dass die Politik die Steuern für Reiche und Superreiche nicht erhöht, weil sie Angst hat, sich mit den Mächtigen anzulegen. Wie wäre es mit einer Steuersenkungsbremse für Besserverdienende? Zudem wird nach Meinung vieler zu wenig in Bildung oder Umweltschutz investiert, weil diese Investitionen heute den Haushalt belasten und die positiven Folgen erst in Zukunft spürbar sind. Sollen wir die Bildungs-Investitionsklage einführen? Die Beispiele ließen sich unendlich fortsetzen.

Unabhängiger Sachverstand statt politischer Streit?

Die überparteiliche Koalition der Schuldenbremsen verbindet die uneingestandene Sehnsucht nach einer Instanz, die nicht streitet, sondern nach objektiven Kriterien entscheidet. Statt Partei-Taktik soll hier nur das sachlich und fachlich Gebotene eine Rolle spielen. Was in den Schriften des antiken Philosophen Plato die Philosophen-Herrscher waren, die das objektiv vorhandene Allgemeinwohl nur noch erkennen und umsetzen sollten, das sind in der modernen Variante die unabhängigen Experten/innen - oder eben die Verfassungsrichter/innen.

Diese Haltung ist im Kern anti-demokratisch. Sie ist zunächst aus erkenntnistheoretischen Gründen verfehlt. Der oben erwähnte Streit zwischen Keynesianern und Angebots-

theoretikern illustriert, dass sich komplexe Wirkungszusammenhänge selten zweifelsfrei beweisen lassen. Auch wenn der Autor dieses Beitrags eine dezidierte Meinung dazu hat, kann auch er nicht mit der Exaktheit eines mathematischen Beweises belegen, dass die Keynesianer im Wesentlichen Recht haben. Ein offener parlamentarischer Diskurs kann daher möglicherweise besser zur Klärung beitragen als eine geschlossene Gesellschaft aus Experten/innen oder eben Richter/innen, weil so eben nicht nur die – notwendig – beschränkte Sicht der Fachleute in die Diskussion einfließt.

Wichtiger noch: In der Politik geht es nicht nur um technische Fragen, sondern um Wertvorstellungen und Interessen, die man auch im 21. Jahrhundert durchaus noch als Klassegegensätze bezeichnen darf. Das übersah Gerhard Schröder, als er erklärte, es gebe keine sozialdemokratische, sondern nur eine moderne (gemeint war wohl eine nach fachlichen Kriterien richtige) Wirtschaftspolitik. In der Debatte um Staatsschulden geht es nun ersichtlich nicht nur um eine „die Sache“, oder jedenfalls häufig um eine andere als vorgegeben wird. Es ist kein Zufall, dass die eifrigsten Schuldenbremser auch gleichzeitig Befürworter eines handlungsunfähigen Minimalstaates sind. Denn eine Schuldenbremse engt die Handlungsmöglichkeiten des ungeliebten Staates ein und schafft damit Raum für das „freie Spiel der Kräfte“. Sie kann hervorragend als Vehikel dienen, sozialstaatliche Strukturen mit verfassungsgerichtlicher Hilfe finanziell auszutrocknen und dadurch nachhaltig zu zerstören. Eine ideale Grundlage für Privatisierungsdiskurse.

Demokratie als Verfahren

Die Erkenntnis, dass es das allgemeingültige Allgemeinwohl nicht geben kann, führt auf direktem Weg zur Demokratie.¹ Demokra-

tie garantiert keine objektiv richtigen Entscheidungen. Demokratie garantiert einzig und allein ein Verfahren, mit dessen Hilfe sichergestellt werden kann, dass politische Entscheidungen auf den Willen jeder einzelnen Bürgerin und jeden einzelnen Bürgers zurückgeführt werden können. Im Kern geht es um Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung. Auch wenn wir manchmal enttäuscht darüber sind, dass die Menschen tatsächlich oder vermeintlich gegen ihre ureigensten Interessen wählen oder das allgemeine Wahlrecht die wirtschaftliche Ungleichheit nicht beseitigt hat: Demokratische Legitimation ist immer noch das einzelne Mittel, institutionell abzusichern, dass die Bedürfnisse und Wünsche aller Bevölkerungsgruppen in den politischen Entscheidungsprozess eingeführt werden. Die Kritik von links und rechts an den vermeintlichen Schwächen der Demokratie – Populismus, Manipulation der Massen, Lobbyismus und vieles mehr – entspringt dagegen häufig dem Frust darüber, dass die Menschen nicht so abstimmen, wie es die Kritiker sich wünschen.

Demokratie und Verfassungsgericht

Nun ist das Bundesverfassungsgericht natürlich keine völlig undemokratische Organisation. Entsprechend der Vorgabe aus Artikel 20 II Grundgesetz, dass alle staatliche Gewalt vom Volk ausgehen muss, werden auch die Richter/innen am Bundesverfassungsgericht in einem wenig transparenten Verfahren von Bundestag und Bundesrat gewählt. Allerdings haben sie eine Amtsperiode von 12 Jahren und können nicht wieder antreten. Niemand darf ihnen Weisungen erteilen. Damit wird die richterliche Unabhängigkeit – aus guten Gründen – institutionell abgesichert. Deren Kehrseite ist aber eben auch eine Unabhängigkeit vom Volkswillen. Sind die Richter/innen einmal an ihrem Platz, bestimmen sie letztverbindlich den Inhalt der Verfassung und sind dabei jeder Kontrolle entzogen.

¹ Vgl. zu diesem Komplex Christoph Möllers: Demokratie – Zumutungen und Versprechen. Berlin 2008

Deshalb sollte ein Verfassungsgericht keine Politik machen dürfen, sondern in erster Linie bei Kompetenzstreitigkeiten der obersten Staatsorgane und der verschiedenen Ebenen in einem föderalen Staat als unabhängiger Schiedsrichter dienen. Wenn Demokratie ein Verfahren ist, in dem alle Bürger/innen gemeinsam für alle verbindliche Entscheidungen treffen, dann muss es auch Verfahrensregeln geben. Dann ist es auch nahe liegend, einen Schiedsrichter zu installieren, der unabhängig über die Einhaltung dieser Regeln wacht.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes sind überdies den Weg gegangen, auch die Grundrechte dem Zugriff des einfachen Gesetzgebers zu entziehen. Dies lässt sich demokratiethoretisch dadurch rechtfertigen, dass abwehrende (negative) und ermöglichende (positive) Freiheitsrechte Grundlage vitaler demokratischer Ordnungen sind. Demokratie setzt selbstbewusste Subjekte voraus, die dem Kollektiv mit eigenen Rechten gegenüber stehen. Die extensive Auslegung der Grundrechte durch das Verfassungsgericht bleibt aber aus demokratischer Sicht teilweise ambivalent, zumal wenn sie über die Verteidigung von Individualrechten hinausgeht. Hierauf kann nicht weiter eingegangen werden. Es dürfte aber klar geworden sein, dass sich aus den genannten Funktionen der Verfassungsgerichtsbarkeit keine Argumente für eine Schuldenbremse gewinnen lassen.

Das Verfassungsgericht als Haushalts-Gesetzgeber?

Nun wird die Frage nach der demokratischen Legitimation eines Gerichtes im Allgemeinen dadurch entschärft, dass Gerichte eben in ihren Entscheidungen nicht frei sind, sondern Gesetze auslegen. Allerdings ist auch diese Gesetzes-Auslegung ein schöpferischer Prozess, in dem die Richterin oder der Richter wertet und letztlich entscheiden muss. Es ist daher keine Besonderheit der

Schuldenbremse, dass sie sich sehr unbestimmter Rechtsbegriffe bedient, wie zum Beispiel des Begriffs der „von der Normallage abweichende konjunkturelle Entwicklung“, Artikel 109 III 2 Halbsatz 1 Grundgesetz. Da die Theorie bekanntlich grau und das Leben bunt ist, verbieten sich gerade in der Verfassung fast immer starre und unflexible Lösungen, was außer ein paar FDP-Hardlinern auch die Architekten/innen der Schuldenbremse erkannt haben. Dennoch bleibt die Frage, ob sich das weite Feld der Haushaltspolitik überhaupt gerichtsförmig bewältigen lässt.

Zunächst ist festzuhalten, dass sich eine richterliche Entscheidung auf einen Einzelfall beschränken muss, wenn ein Mindestmaß an rechtlicher Programmierung und methodisch gesicherter Auslegung möglich sein soll. Sonst wird die Abwägung verschiedener Rechte uferlos, weil die möglichen Kriterien nicht überschaubar sind. Wenn ein Gericht aber einen Haushalt für nichtig erklärt, handelt es sich eben nicht mehr um einen Einzelfall. Im Gegenteil: Der Haushalt betrifft die Gesamtheit der staatlichen Aktivitäten. Eine Abwägung zwischen der Zinsbelastung der Zukunft, den möglichen Folgen für die Konjunktur, den Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen sowie dem Sinn und Unsinn aller weiteren Haushaltsposten ist mit Hilfe der juristischen Methodik nicht zu bewältigen. Sie ist das, was man – bei aller Unschärfe des Begriffs – eine politische Entscheidung nennen würde.

Hinzu kommt, dass Gerichte aus guten Gründen im Regelfall nur über abgeschlossene Sachverhalte aus der Vergangenheit entscheiden. Nur so lassen sich mit einem gewissen Abstand das Beweismaterial und die Argumente in Ruhe sichten und allen Seiten ausgiebig rechtliches Gehör gewähren, was im operativen Geschäft schon aus Zeitgründen nicht in dem Maße möglich ist. Und nur so wird sichergestellt, dass die Gerichte



Woran liegt es, dass sich kein Widerstand regt? Tiefgreifend, interessant und durchaus kurzweilig stellt uns Werner Seppmann die Situation und die in ihr Handelnden vor. Was wird gebraucht, damit sich etwas ändert? Seppmann bleibt die Antwort nicht schuldig. 13,80 Euro - 148 Seiten



Das Standardwerk über die Kinderarbeit in Deutschland - vom Kaiserreich bis heute. Mit vielen Dokumenten, Tabellen und Nachweisen. Geeignet als Unterrichts- und Schulungsmaterial. 16,80 Euro - 220 Seite.

www.kulturmaschinen.de

Im Buchhandel, in Online-Shops und unter www.kulturmaschinen.de
Belletristik und Sachbuch.
Kontakt: verlag@kulturmaschinen.de
Tel: 030 49783690 • Fax: 030 49809158

KULTURMASCHINEN

den beiden anderen Gewalten – Exekutive und Legislative – nicht zu stark in Handwerk pfuschen. Deshalb ist vorbeugender Rechtsschutz nur in Ausnahmefällen möglich. Im Hinblick auf die Schuldenbremse müsste er aber in der Praxis der Regelfall sein. Denn ein Kläger, der es Ernst meint, muss eigentlich das Ziel haben, dass der Haushalt für verfassungswidrig erklärt wird, bevor die Mittel verausgabt wurden. Ein Urteil nach dem Vollzug des Haushaltes bringt in der Praxis nämlich logischerweise gar nichts. Das ist auch genau der Grund, weswegen die Opposition in Nordrhein-Westfalen bei ihrer Klage gegen den Haushalt 2011 keine einstweilige Anordnung beantragt hat: Sie ist aus Angst vor Neuwahlen überhaupt nicht daran interessiert, dass die Regierung von Hannelore Kraft durch ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs ernsthaft in Bedrängnis gerät.

Wie kann eine einstweilige Anordnung auf Stopp des Haushalts-Vollzugs aussehen? Wird das Bundesverfassungsgericht der Regierung und dem Parlament Hinweise mit auf den Weg geben, wie der Haushaltsplan konkret geändert werden muss, damit die Höhe der Kreditaufnahme gebilligt werden kann? Wo kämen Sachverstand und Personal her, um solche Hinweise zu erarbeiten? Bittet das Gericht dann den Bundesfinanzminister um Hilfe? Oder schweigt das Bundesverfassungsgericht sich aus und wartet die Überarbeitung des Haushaltes ab, die ihm dann unter Umständen abermals zur Überprüfung vorgelegt wird? Bis spätestens dahin wäre das Haushaltsjahr vorbei und es läge vielleicht schon der Haushalt des Folgejahres auf dem Richtertisch.

Diese Fragen müssten eigentlich zeigen, wie absurd ein solches Szenario ist. Bis zur Überarbeitung des Haushaltes würde das Nothaushaltsrecht des Artikels 111 Grundgesetz gelten und das staatliche Leben stünde in Teilen still. Jedenfalls dann, wenn die Entscheidung des Gerichtes überhaupt

akzeptiert und nicht mit fadenscheinigen argumentativen Tricks umgangen würde, was in einer solchen Konstellation nicht unwahrscheinlich wäre. Denn das Bundesverfassungsgericht hat keine Möglichkeit, seine Entscheidungen selbst zu vollstrecken. Es ist auf die Akzeptanz seiner Urteile angewiesen. Wenn diese fehlt und die Entscheidungen nicht beachtet werden (so geschehen beim Kruzifix-Urteil oder jüngst auch beim Wahlrecht), wird aus einem respektierten Verfassungsorgan schnell ein zahnloser Papientiger. Anschauungsmaterial liefert die auf dem Papier schneidige Schuldenbremse auf europäischer Ebene. Spätestens ab Ausbruch der Finanzkrise spielten die so genannten Maastricht-Kriterien keine Rolle mehr.

Mehr Verantwortung wagen

Wenn es richtig ist, dass Sozialdemokraten/innen Politik für alle Bürgerinnen und Bürger machen wollen, dann sollten sie darauf achten, dass eine direkte Verbindung zwischen dem Willen dieser Menschen und dem Handeln der staatlichen Institutionen besteht. Wenn das wichtige Budgetrecht aber teilweise von einer Institution wahrgenommen wird, die genau von diesem Volkswillen nahezu abgekoppelt ist, dann werden die Interessen und die Sichtweisen bestimmter Gruppen (zum Beispiel der lebensweltliche Horizont von Juristen) die politischen Entscheidungen mehr als schon bisher prägen.

Allerdings fällt die Argumentation gegen die Schuldenbremse schwer, wenn sich die Parlamentarier/innen selber über die Parteilinien hinweg einig sind, dass sie gar nicht alleine entscheiden können und wollen. Früher haben Parlamente das Budgetrecht als ihre Kernkompetenz begriffen und mit Zähnen und Klauen verteidigt. Heute sind Abgeordnete anscheinend froh, wenn ihnen noch jemand anders auf die Finger guckt. Dabei wird im gleichen Atemzug

beklagt, dass die Globalisierung die Handlungsmöglichkeiten von Parlamenten immer mehr verringere. Es ist – gelinde gesagt – erstaunlich, warum man in dieser Situation dann noch ein weiteres Macht- und Gestaltungsmittel freiwillig aus der Hand gibt. Die Verzagtetheit der Volksvertreter/innen ist alles andere als eine Werbung für die Demokratie und den Parlamentarismus. Wollen sie sich unsere Abgeordnete wirklich mit der Rolle als „Abnicker“² (Marco Bülow) begnügen? Es wird Zeit, zu erkennen, dass der Appell „Mehr Demokratie wagen“ nicht wie momentan nur auf erweiterte Partizipationsmöglichkeiten der Bürger/innen bezogen werden darf. Menschen werden nur dann zur Wahl gehen, wenn sie den Eindruck haben, dass die von ihnen beschickten Parlamente auch tatsächlich etwas entscheiden können und dies auch wollen.

Dazu gehört allerdings der Mut, Verantwortung nicht abzugeben, sondern sich ihr offensiv zu stellen. Wollen die Abgeordneten und ihre Wählerinnen und Wähler wirklich eine postdemokratische Technokratie als billigen Abklatsch eines lebendigen und selbstbewussten Parlamentarismus? Die Entscheidung dürfte eigentlich nicht schwer fallen. ■

☞ Folke große Deters ist Jurist und Vorsitzender der SPD im nordrhein-westfälischen Rheinbach.

² Marco Bülow: Wir Abnicker. Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter. Berlin 2010

Buchbesprechung:

Die Demokratie entfesseln, nicht die Märkte

von Thilo Scholle

Über den Bedarf einer Re-Regulierung der Wirtschaft ist in der Folge der Finanzkrise auch öffentlich diskutiert worden – aktuell trotz diverser europäischer und internationaler Gipfeltreffen aber immer noch ohne messbaren Erfolg. Neben dem richtigen Aspekt der Re-Regulierung geht es aber vor allem auch um eine (Re-)Demokratisierung der Ökonomie. Vor diesem Hintergrund ist der Titel des zu besprechenden Buches vielversprechend. Professor Fisahn zählt zudem zu den wenigen Juristinnen und Juristen, die es im „ordentlichen“ Universitätsbetrieb geschafft haben, sich auch unter bewusstem Rückgriff auf kritische bis hin zu marxistischen Theorien zu etablieren.¹

Den aktuellen Finanz-Crash sieht der Autor als Folge der Entfesselung der Märkte. Ausführlich rekapituliert der Autor im Buch zunächst die Entwicklung der Krisen im kapitalistischen System seit der Gründung des Kapitalismus. Interessant ist die Betrachtung der Lage in der EU: Hier sieht Fisahn – der einer der Prozessvertreter der Linkspartei im Klageverfahren gegen den Lissabon-Vertrag vor dem Bundesverfassungsgericht war – vor allem einen „strukturellen Druck“ auf die Arbeitsbedingungen durch die (nichtharmonisierte) Steuer- und Sozialpolitik. Verbunden damit sei auch das Demokratiedefizit der EU.

Insgesamt macht er 4 Säulen eines „Neoliberalen Finanzmarktkapitalismus“ aus: Den Globalen Freihandel, die Privatisierung / Ökonomisierung öffentlicher Leistungen, die Umverteilung durch Steuersenkung oben und Lohndruck mittels Shareholder-Value unten, die Entdemokratisierung der Gesellschaft, v.a. durch die

Andreas Fisahn

Die Demokratie entfesseln, nicht die Märkte

Argumente für eine postkapitalistische Wirtschaft

PappyRossa Verlag,
Köln 2010
263 Seiten,
16,90 €



bewusste Schaffung von sogenannten Sachzwängen und durch die Schaffung „normativer Bindungen“ der Menschen an das System.

Ausführlich angesprochen wird auch die „ökologische Krise“. Zwar herrscht seiner Ansicht nach mittlerweile ein „ethnisch-ökologischer Konsens“ über die Bedeutung des Klimawandels in der EU, an der konkreten Bekämpfung hapere es aber. Auf Seiten der ökologisch Interessierten sieht Fisahn mehrere Strategien des Umgangs – von einer auf Verzicht und Schrumpfung plädierenden Gruppe über eine Gruppe des technologisch-ökologischen Wachstums hin zu einer strukturkritischen Gruppe, die auf die Zwänge der kapitalistischen Ökonomie verweise. Fisahn nimmt hier eine Mittelstellung ein, indem er eine Verbindung zwischen ökonomischen und ökologischen Ansätzen mittels der Formel, dass eine Ökologisierung der Ökonomie von einer Demokratisierung der Ökonomie abhängt.

Wie der Titel ankündigt möchte Fisahn aber nicht nur eine Darstellung der aktuellen ökonomischen Entwicklungen liefern. Fisahn stellt zunächst fest, dass soziale Unsicherheit beim Menschen zu Angst und damit zum Verlust von Freiheit führe. Für Fisahn geht es in der Folge darum, eine sozio-ökonomische Theorie des

¹ Andreas Fisahn, Herrschaft im Wandel, Köln 2008, Besprechung in spw 6/ 2008.

Verhältnisses von Markt und Gesellschaft zu entwickeln. In Bezug auf die aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ist der Autor skeptisch: ein demokratisch-emanzipatorischer Weg aus der Krise sei unwahrscheinlich.

Zum Abschluss des Bandes legt Fisahn eine Reihe konkreter Vorschläge vor: Die UNO solle sich autoritativer dem Bereich des Welthandels annehmen, da sie unterschiedliche sozio-ökonomische Interessen weit besser austarieren könne als die einseitig auf Durchsetzung des Marktzugangs fixierte WTO. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Schaffung einer neuen internationalen Finanzarchitektur. Interessant sind die Ausführungen zur „Demokratischen Kontrolle der Ökonomie“. Hier hält Fisahn zunächst fest, Demokratisierung sei nicht gleich Verstaatlichung der Produktionsmittel. Es sei zudem zutreffend, dass die Komplexität einer Wirtschaft nicht zentralplanerisch gesteuert werden könne. Momentan sei daher die Frage der gesellschaftlichen Steuerung insgesamt wichtiger als die Frage nach der Eigentumsform.

Im Ergebnis müsse der Markt der Gesellschaft untergeordnet werden. Als ersten überraschenden Anknüpfungspunkt wirft Fisahn das konservative Konzept der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg auf. Ein Öffentlicher Sektor sowie die gesellschaftliche Kontrolle natürlicher Monopole gehörten auch hierzu. Weiteres Vorbild könnte die deutsche Montanmitbestimmung sein. Neben der Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene bringt Fisahn sodann das Modell der Regionalen Wirtschafts- und Sozialräte mit ein.

In Bezug auf die Politik spricht Fisahn von der Notwendigkeit einer „Re-Demokratisierung“, was für ihn vor allem eine Reform und Öffnung der EU-Wirtschaftsverfassung sowie eine „Parlamentarisierung“ der EU bedeutet. Die Krise habe zudem gezeigt, dass es keine „unabhängigen Administrationen“ wie die europäische Zentralbank geben sollte. Auch auf nationalstaatlicher Ebene sollten Bürgerinnen und

Bürger mehr beteiligt werden, beispielsweise durch kontrollierende Beiräte bei den Polizeipräsidenten.

Das Buch enthält zunächst einen sorgfältig und gut geschriebenen Überblick über die Entwicklung von Krisen um Kapitalismus und die politischen Rahmenbedingungen, die die Krise in den letzten 20 Jahren begleitet haben.

Allerdings ist der Bereich der Vorschläge für die Zukunft vom Raumanteil deutlich geringer. Fisahn buchstabiert die Begründung für mehr Demokratie in der Wirtschaft eher an, als dass er sie ausführlich herleitet, von daher entsteht die oben angesprochen „sozio-ökonomische Theorie des Verhältnisses von Markt und Gesellschaft“ nur in einigen Ideen. Die gemachten Vorschläge sind interessant, und beispielsweise der Verweis auf eher konservative Regelungen aus den 1950er Jahren ganz gut anschlussfähig an den aktuellen politischen Diskurs, zugleich bleiben sie aber kursorisch.

So hält das Buch die Versprechung des Titels, „Argumente für eine postkapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft“ zu liefern, nur in Ansätzen ein. Die Darstellung der Entwicklung ist ausführlich, Argumente für den Wandel lassen sich eher implizit aus dem Scheitern des bestehenden sowie dem ganz grundsätzlich postulierten Anspruch auf mehr Demokratie entnehmen.

So eignet sich das Buch gut als handlicher und gut geschriebener Überblick über diese rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der Entfesselung der Märkte in den letzten Jahren. Es wäre zu wünschen, dass der Autor einige seiner Zukunftsvorschläge, beispielsweise zur genauen Entwicklung der demokratischen Steuerung von Ökonomie, in Zukunft weiter ausbaut und in die öffentliche Debatte einbringt. ■

☞ Thilo Scholle lebt in Lünen, ist Mitglied der spw-Redaktion und koordiniert die Netzwerkstelle Integration des Juso-Bundesverbandes.

Mehr Gerechtigkeit, mehr Demokratie, mehr Freiheit

von Sascha Vogt

Seit der verlorenen Bundestagswahl 2009 ist die SPD in einem bislang noch offenen Erneuerungsprozess. Und auch für die Jusos haben sich die Rahmenbedingungen politischen Handelns erheblich gewandelt. Dazu muss nicht die gesamte Programmatik verändert werden, wohl aber müssen die Jusos noch stärker als bislang eigenständige Impulse für die programmatische Entwicklung geben. Es muss darum gehen, Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit aus einer jungsozialistischen Perspektive zu geben.

Die Regierungsjahre sind noch immer tief im Bewusstsein der Aktiven. Mag es mit dem Regierungswechsel 1998 anfänglich noch eine gewisse Euphorie gegeben und sich tatsächlich gesellschaftspolitische Fortschrittsprojekte eingestellt haben, war spätestens seit der Agenda 2010 für die meisten Jusos klar, dass eine Regierungsbeteiligung der SPD nicht zwangsläufig zu mehr Gerechtigkeit führt. Die Jusos verstanden sich vor dem Hintergrund ihrer eigenen Beschlusslage jahrelang als innerparteiliche Opposition und hatten auch für die Gesamtpartei eine unverzichtbare Funktion. Sie gehörten zu den wenigen Kräften, die glaubwürdig vertraten, dass nicht die gesamte Partei die angebliche Alternativlosigkeit im Kern neoliberaler Reformen akzeptierte. Mit den „63 Thesen für eine Linke der Zukunft“ erneuerten die Jusos sogar ihr Selbstverständnis als sozialistischer Richtungsverband. Das Papier spiegelt dabei das Bewusstsein des Verbandes zum Ende der Regierungszeit wider: Dem klaren Bekenntnis zum Demokratischen Sozialismus folgen realpolitische Reformansätze quer durch alle Politikfelder. Diese mögen zwar zur damaligen Zeit sicherlich ein starker Kontrast zur Regierungspolitik der SPD gewesen sein, sie schufen

aber zumindest nicht immer die Verbindung zwischen einer systemüberwindenden Strategie und einer realpolitischen Debatte.

Seit 2009 haben sich die Vorzeichen jungsozialistischer Politik deutlich verändert. Noch immer kommt den Jusos die Aufgabe zu, die programmatische Entwicklung der SPD kritisch zu begleiten. Gleichzeitig jedoch sieht sich der Verband auch mit einer schwarz-gelben Bundesregierung konfrontiert, deren Entscheidungen in fast allen Bereichen das genaue Gegenteil von jungsozialistischen Forderungen sind. Das macht die noch stärkere Organisation einer gesellschaftlichen Opposition notwendig, wie sie derzeit mit der stärkeren Bündnisorientierung praktiziert wird.

Und innerhalb der SPD wiederum sind heute Forderungen, die noch vor wenigen Jahren fast exklusive Positionen der Jusos waren, fast Gemeingut in der gesamten Sozialdemokratie. Der Verweis auf die Finanztransaktionssteuer, die der ehemalige Finanzminister Steinbrück fundamental ablehnte, mag an dieser Stelle als Beispiel ausreichen. Ob damit die SPD insgesamt nach ‚links‘ gerückt ist, kann diskutiert werden, fest steht aber, dass es eine weitaus größere programmatische Offenheit gibt.

Für uns Jusos bedeutet dies, dass wir die kommende Zeit nutzen können, um eigenständige Impulse in die gesellschaftliche und innerparteiliche Debatte zu geben. Es muss darum gehen, Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzuzeigen und die SPD für diese Alternativen zu gewinnen. Das Ziel des Demokratischen Sozialismus, einer Gesellschaft, in der unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht sind, ist dabei ein guter Ausgangspunkt.

Ja, war und ist immer die Stärke der Jusos gewesen, die Systemfrage offen zu stellen, ihr aber gleichzeitig realpolitische, an gesellschaftliche Diskurse anknüpfende Projekte an die Seite zu stellen, die in sich einen systemüberwindenden Charakter haben können. Damit ist auch klar, dass wir aus einer marxistischen Gesellschaftsanalyse heraus materielle Fragen wie etwa die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen und wir eben nicht nur für diejenigen gut Gebildeten sprechen wollen, für die z.B. die Frage der Erwerbsarbeit ‚von gestern‘ ist. Gleichzeitig aber bedeutet dies nicht, dass sich Jusos in ihren politischen Projekten nur auf die in der Gesellschaft benachteiligten Gruppen konzentrieren, sondern begreifen, dass es eben nicht nur ‚oben‘ und ‚unten‘ gibt und für gesellschaftliche Reformprojekte selbstverständlich auch gesellschaftliche Koalitionen notwendig sind. Aus meiner Sicht ergeben sich dabei drei zentrale Themenkomplexe, die sich für eine solche Debatte in den kommenden Monaten und Jahren eignen:

1. Das Zeitfenster für eine andere Wirtschaftspolitik nach der letzten Krise mag sich langsam schließen, vollkommen verriegelt ist es aber noch längst nicht. Gerade die aktuellen Debatten über die Euro-Krise müsste eigentlich Anlass genug sein, für einen Kurswechsel zu streiten. Denn in der Tat ist es dem neoliberalen Mainstream in den vergangenen Monaten gelungen, Grund und Folgen der Krise ins Gegenteil zu verkehren und etwa die angeblich laxen Haushaltspolitik einiger Staaten zum Grundübel zu erklären. Aber eigentlich bieten die strukturellen Ursachen der Krise – liberalisierte Finanzmärkte, Umverteilung von unten nach oben und die massiven Ungleichgewichte im Außenhandel – Ansatzpunkte genug, um einen Alternativentwurf zu prä-

sentieren. Dabei müssen wir es als internationalistischer Richtungsverband schaffen, für nicht mehr und nicht weniger als für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung zu streiten, die systematisch alle Ebenen in den Blick nimmt und konkrete Vorschläge für eine solche neue Ordnung unterbreitet. Wer, wenn nicht die Jusos (und die Sozialdemokratie) sollte es schaffen, aus der (immer noch virulenten!) Krise des kapitalistischen Systems die richtigen Schlüsse zu ziehen und sich etwa Gedanken zu machen, wie das längst global operierende Kapital demokratisch kontrolliert werden kann?

2. Die vergangenen Monate haben es leider deutlich gemacht: Als demokratische SozialistInnen haben wir in der vergangenen Zeit zu wenig über Demokratie nachgedacht. Unter der Überschrift der Politikverdrossenheit findet aber genau diese gesellschaftliche Debatte bereits in erheblichem Umfang statt. Viel zu lange hat gerade die SPD dazu beigetragen, dass das Denken in Alternativen als Relikt aus vergangenen Zeiten verhöhnt wurde. Genau dieses hat aber zu dem Gefühl des ‚Wir hier unten, ihr da oben‘ beigetragen. Deshalb ist bereits das klare Benennen von Alternativen zur herrschenden Politik eine der wichtigen Antworten. Es gibt eben nicht nur richtige und falsche Politik. Darüber hinaus dürfen Jusos aber nicht den Fehler machen, die Debatte auf die Frage von Verfahren wie etwa BürgerInnenentscheide zu beschränken. Für uns müssen zwei andere Aspekte mindestens gleichberechtigt angesprochen werden: Erstens kann es nicht nur darum gehen, wie entschieden wird, sondern, was entschieden werden kann. Die massive Entstaatlichung der letzten Jahre etwa hat dazu geführt, dass es in einigen Kommunen

ziemlich egal ist, wer entscheidet, da der Haushalt ohnehin fremdbestimmt ist. Wir müssen also die materielle Seite immer mitdenken und uns dabei im Übrigen nicht nur auf den Staat beschränken, sondern auch die Demokratisierung der Wirtschaft vorantreiben. Und zweitens müssen wir die Teilhabefrage in den Vordergrund rücken. Immer mehr Menschen haben sich aus der Demokratie verabschiedet, die Beteiligung sinkt dabei mit der sozialen Stellung. Daher müssen wir Perspektiven aufzeigen, wie wir Teilhabe für alle gewährleisten und damit zu einer Integration in die Gesellschaft beitragen wollen.

3. Als Jugendverband müssen wir uns nicht zuletzt mit den Problemen junger Menschen auseinandersetzen. Nicht ohne Grund hat die SPD bei den letzten Wahlen hier deutlich schlechter abgeschnitten als im Durchschnitt, sie wird nicht mehr als die Partei, die passende Antworten für die Zukunft der jungen Generation parat hat, wahrgenommen. Es ist klar, dass es nicht die junge Generation gibt und verschiedene Milieus mit Herausforderungen unterschiedlich umgehen. Die allermeisten jungen Menschen betrifft aber heute ein Gefühl der (materiellen) Unsicherheit, gepaart mit Leistungsdruck und ganz konkreten Abstiegsängsten oder sogar -erfahrungen. Und viele haben dabei das Gefühl, dass die Politik ohnehin nicht in der Lage ist, ihre Probleme zu lösen. Das widerspricht fundamental unserem Bild der individuellen Freiheit – verstanden eben auch als materielle Freiheit. Wir müssen deshalb für ein neues Leitbild ‚Mehr Freiheit‘ für junge Menschen entwickeln und dabei unterschiedlichste Politikfelder – von der Bildungs-, über die Sozial- und Arbeitsmarkt- bis hin zur Familienpolitik – miteinander verzahnen. Kern dieses Leitbildes muss es

sein, dass alle (jungen) Menschen echte Wahlmöglichkeiten in Bezug auf ihren individuellen Lebensweg haben.

An diesen Bausteinen könnte sich auch eine Kampagne zur Bundestagswahl 2013 orientieren. Aber darauf kommt es im Kern gar nicht an. Denn der Anspruch von Jusos sollte es nicht (nur) sein, gute Wahlergebnisse für die SPD herauszuholen, sondern die Gesellschaft in einem positiven Sinne zu verändern. Es geht also darum, gesellschaftliche Mehrheiten für die eigenen Impulse zu organisieren. Dazu ist das Durchsetzen dieser Impulse in der SPD eine notwendige, keineswegs aber eine hinreichende Bedingung. Vielmehr muss auch der eingeschlagene Weg der Bündnisorientierung weitergegangen werden – zu Oppositions- wie auch zu Regierungszeiten. Denn eine Regierungsbeteiligung der SPD heißt eben nicht automatisch, dass es mehr Gerechtigkeit gibt. Dafür braucht es (auch) Jusos, die gesellschaftlichen Druck für wirkliche Reformprojekte aufbauen und nicht vergessen, wohin die Reise grundsätzlich gehen soll. ■

➔ Sascha Vogt ist Juso-Bundesvorsitzender.

In eigener Sache



Danke Stefan Stache!

Seit April 2008 war Stefan Stache Chefredakteur der spw. Stefan übernahm diese Aufgabe in einer Zeit, in der die Hoffnungen auf ein progressives, sozialdemokratisches Reformprojekt weitgehend erschöpft gewesen waren und sich immer mehr Menschen enttäuscht von der Sozialdemokratie losgesagt haben. Politisches Profil und Glaubwürdigkeit hatten gelitten.

Neben einer fundierten Kritik von links gegenüber der Regierungspolitik ging es für spw darum, wieder an mittelfristig ausgelegten Reformprojekten (erneuerter Sozialstaat, New Deal, sozial-ökologische Industriepolitik, Wirtschaftsdemokratie etc.) der gesellschaftlichen Linken zu arbeiten und diese während der nun anstehenden Wiederaufbauphase der SPD einzubringen.

Stefans Anliegen war es dabei stets, sowohl die Vernetzung in der sozialdemokratischen Linken zu befördern als auch die Zusammenarbeit über Organisations- und Parteigrenzen hinweg anhand konkreter Fortschrittsprojekte voran zu bringen. Kennzeichnend für Stefans Handeln und Denken war dabei der Rückgriff auf Milieuforschung, mit deren Hilfe die Vielzahl und Dynamik gesellschaftlicher Wirklichkeit abgebildet werden kann, deren Berücksichtigung für politische Programm- und Strategiefragen unverzichtbar ist.

Neben seinem politischen Engagement kann ein Magazin wie spw nur bestehen,

wenn die alltäglichen und oft unvorhergesehenen Aufgaben rund um die Konzipierung, Erstellung und Vermarktung erledigt werden. Diese oft nicht beachteten Mühen der Ebenen hat Stefan stets auf sich genommen und auch so dazu beigetragen, dass sich die spw weiter positiv entwickelt hat. In seine Zeit fiel neben der Weiterentwicklung des Heftes nicht zuletzt auch die Realisierung des spw-Abonnements für Mitglieder der DL 21.

spw ist Stefan zu großem Dank verpflichtet und wir freuen uns darauf, weiter mit ihm im Bereich des strategischen Marketing arbeiten zu dürfen. Als Vorstandsmitglied der DL 21 und persönlicher Referent einer Hamburger Senatorin bleibt er der sozialdemokratischen Linken außerdem verbunden.

[Kai Burmeister]



Willkommen Michael Reschke!

Michael Reschke hat zum 1. August 2011 die Nachfolge von Stefan Stache als Chefredakteur übernommen. Der 28 Jahre alte gebürtige Hildesheimer studierte an der Universität Kassel Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte und arbeitete an verschiedenen Lehrstühlen sowie von 2009 bis 2011 für den Hessischen Landtagsabgeordneten Timon Gremmels. Neben der spw arbeitet er in verschiedenen Tätigkeitsbereichen der Friedrich-Ebert-Stiftung und lebt nunmehr in Bonn. Er ist Mitglied im Juso-Bundesvorstand und war zuvor unter anderem Vorstandsmitglied der Kasseler SPD und stellv. Vorsitzender des Juso-Bezirks Hessen-Nord.

„Eine neue SPD? – Wie geht Partei im 21. Jahrhundert?“

Gemeinsame Herbsttagung von spw und DL21

Um sich mit der Zukunft der SPD aus organisatorischer und strategischer Perspektive zu beschäftigen, laden in diesem Jahr spw und DL21 zu einer gemeinsamen Herbsttagung im Oktober nach Dortmund ein. Neben der notwendigen Analyse veränderter Rahmenbedingungen von Parteien und Politik im Allgemeinen und der Glaubwürdigkeits-, Mobilisierungs-, Programm- und Strategiekrisis der SPD im besonderen, soll es vorrangig um die Erarbeitung konkreter Veränderungsprojekte gehen, die in den Parteireformprozess und darüber hinaus in die Entwicklung der SPD einfließen sollen.

Ziel soll es dabei sein, zeitgemäße Anforderungen und Erwartungen gegenüber einer SPD zu formulieren, die sich als linke Volkspartei und als Programm- und Mitgliederpartei versteht.

Hierbei soll es in Workshops vor allem um drei Themenkomplexe gehen: Wie kann es gelingen, die SPD breiter zu öffnen, ihre gesellschaftliche Verankerung wieder zu erhöhen und gesellschaftliche Realitäten spiegelbildlicher abzubilden? Zum anderen soll die Mitgliedschaft, ihre Attraktivität, mögliche neue Formen der Mitgliedschaft, aber auch Erfordernisse an und Strategien zur Mitgliedergewinnung in den Blick genommen werden. Letztlich sollen außerdem Willensbildungsprozesse berücksichtigt werden, um der Frage nachzugehen, wie ein Mehr an innerparteilicher Demokratie und Partizipation sowohl in programmatischer als auch in strategischer und personeller Hinsicht realisiert werden kann. Am Ende der Tagung wollen wir uns neben unseren Kernanforderungen an den Reformprozess aus linker Perspektive, außerdem mit gegenwärtigen programmatischen Projekten wie einem sozialem Europa, der Handlungsfähigkeit des Staates und seiner Einnahmehasis

oder unserem Projekt der Bürgerversicherung beschäftigen.

- **Veranstalter:** spw & DL21 e.V.
- **Termin:** 21./22. Oktober 2011
- **Ort:** Dortmund, Kongresszentrum Westfalenhalle
- **Weitere Informationen** zum Programm, zur Teilnahme und zur Anmeldung in Kürze auf www.spw.de und www.forum-dl21.de, sowie postalisch

In eigener Sache

Wir freuen uns, einen kleinen Meilenstein in der verlegerischen wie politischen Entwicklung der spw bekannt geben zu können. Beginnend mit dem aktuellen Heft 185 werden nunmehr alle DL21-Mitglieder die spw im Rahmen ihres Mitgliedsbeitrages im Abonnement beziehen. Die Einwirkung der spw auf die SPD-Linke im speziellen und die SPD insgesamt werden wir somit erhöhen und noch breiter für unsere inhaltlichen Projekte werben können. Die Auflage der spw kann so abermals gesteigert und die Verzahnung der Diskurse der gesellschaftlichen Linken mit den Debatten der SPD-Linken noch intensiver werden. Des Weiteren wird die neue Rubrik „DL21 – aktuell“ eingeführt, in der über die Aktivitäten und Debatten des Vereins informiert werden wird.

Der Verlag möchte Doppelabonnements im Interesse der LeserInnen vermeiden. Wer als Mitglied der DL21 die spw bisher ohnehin bereits abonniert hatte, kann das Abonnement problemlos bis zum 31.12.2011 kündigen. Statt einer bloßen Kündigung ist es natürlich besser, im eigenen Umfeld nach neuen Abonnenten zu suchen und damit die Basis von spw zu erweitern.

Wir wollen die Qualität von spw nicht nur erhalten, sondern stetig steigern. Wir laden daher wie gewohnt zu Anregungen, Kritik und Ideen ein.

Für eine starke SPD-Linker – Das spw-Abo für DL21-Mitglieder

von Björn Böhning und Veit Swoboda



Die Legitimationsprobleme der neoliberalen Politik- und Ökonomiemodelle sowie die jüngste programmatische Entwicklung in der SPD in Zeiten der Krise und der Opposition bergen große Chancen für die Linke in der SPD. Zum einen geht es um die Fortentwicklung kapitalismuskritischer und sozial-ökologischer Diskurse, wie z.B. nachhaltiges Wachstum und New Deal, gute Arbeit, Chancengleichheit, soziales Europa – zum anderen um die politische Mobilisierung für progressive Ideen und Konzepte und deren Mehrheitsfähigkeit. spw als Zeitschrift und das Forum DL21 als Strömung wollen für diese Aufgaben die Ressourcen stärker bündeln und die Zusammenarbeit intensivieren.

Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung des Forums DL21 e.V. am 15. Mai 2011 in Berlin wurde daher mit großer Mehrheit beschlossen ein spw-Abo für alle DL21-Mitglieder bei einer allgemeinen Beitragserhöhung von 2 €/Monat (bzw. 1 €/Monat für Mitglieder mit Rabattbeitrag) zu verwirklichen. Beginnend mit dieser Ausgabe bekommen alle DL21 Vereinsmitglieder automatisch die aktuelle Ausgabe der spw (inkl. dieser neuen Rubrik „DL21 aktuell“ und Beiträgen, Kommentaren und Veranstaltungshinweisen aus dem Verein) postalisch zugesandt.

Durch das inkorporierte spw-Abo ist die Mitgliedschaft im Forum DL 21 e.V. noch attraktiver geworden. Um linke Politik in der deutschen Sozialdemokratie zu stärken ist eine breite Mitgliedschaft, die mitmacht, mitdiskutiert und aktiv in die Strukturen der SPD einwirkt, unverzichtbar. Weitere Informationen zur Mitgliedschaft sowie das Online Anmelde Formular sind unter www.forum-dl21.de/mitgliedwerden.php zu finden. Das

Forum DL21 e.V. ist seit 2010 offiziell gemeinnützig, so dass Mitgliedsbeiträge steuerlich geltend gemacht werden können.

Zusammen mit der spw sollen in Zukunft verstärkt linke Theorie- und Programmdebatten und die Entwicklung sozial-ökologischer Reformkonzepte in der SPD vorangetrieben werden. Mit einer engeren Kooperation und Koordination kann

die SPD-Linker inhaltlich, strukturell und strategisch neu aufgestellt werden, um den Erneuerungsprozess und das Wiedererstarken der Sozialdemokratie in Deutschland zu gestalten. Als nächstes werden spw und DL21 gemeinsam auf der Herbsttagung am 21./22. Oktober in Dortmund zum Thema „SPD-Parteireform“ diskutieren (siehe auch Veranstaltungshinweise im Meldungsteil). ■

☞ Björn Böhning ist Vorsitzender des Forum DL21 e.V.

☞ Veit Swoboda ist Geschäftsführer des Forum DL21 e.V.

Fünf Fragen an... Ole Erdmann



⇒ Ole Erdmann

Foto: privat

Zur Person:

Ole Erdmann war 1998 - 2000 BundesschülerInnenverantwortlicher der Jusos. 2004 bis 2007 war er Juso-Vorsitzender in Bonn. Heute ist er stellvertretender Unterbezirkvorsitzender der Bonner SPD. Er studierte Volkswirtschaft und Politik in Marburg, Köln und Salamanca/Spanien und arbeitet derzeit für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zum Thema Nachhaltiges Wirtschaften und Innovationsförderung. Er ist Mitglied im Betriebsrat der GIZ Bonn und ver.di-Vertrauensmann.

spw: Gibt es Debatten aus deiner Juso-Zeit, die dir bis heute wichtig sind?

» **O.E.:** Zum einen hat mich die Diskussion um das Papier „neue zeiten denken“ von Benny Mikfeld, Jessica Wischmeier und Bettina Kohlrausch stark geprägt. Es war für mich damals der richtige Versuch, aus einem materialistischen Gesellschaftsverständnis heraus aktuelle Entwicklungen des Kapitalismus zu analysieren und dabei die Fortschrittspotenziale bei aller Kritik an den Verhältnissen zu erkennen. Dieser Ansatz, Alltagserfahrungen von Menschen in der gesellschaftlichen Realität nicht mit einer theoretischen Systemana-

lyse einfach wegzuwischen und ein differenziertes Bild von unserem Gesellschaftssystem zu zeichnen, hilft mir heute noch in meiner politischen Praxis.

Die zweite wichtige Diskussion, an der ich selbst inhaltlich auch aktiver teilnahm, fand zwischen 2006 und 2008 in Teilen des Verbandes statt. Es ging um den finanzgetriebenen Kapitalismus. Wir haben viele kritische Elemente – wie z.B. die kurzfristige Shareholder-value-Orientierung aber auch die Fehlanreize im Weltfinanzsystem – des seit den 90ern entwickelten Akkumulationsregimes diskutiert. Als dann wenig später die Finanzkrise ausbrach, wurde deutlich, wie sehr viele die Bedeutung dieser neuen Form des Kapitalismus unterschätzt hatten. Die politischen Antworten, wie eine europäische Finanzmarktregulierung und massive materielle Umverteilungspolitik z.B. durch international koordiniertes Gewerkschaftshandeln und internationale Unternehmens- und Börsensteuern, die wir damals andiskutiert haben, sind heute aktueller denn je.

spw: Du hast bei den Jusos gerne und ausgiebig auch theoretisch diskutiert. Wie erlebst du die Diskussionskultur in der Partei, und was wäre hier zu tun?

» **O.E.:** Wir haben viel Potenzial in der Partei, sowohl was wissenschaftliche Expertise wie auch lebenspraktische Erfahrung von Menschen aller Generationen angeht. Auf Unterbezirksebene kann man das mit viel ehrenamtlicher Arbeit auch aktivieren und sinnvoll einsetzen. Als positives Beispiel kann ich die Diskussion um die Steuer- und Haushaltspolitik in NRW nennen, Stichwort „präventive Sozialpolitik“. Hier haben wir in Bonn dazu mit Matthias Machnig und Gustav Horn und natürlich vielen GenossInnen sehr gute Diskussionen geführt. Es gibt hier mittlerweile viel Offenheit, die SPD-Politik auch in kritischer Auseinandersetzung mit der eigenen früheren Regierungsarbeit zu diskutieren.

Das sollten viele Unterbezirke gemeinsam mit ihren MandatsträgerInnen auch tun und nicht darauf warten, dass sie aus der Presse erfahren, wo die Reise hingeht.

spw: In den letzten Jahren beobachten wir gerade in den großen Städten immer größere Wahlerfolge der Grünen. Wie sollte die SPD hierauf reagieren?

» **O.E.:** Mit der Stärkung ihres Markenkerns. Wir haben in Bonn mit Uli Kelber einen sehr guten Umwelt- und Energiepolitiker. Ich bin sehr froh, dass er die SPD in diesem Feld auch bundesweit gut positioniert und vertritt. Das gehört zu einer Volkspartei. Wir müssen aber als SPD insgesamt in Abgrenzung zu den Grünen deutlich machen, dass wir einen anderen historischen Auftrag - Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit - haben. Da haben wir seit 2003 viel Vertrauen verloren. Das kann über neue Arbeitsplätze z.B. bei Erneuerbaren Energien geschehen. Aber wir müssen hier über gut bezahlte, mitbestimmte und sichere Jobs und die Ausbildung dafür sprechen und nicht mit den Grünen um das umweltfreundlichere Profil wetteifern. Ich bin sicher, dass im Zuge der weiter schwelenden Finanz- und Wirtschaftskrise das Bedürfnis der Menschen nach sozialer Gerechtigkeit und guter Arbeit weiter wachsen wird. Die Grünen interessiert das weniger, weil ihre Wählerklientel Bio-Lebensmittel bezahlen kann und sich kaum Sorgen um gute Jobs machen muss. Im Bewusstsein dessen und mit Klarheit für die jeweiligen Stärken kann dann auch eine Zusammenarbeit gut funktionieren.

spw: Aktuell ist das Stichwort „Parteireform“ schwer in Mode. Wie schätzt du die Debatte ein und welche Schwerpunkte würdest Du setzen?

» **O.E.:** Das Papier des Parteivorstandes stellt ganz am Anfang einen ganz spannenden Bezug her: nämlich zu den Parteireformen von 1993 bis 2000. Leider ohne im

Ansatz zu analysieren, was man dort denn gemacht und was es gebracht hat. Innerparteiliche Direktwahl bis hin zum Bundeskanzlerkandidaten/kandidatin durch die Mitglieder hatten wir ja z.B. schon einmal. Ich hätte da etwas mehr kritische Reflexion erwartet, manches hätte man dann vielleicht auch nicht mehr neu aufschreiben müssen.

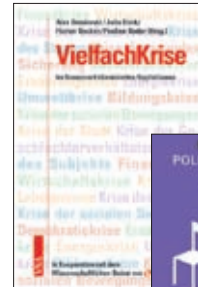
Verschiedene Dinge in diesem Prozess sind ja richtig. Leider ist unser Hauptproblem unsere inhaltliche Aufstellung (siehe „Markenkern“) und die Art und Weise, wie manche prominenten GenossInnen weiterhin agieren. Solange es da einige gibt, die meinen, man könne im Gespräch mit „zwei oder drei Führungspersönlichkeiten“ und dem anschließenden Lancieren in der Presse dauerhaft SPD-Politik gestalten, können wir uns großspurige Parteireformdebatten schenken. Was soll mehr Mitgliederbeteiligung, wenn in entscheidenden Fragen die Pressekonferenz die demokratische Abstimmung ersetzt?

spw: Zu deinen thematischen Schwerpunkten zählt auch der Bereich „solidarische Ökonomie“. Wo würdest du Anknüpfungspunkte in den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatten sehen?

» **O.E.:** Wir müssen als SPD über die Förderung alternativer Betriebswirtschaftskonzepte wie soziale Betriebe, Stadtteilgenossenschaften, Mitarbeiterfonds, regionale Wirtschaftskreisläufe oder öffentliche Beteiligungen an Unternehmen diskutieren. Die Logik des share-holder-value und die bisherigen globalen Wertschöpfungsketten sind kein zukunftsfähiges Modell, das zeigt die Krise seit 2008. Es gibt viele Beispiele in der Geschichte und auch in anderen Ländern innerhalb und außerhalb Europas, aus denen wir lernen können, wie eine solidarische Ökonomie als Antwort auf den finanzgetriebenen Kapitalismus wachsen kann. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Post-Neoliberalismus?

Ulrich Brand

224 Seiten; € 13,80

Arbeit, Kapital und Staat

Heinz J. Bontrup

649 Seiten; € 28,00

Prämienpaket 2

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive

Regina-Maria Dackweiler / Reinhild Schäfer (Hrsg.)

248 Seiten; € 27,90

Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus

Lucas Zeise

192 Seiten; € 12,90

Prämienpaket 3

VielfachKrise

Alex Demirović / Julia Dück /

Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)

232 Seiten; € 16,80

Politische Ökonomie des Sozialstaats

Heiner Ganßmann

229 Seiten; € 19,90

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- ☐ Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- ☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____

- ☐ Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)

- ☐ Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.